

Verlagsgesellschaft "Die Welt" AG, Postfach 10 04 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtigste Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 394-1 / Anzeigenabteilung Köln (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 387-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Belgien 38,00 Bfr. Dänemark 8,75 Dkr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 190 Dr.
Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 275,00 Din. Luxemburg 25,00 Fr.
Niederlande 2,20 fl. Norwegen 7,50 skr. Österreich 115 Sch. Portugal 115 Esc.
Schweden 6,50 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 150 Ptas. Kanarische Inseln 175 Ptas.

TAGESSCHAU

POLITIK

Deinert: Als „pure Desinformation“ hat Bundestagspräsident Jenninger Berichte bezeichnet, in denen von Unzufriedenheit mit dem Besuchsprogramm der von ihm geführten Bundestagsdelegation in Moskau und Leningrad die Rede war. Es gebe keinerlei Überlegungen, die Reise vorzeitig zu beenden, sagte Jenninger der WELT in Leningrad. (S. 4)

Spyonage: Wegen des dringenden Verdachts der geheimdienstlichen Tätigkeit für die DDR sind ein 63jähriger Angestellter aus Heidelberg und sein 34jähriger Sohn aus Muffelsdorf/Platz verhaftet worden. Der Vater ist nach Angaben der Bundesanwaltschaft seit etwa 1965, sein Sohn seit 1970 für die DDR tätig. (S. 5)

Steuerrecht: Wer gemeinsam mit anderen ein Privatgrundstück erbt und seine Miterben ausscheidet, kann nach einem Urteil des Bundesfinanzhofs künftig Kreditzinsen als Werbungskosten steuerlich absetzen. (AZ: IX R 39/81)

Lebenshaltung: Die Teuerungsrate in der Bundesrepublik hat im November 1,8 Prozent betragen und ist damit gegenüber Oktober unverändert geblieben. Im September lag sie bei 2,2 Prozent. (S. 6)

Dialog: Frankreichs Staatspräsident Mitterrand wird morgen in Paris den polnischen Staats- und Parteichef Jaruzelski empfangen. Die erste Begegnung der Staatschefs beider Länder seit der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen Ende 1981 findet auf Wunsch der Warschauer Führung statt.

Nahost: Die UdSSR hat sich nach kuwaitischen Presseberichten in den Streit zwischen Ägypten und Libyen eingeschaltet. Der sowjetische Botschafter in Kairo habe Präsident Mubarak eine Note der Moskauer Führung überbracht, in der es hieß, Libyen sei zur Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen bereit. (S. 5)

Mordverdacht: Die geschiedene Frau des Anfang November in Moskau ermordeten mexikanischen Diplomaten Manuel Portilla Quevedo, die gebürtige Russin Walentina Portilla, und einer der drei Söhne des Diplomaten sind in Moskau unter Mordverdacht verhaftet worden. (S. 5)

Drohung: Mit dem Austritt aus dem Anzup-Pakt haben die USA für den Fall gedroht, daß amerikanische Schiffe mit Atomwaffen die neuseeländischen Häfen nicht mehr anlaufen dürfen. Notwendig ist eine Klärung vor al-

IG Metall übt Druck auf Gesprächsrunde bei Blüm aus

Arbeitsminister optimistisch über Annäherung beim Streikparagrafen 116

H. J. MAHNKE/DW, Bonn
Mit Anrufen zu betrieblichen Arbeitsniederlegungen hat die IG Metall gestern den Versuch von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm begleitet, eine Annäherung im Streit um den sogenannten Streikparagrafen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes zu suchen. Schwerpunkt dieser Aktionen war Baden-Württemberg. Minister Blüm zeigte sich dennoch zuversichtlich über die Chancen eines Aufeinandergehens, für die es gestern Indizien gab. Arbeitgeberpräsident Otto Esser hatte in einem Beitrag für die WELT an die Bundesregierung appelliert, sich „der unverhohlenen gesellschaftlichen Drohungen mit rechtswidrigen Streiks“ nicht zu beugen.

Die Gesprächsrunde in Bonn, an der neben jeweils fünf Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer auch noch die Minister Bangemann, Engelhard, Zimmermann und Schäuble teilnahmen, diskutierte nicht anhand einer konkreten Gesetzesänderung, sondern es wurden mögliche Fälle durchgespielt, in denen die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit in der einen oder anderen Form tangiert sein könnte. Notwendig ist eine Klärung vor al-

lem durch den Arbeitskampf des vergangenen Jahres in der Metall- und Druckindustrie geworden. Und zwar ging die Auseinandersetzung darum, ob und in welchem Maße mittelbar von dem Streik betroffene Arbeitnehmer, die vorübergehend arbeitslos geworden sind, Unterstützung von der Bundesanstalt für Arbeit erhalten.

Da aufgrund von Gerichtsentscheidungen zum Beispiel in Bremen selbst Metallarbeitern, die sich dort für die 33-Stunden-Woche eingesetzt hatten, Arbeitslosengeld gezahlt worden war, obwohl sie wegen des Streiks in der Metallindustrie Nordwestdeutschlands nicht arbeiten konnten, wurde nicht nur von Arbeitgeberseite eine Änderung des Streikparagrafen gefordert.

Gestern Abend hat die Dreierrunde einzelne Fälle beraten. Übereinstimmung bestand darin, daß Streikende von der Nürnberger Kasse keine Unterstützung bekommen sollen. Übereinstimmung bestand auch darin, daß jemand Geld bekommen soll, der unter einem Streik leidet, der weder in seinem Tarifgebiet noch in seiner Branche stattfindet. Zwischen diesen Extrempositionen gab es viele Fälle,

bei denen die Meinungen auseinanderklafften.

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann machte deutlich, daß er eine Gesetzesänderung selbst dann für notwendig hält, wenn über alle denkbaren Fälle Einigkeit zwischen den Tarifpartnern und der Bundesregierung erzielt werden könnte. Denn Gerichte würden auch in Zukunft anhand des Gesetzes entscheiden und nicht anhand von Übereinkommen in einer Dreierrunde. Auch das Präsidium der FDP hat unmittelbar vor seiner jüngsten Sitzung noch einmal betont, daß in jedem Fall, eine gesetzliche Klarstellung des Paragrafen 116 erfolgen müsse, um in Zukunft ein für allemal unterschiedliche Auslegungen durch die Richter auszuschließen.

Der Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, Hermann Rappe, erklärte, eine Änderung des Paragrafen 116 AFG sei in sehr kurzer Zeit weder möglich noch notwendig. Es sei im übrigen in solchen Fällen bisher üblich gewesen, daß der Gesetzgeber höchstwahrscheinlich Urteile abwartete. Rappe wies darauf hin, in diesem Streit denke niemand an der DGB-Spitze an einen Generalstreik.

„Für Renaissance der Allgemeinbildung“

WELT-Gespräch mit Ministerin Wilms: Schüler lernen häufig zu wenig - oder das Falsche

PETER PHILIPPS, Bonn
Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms hat in einem WELT-Gespräch eine „Renaissance der Allgemeinbildung“ plädiert. Diese dürfe sich nicht nur auf einzelne Wissensinhalte oder den bloßen Erwerb sozialer Kompetenzen beschränken, sondern müsse auch „den Menschen ein Werteverstehen mitgeben, das ihm Freiheit und Maßstab zum selbstverantwortlichen Handeln gibt“. Viele Schüler lernten heute in den unterschiedlichen Fächern gleichzeitig zu viel, zu wenig oder das Falsche.

Als Beispiele nannte die CDU-Politikerin in diesem Zusammenhang die starke Differenzierung in der gymnasialen Oberstufe, aber auch die berufliche Bildung. In beiden Bereichen lernten die Jugendlichen heute oft von Spezialisten zu viel und von anderen Dingen zu wenig. Dies gäbe etwa zu Lasten notwendiger Fächer, ob dies nun Geschichte- oder Literaturkenntnisse sind, naturwissenschaft-

liche Zusammenhänge oder Fragen weltanschaulicher Relevanz, die ebenfalls oft zu kurz kommen“. Hinzu komme, daß es noch immer veraltete Lehrpläne und Ausbildungsordnungen gebe.

Zur Begründung für eine „Renaissance der Allgemeinbildung“ verwies Frau Wilms auch auf die „technologische Entwicklung, die Fragen läßt,

was junge Menschen lernen müssen, damit sie den sehr schnell sich verändernden technischen Situationen beruflich und privat gewachsen sind“. Und wenn „wir sehen, daß auch ethische Fragen zunehmend größere Bedeutung erlangen - als Stichworte Gentechnologie, Umweltschutz, Technikfolgen, Kernenergie -, dann muß man auch überlegen, wie mehr sittliche Verantwortung vermittelt

und über was sie transportiert werden kann“.

Die Ministerin kündigte im WELT-Gespräch an, daß sie trotz der Kulturhoheit der Länder auch für sich darin eine Aufgabe sehe, „die Diskussion über die Allgemeinbildung mit zu beleben, anzuregen“. Es sei auch „sicherlich möglich, daß ich Symposien, Gesprächskreise einlade, um darüber zu diskutieren“. Denn heute habe „niemand das Rezept, was denn diese Allgemeinbildung eigentlich ist“.

„Früher hatte man einen festen Bildungsplan, der gerade vom Gymnasium tradiert war. Aber der Konsens über diesen Bildungsplan ist zerbrochen - teilweise zu Recht, weil er aus einer Zeit stammte, die von ganz anderen Lebensbedingungen geprägt war; zum Teil zu Unrecht, weil er auch aus ideologischen Gründen zerbrochen worden ist“. Sie wolle alle bildungspolitisch Interessierten, vor allem auch die Pädagogen, auffor-

WELT SERIE

Die lautlose Katastrophe

Seit 1974 meldet die Bundesrepublik Deutschland die niedrigsten Geburtenraten der Welt. Bis zum Jahr 2030, so die Prognosen, wird sie 20 Millionen Menschen weniger zählen. Sind die modernen Auffassungen von Ehe und Familie schuld am Kinderschwund? Oder die Ansprüche, die die einzelne heute an sein Leben stellt? Prämiert das gegenwärtige System unserer Alterssicherung die Kinderlosigkeit? Die Folgen der Baby-Baisse, sind in jedem Fall bedrohlich. Seite 7

WIRTSCHAFT

Landschaftskritik: Auch der Wirtschaftsrat der CDU äußert Bedenken an der von einigen Landesregierungen geförderten Unternehmenskonzentration, macht sich jedoch die Kritik Landsdorfs an Späth und Strauß nicht zu eigen. (S. 2 und 13)

Bolivien: Nach den beachtlichen Erfolgen bei der Bekämpfung der Inflation - im Oktober betrug die Rate nur noch 1,87 Prozent - stellt der Verfall der Zinpreise die Regierung Paz Estenssoro vor neue gewaltige Probleme. (S. 16)

„Kohlepläne“: Die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz wird am 1. Januar 1986 im Bundesdurchschnitt von 3,5 auf 3,3 Prozent abgesenkt. Die Maßnahme wird nach Angaben des Bonner Wirtschaftsministeriums tendenziell zu einer Verbilligung des Strompreises führen.

Börsen: Der Abwärtstrend an der deutschen Aktienbörse hat sich beschleunigt. WELT-Aktienindex 240,64 (245,39). Die Rentenwerteschlüssen wenig verändert. BHF-Rentenindex 104,481 (104,767). Performance-Index 108,498 (108,454). Dollar-Mittelkurs 2,5030 (2,5120) Mark. Goldpreis je Feinunze 321,50 (325,30) Dollar.

KULTUR

Kaiserliche Schätze: Erstmals seit der überstürzten Abreise des letzten deutschen Kaisers nach Holland im November 1918 ist in Deutschland ein Teil des kaiserlichen Gold- und Silberschatzes zu besichtigen, den Wilhelm II. in sein Exil im Haus Doorn schaffen konnte. Die Ausstellung wurde vom Deutschen Goldschmiedehaus in Hanau organisiert. (S. 22)

Film: Altmeister Hitchcock hätte es nicht besser machen können. Mit „Wetherby“ hat der englische Dramatiker und Romanschreiber David Hare einen Krimi von bestechendem Tiefgang, von Bildkraft und Intelligenz produziert. Es wurde ein Werk, wie man es von so viel schöner und strikter Wahrheitsfindung bisher kaum sah. (S. 23)

SPORT

Rad: Der deutsche Profimeister Rolf Götz wurde vom internationalen Verband in die erste Kategorie der 33 besten Rennfahrer der Welt eingeteilt.

Fußball-Bundesliga: Von den acht Nachholspielen aus der Hinrunde werden heute Abend vier ausgetragen. Kurzfristig angesetzt: Frankfurt - HSV. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Fähren: Die Kanal-Fährenreisen machen Ernst mit ihrem Kampf gegen Pläne für den Bau eines Kanals. Die Fährverbindungen sollen noch billiger und komfortabler werden. Für 90 Millionen Mark läßt eine Reederei jetzt die beiden größten Kurzstreckenfähren der Welt in der Bundesrepublik bauen. (S. 24)

Fälscher: Mit großem Erfolg ist in Mailand die erste Versteigerung des italienischen „Fälscherkollektivs“ zu Ende gegangen, bei der 400 Fälschungen von Meisterwerken abendländischer Malerei zum Verkauf standen. (S. 24)

Anßerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen: Medien - Pläne derjenigen, die „andere Ordnungen“ wollen - Von Gerold Facius S. 2
- Bonn: Es rumort in der Unionsfraktion - Richtungskampf? - Von Manfred Schell S. 3
- Bischof Schönherr: Mit dem Wort Deutschland behutsam umgehen - Von Peter Schmalz S. 4
- Siebenbürgen: In Budapest fragt man wieder nach Ungegensatzgruppen in Rumänien S. 5
- Afghanistan: Ein Bericht belastet Kabul und Moskau - Wie Sowjets Menschenrechte verletzen S. 7
- Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 8
- Umwelt - Forschung - Technik: Die körpereigene Polizei läßt sich nicht länger austricksen S. 9
- Polen: Erholung macht kaum Fortschritte - Versorgungslage leicht verbessert S. 16
- Fernsehen: Rückkehr in die Alte Welt: Werner Baecker moderiert den Treffpunkt Kino S. 22
- Buch des Tages: Kardinal Ratzinger: „Zur Lage des Glaubens“ - Die Kirche geht voran S. 22

Signal aus Bonn in der Währungspolitik

Auf dem EG-Gipfel stellt Delors Liberalisierung im Kapitalverkehr in Aussicht

WILHELM HADLER, Luxemburg
Die Bundesregierung hat zum Auftakt des Luxemburger EG-Gipfels ihre Bereitschaft angedeutet, über die Einbeziehung einer „währungspolitischen Dimension“ in den Römischen Vertrag mit sich reden zu lassen. Deutsche Delegationsleiterinnen gestern, ein von den Niederlanden eingebrachter Kompromißvorschlag könne Basis für eine Übereinkunft bilden. Allerdings geht dieser Text Bonn offenbar noch erheblich zu weit.

Pollards Material verwirrte Israelis

Peres und Shultz sprechen von „begrenzten und vorübergehenden Auswirkungen“

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem
Die rasche Belegung der Krise zwischen den USA und Israel, die durch den Spionagefall Jonathan Pollard entstanden war, hat einige interessante Details ans Licht gebracht. Der von den Amerikanern der Spionage bezichtigte Mitarbeiter der US-Marine wurde offensichtlich nicht von den Israelis angeworben, sondern hatte seine Dienste aus eigenem Antrieb angeboten. Das war 1983.

Polard lieferte den Israelis darauf aufschlußreiche Informationen, daß man in Jerusalem vermutete, sie würden ihnen von amerikanischen Geheimdienst CIA selbst in der Absicht zugespielt, sie offiziell nicht akzeptieren zu machen. Das Material enthielt auch derart brisante Informationen über Israel, daß der Verdacht aufkam, ein amerikanischer Spion sitze im Zentrum des israelischen Nachrichtendienstes und füttere das CIA mit einigen der bestgeheuteten

Geheimnisse. Ein von Pollard beschafftes Dokument, das diesen Verdacht begründete, zeigte Premierminister Shimon Peres dem amerikanischen Botschafter Thomas Packard, als dieser in der vergangenen Woche mit ihm zusammentraf.

Die amerikanische Regierung war letztlich wohl auch daran interessiert, daß Kabinett in Jerusalem nicht durch zu harte Kritik in eine Regierungskrise zu stürzen. Sie selbst zieht aus der „legalen“ Zusammenarbeit mit dem israelischen Geheimdienst großen Nutzen. Diese Zusammenarbeit begann schon im Jahre 1956, als der israelische Geheimdienst „Mossad“ die Protokolle des 20. Kongresses der kommunistischen Partei der Sowjetunion mit der später berühmt gewordenen Rede Chruschtschows über das tyrannische Regime Stalins in die Hände bekam und den Amerikanern übergab. Das CIA zeigte sich erkenntlich, schloß ein Abkommen

DER KOMMENTAR

Zweifel

PETER ISELI

Es ist besser, sich bei einem Freispruch zu irren als bei einer Verurteilung. Die drei zivilen Richter in Manila entledigten sich am Montag mit diesem lakonischen Hinweis auf die strafrechtliche Unschuldsvermutung ihrer Aufgabe, das Verhalten von 25 Militärs und eines Zivilisten zu beurteilen, die der Verschönerung zum Mord an Oppositionsführer Benigno Aquino angeklagt waren.

Freispruch für alle Angeklagten sowie die Feststellung, der von Sicherheitskräften noch auf dem Rollfeld des Flughafens von Manila erschossene Rolando Galman sei als kommunistischer Agent in Betracht zu ziehen, war ein wirklich so einfach? Massive Zweifel sind erlaubt.

Das Urteil - die Opposition hatte von Anbeginn eine „Weißwäscherei“ von Generalstabschef Fabian Ver und seinen Mitangeklagten vorausgesagt - hatte juristische Vorspiele: Eine zivile Untersuchungskommission war zum Schluß gekommen, es gebe genügend Beweise für eine Verschönerung. Auf Betreiben der Verteidigung aber schloß der Oberste Gerichtshof im Sommer belastende Aussagen vom Verfahren aus. Letzte Woche verwarf derselbe Gerichtshof eine Petition, die Staatsanwälte und Richter beschuldigte, belastendes Material nicht oder nur ungenügend gewürdigt zu haben. Der Vorwurf der Beeinflussung des Gerichts liegt nahe, wird aber kaum je zu beweisen sein. Im Zweifel für die Staatsräson.

Freispruch im Prozeß um Mord an Aquino

DW, Manila
Im Prozeß um die Ermordung des philippinischen Oppositionspolitikers Benigno Aquino sind gestern alle 26 Angeklagten, darunter der Befehlshaber der Streitkräfte, General Fabian Ver, freigesprochen worden.

Das Sondergericht in Manila folgte damit der Vision der Regierung, wonach Aquino im August 1983 bei seiner Rückkehr aus dem amerikanischen Exil auf dem Flughafen Manilas von dem „kommunistischen Agenten“ Rolando Galman getötet worden sei. Galman war unmittelbar nach der Ermordung Aquinos am Tag von Sicherheitsbeamten erschossen worden.

In der Urteilsbegründung der drei Zivilrichter hieß es, es sei besser, sich beim Freispruch als bei einer Verurteilung zu irren. Vor dem Gericht hatten sich etwa 100 Demonstranten eingefunden.

Seite 5: Siegesgewiß

Telefongebühren: Vergünstigungen für die Wirtschaft

DW, Bonn
Mit einer neuen Telekommunikationsordnung (TKO) will die Bundespost ihre Fernmehrgelöhne harmonisieren. Die darin vorgesehenen Vergünstigungen werden in erster Linie der Wirtschaft zugute kommen, doch sind auch Entlastungen für private Teilnehmer geplant. Das in mehrjähriger Arbeit entwickelte Konzept, das am 1. Januar 1988 in Kraft treten soll, bringt insgesamt Gebührenerhöhungen von 320 Millionen Mark jährlich.

Einen Vorteil für private Telefonkunden bringt die geplante Aufteilung der monatlichen Grundgebühren von 27 Mark, die künftig aus 24,90 Mark für den Anschluß und 2,40 Mark für einen Standardtelefonapparat besteht. Privatkunden können 2,40 Mark monatlich sparen, wenn sie auf den von der Post gelieferten Standardapparat verzichten und einen privat gekauften Apparat verwenden.

„DDR“-Minister Hoffmann tot

DW, Berlin
Der „DDR“-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann ist gestern im Alter von 75 Jahren gestorben. Die Nachrichtenagentur ADN meldete, Hoffmann sei unerwartet einem akuten Herzversagen erlegen.

Der gelernte Maschinenschlosser hatte erste politische Erfahrungen im kommunistischen Jugendverband Deutschlands. Nach 1933 arbeitete er illegal für die KPD und emigrierte 1935 in die Sowjetunion, wo er die Leninschule und die Frunse-Akademie besuchte. 1960 löste er Willi Stoph als Verteidigungsminister ab. 1973 berief Honecker Hoffmann ins Politbüro. Hoffmann galt als loyaler Weggefährte Honeckers mit dem er seit 1946 zusammengearbeitet hatte.

Seite 4: Ein Mann Honeckers

Auch deutscher Brüter-Standard?

HH, Bonn
Falls sich die deutsche Elektrizitätswirtschaft in Zusammenarbeit mit Frankreich und anderen europäischen Partnern zum Bau eines zweiten Schnelltraktor-Reaktors (SNR 2) entschließen sollte, wird es nach Meinung des Forschungsministeriums in der Bundesrepublik Deutschland auch einen Standort hierfür geben.

Das Ministerium nahm damit zu Meldungen über den Brief des französischen Staatspräsidenten Francois Mitterrand an Bundeskanzler Helmut Kohl Stellung (WELT vom 30.11.). Darin hatte Mitterrand die Möglichkeit angedeutet, daß im Falle von Schwierigkeiten das Projekt auch außerhalb der Bundesrepublik realisiert werden könne, „damit kein Stillstand eintritt“.

WESING & GEMALKE

IMPORT seit 1961 EXPORT

(L. Guinness-Buch der Rekorde 1983/84/85)

GRÖSSTE KUNSTGALERIE EUROPAS

Eine Auswahl von 9200 Gemälden (von A-Z, wie Achenbach-Zügel, von ca. 600 Künstlern) mit einem Gesamtwert von ca. DM 25 Mio. bieten wir auf einer Fläche von 1750 m² von einfachen Gemälden ab DM 200,- bis zum Spitzenwerk von DM 500 000,-. Ein einmaliges Kunstparadies - auch für Sie! Hier finden Sie Ihr Gemälde bestimmt!

Wir erwarten gern Ihren Besuch. Unverbindlich natürlich.



4700 Hamm-Rhyrnern, Ostendstraße 2-8, Postfach 71 67, BAB 2, Autobahnabfahrt Hamm/Arnsberg, direkt neben der BAB-Faststraße Rhyrnern-Nord. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 8.30-18. Sa. 10-14 Uhr.

So.: Besichtigung 14-17 Uhr (keine Beratung beim Verkauf)
Zweigstelle: Mithelm, Rhein Ruhr Zentrum

Information u. Bezugsquellenachweis sofort anfordern - Kostenlos!

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Telefon _____

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die sanfte Lenkung

Von Peter Gillies

Die wirtschaftliche Bilanz der Ministerpräsidenten Strauß und Späth kann sich wahrlich sehen lassen. Und just diese beiden dienen dem Grafen Lambdorff als abschreckende Beispiele einer zwar äußerlich marktwirtschaftlichen, aber im Grunde zunehmend interventionistischen Politik. Der „Neomerkantilismus“ komme heute im Gewande der Marktwirtschaft daher, kritisiert der grundsatztreue Graf. Verkoppeln die Landesfürsten heute wie im 17. oder 18. Jahrhundert Staatsmacht und Wirtschaftsprotektion?

Lambdorffs Vorwürfe sind polemisch (sollen es wohl auch sein). Deutlich wird die Kritik erst in der Übertreibung. Mühsen Ministerpräsidenten neue Bankgebilde schaffen, Konzerne schmieden, Technologien subventionieren, um Aufträge zu beschaffen, die Wirtschaft ständig lenken und ihr Gutes tun? Der FDP-Politiker vermutete dahinter eine besonders listenreiche Variante einer marktwirtschaftsfeindlichen Politik.

Ob eine Technologie die Zukunft erobert, weiß niemand. Gelingt es ihr, wirft sie Gewinne ab, bedarf also keiner Subventionierung. Erweist sie sich dagegen als Sackgasse, ist sie erst recht nicht förderungswürdig. Aber: Wer weiß das vorher - Ministerpräsidenten einmal ausgenommen? Die sanfte Lenkung der (nicht nur im Süden beliebten) Industriepolitik kommt keineswegs gegen den Willen der Begünstigten zustande, vielmehr vermissen Unternehmer in Nordrhein-Westfalen schmerzlich das bayerische Industriebewußtsein.

Wenn Lothar Späth laut darüber nachdenkt, ob der Fiskus jemanden, der sein (ehlich verdient) Geld „verjubelt“, mit Höchststeuersätzen bestrafen, den „Braven“ dagegen, der seinen Gewinn wieder investiert, steuerlich begünstigen sollte, so verbißt sich dahinter eine sanfte, aber nicht liberale Form der Investitionslenkung. Der Staat bevormundete die Einkommensverwendung, setzte falsche Signale für den Kapitalmarkt und hemmte die investive Beweglichkeit.

Auf diese und andere Anfechtungen der vermeintlich lupenreinen Marktwirtschaftler darf stets hingewiesen werden - sogar von einem Politiker, der ein gutes Jahrzehnt mitverantwortlich dafür zeichnete, daß saubere Ordnungspolitik unter die Räder kam.

Hysterie in Oslo

Von Enno v. Loewenstern

Man kann verstehen, daß Leute im Zwielficht sich ihrer Haut zu wehren suchen, aber die Sprache des norwegischen Nobelkomitee-Direktors Jakob Sverdrup ist von einer Unverschämtheit, die nun doch den Verdacht auf bösen Willen bei der Preisvergabe aufdrängt. Der Mann setzt allen Ernstes die Kritik eines demokratischen Regierungschefs an der Auszeichnung eines Helfershelfers von Folterknechten in vergleichende Beziehung mit der Kritik eines Diktators an der Auszeichnung seines von der Gestapo gefolterten Opfers.

Ein Schlüssel liegt wahrscheinlich im hilflosen Kommentar des norwegischen Außenministers Stray, der immerhin Kohls Recht auf eine eigene Meinung anerkennt - schön, daß das noch im freien Norwegen gilt -, der es aber „etwas merkwürdig“ nennt, den Protest zu einem Zeitpunkt zu schrücken, da das Nobelkomitee seine Entscheidung nicht mehr zurücknehmen könne.

Aber erstens: Wann hätte der deutsche Bundeskanzler denn seinen Protest äußern sollen - vor der Preisvergabe? Hätte er davon ausgehen sollen, daß das Nobelkomitee instinktiv genug ist, eine Gruppe auszuzeichnen, an deren Spitze ein Mann steht, der einen anderen Friedensnobelpreisträger ins Elend treiben, ihn dem Zugriff der Sowjet-Gestapo auszuliefern half? (Denn solange die anderen Akademie-Mitglieder den Professor Andrej Sacharow schützten, wagte selbst das KGB nicht, ihn in die Verbannung und die Quälerei von Gorki zu jagen). Zudem ist dieser Tschasow als stellvertretender Gesundheitsminister mitverantwortlich für die Folter in den sowjetischen psychiatrischen Instituten. Sie funktionieren gegenüber den Sowjetbürgern, die wirklich für Frieden und Freiheit eintreten, als Arm des KGB. Wie sollte der Bundeskanzler annehmen, daß der Friedenspreis einem aktiven Feind der wahren Friedensfürsprecher gegeben würde? Was mag das wohl für ein „Friedens“-Verein sein, dem er im Westen mit vorstehen darf?

Und zweitens: Wieso ist es zu spät? Weil das norwegische Nobelkomitee zu feige ist, seinen Fehler einzugestehen und die Preisvergabe rückgängig zu machen?

Der Staat als Manager

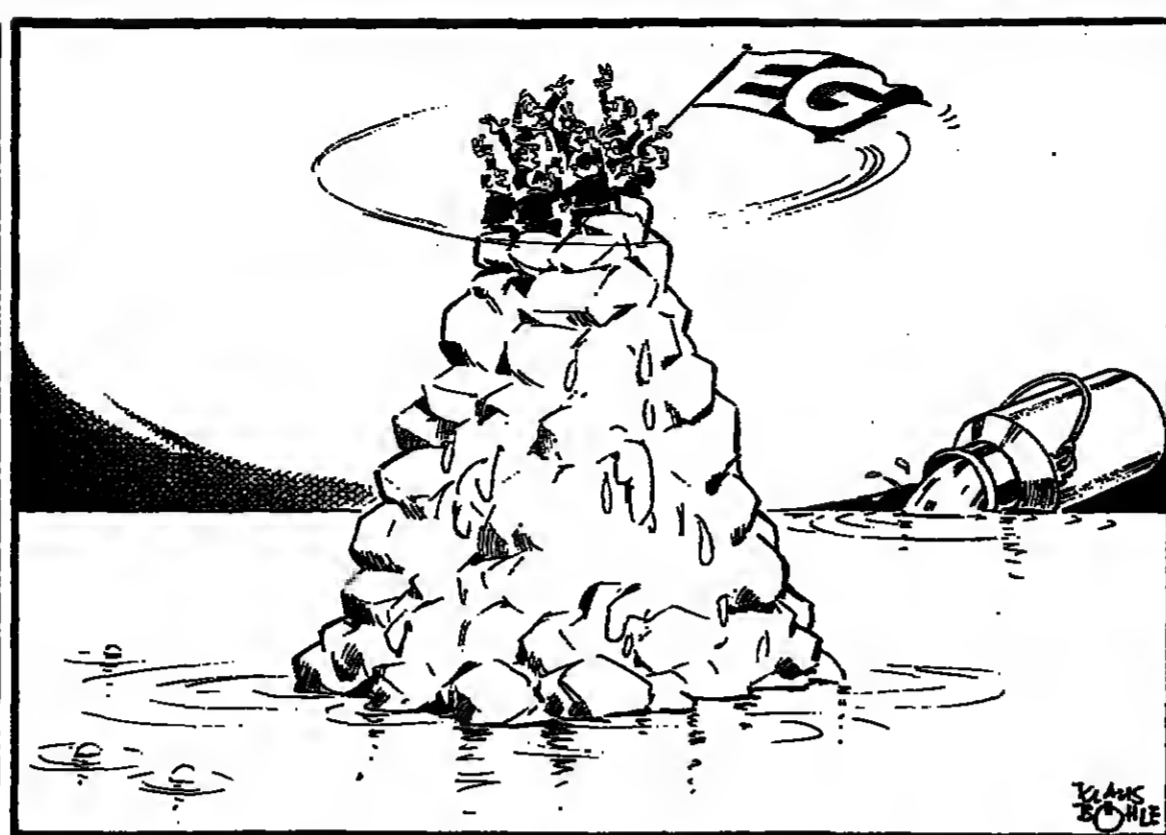
Von Carl Gustaf Ströhm

Von einem „Abgrund“ ist die Rede, von „Misere“ und „Schock“. Bundeskanzler Sinowatz nahm sogar das Wort „Katastrophe“ in den Mund. Gemeint sind die Verluste beim österreichischen Industriegiganten VÖEST-Alpine, dessen gesamter Vorstand den Hut nehmen mußte, als bei Ölspeditionen einer Tochterfirma ein gewaltiges Minus entstanden war. Während die Deutschen das Elend der Gemeinwirtschaft („Neue Heimat“) zur Kenntnis nehmen müssen, bangt Österreich um die 70 000 Arbeitsplätze dieses staatlichen Stahl- und Industriekonzerns, der als Flaggship seiner Wirtschaft gilt.

Der Zorn entläßt sich auf die entlassenen Manager. Der für die verstaatlichte Industrie zuständige Minister Lacina verkündete bereits, man werde in Zukunft deren Direktoren auch am Mißerfolg ihrer Unternehmungen beteiligen. Also: Wer rote Zahlen erwirtschaftet, dem werden hinfort die Bezüge gekürzt. Der Versuch, die ganze Schuld dem Management anzulasten, klingt auf den ersten Blick plausibel und volkstümlich. In Wahrheit aber liegt das Problem nicht darin, daß der VÖEST-Vorstand etwa aus unfähigen Leuten bestanden hätte, im Gegenteil. Vielmehr waren den Managern die Hände gebunden, weil die verstaatlichte Industrie in Österreich nach politischen, beschäftigungspolitischen und sozialpolitischen Rücksichten und nicht nach Wirtschaftlichkeit zu handeln hatte.

Solange die große Konjunktur in den fünfziger und sechziger Jahren anhielt, war alles gut und schön. Seit aber Ölkrise und Stahlflaute über die Weltwirtschaft hereinbrachen, haben die Verantwortlichen in beiden großen österreichischen Parteien - seinerzeit der sozialistische Bundeskanzler Kreisky ebenso wie die der Volkspartei angehörenden betroffenen Länder-Regierungschefs - geglaubt, den harten Schnitt von Massenentlassungen umgehen zu können. Die VÖEST wurde nicht als Wirtschaftsbetrieb, sondern als Arbeitsplatzbeschaffer buchstäblich „ohne Rücksicht auf Verluste“ behandelt.

Jetzt zeigt sich aber auch, daß Staatsbetriebe eine doppelte Last sind: Bei Privatunternehmen trägt der Staat die Arbeitslosenunterstützung, aber die Eigentümer tragen den Verlust. Bei VÖEST müssen alle Österreicher für den Verlust aufkommen.



Vertrosgemäß alles in Butter

KLAUS BÖHLE

Das gutgemeinte Fiasko

Von Erich Geißler

Politisch betrachtet, ist das Gegenteil von „gut“ keineswegs „schlecht“, sondern, wie Brecht zu Recht fand, das „Gutgemeinte“. Man möchte etwas Besseres und betreibt deshalb „Reformen“, freilich allzu oft ohne den sachlich gesicherten Blick für die Folgen des eigenen Tuns, und schafft auf solche Weise die Übel, für die man nachher die Gesellschaft, zumindest andere, auf keinen Fall sich selber anklagt.

Die reformfreundige Bildungspolitik der letzten zwanzig Jahre ist ein Musterbeispiel für solches „gutgemeinte“ Herstellen eines Fiaskos. Eine ganze Generation junger Menschen wurde schlicht betrogen unter der Versicherung von „mehr Chancen“. Aber für die Folgen stehen die Verantwortlichen nicht gerade. Die anderen werden angeklagt: die Wirtschaft, weil sie nicht so viel gehobene Stellen zur Verfügung stellt, wie Akademiker produziert worden sind; die Finanzminister, weil sie nicht so viel Lehrer einstellen, wie ausgebildet wurden.

Wir erleben zur Zeit einen neuen Akt in diesem Drama. Das Gymnasium, Bildungspolitiker bestimmen Couleur immer ein Dorf im Auge, weil angeblich privilegiert und elitär, hat sich allen „Reform“-Bemühungen zum Trotz als stabiler und qualifizierter erwiesen, als viele sich das wünschen. Ja, es hat, eine der sicherlich ungewollten Nebenwirkungen reformfreundiger Bildungspolitik, an Umfang und Bedeutung gewonnen; dies vor allem, weil seit der Humboldtschen Reform der Weg zur Hochschulreife über das Gymnasium führt.

Zwar sehen einige zu Recht Besorgnis, daß die quantitative Zunahme keineswegs nur zu seinem Vorteil gereichte. Denn mit der „Öffnung“ mußte notwendig die „Auslese“ zurückgehen; eine auf die spezielle Aufgabe wissenschaftsorientierter Allgemeinbildung hin ausgerichtete Schulform aber wird ohne Auslese zum Widerspruch in sich. Deshalb war die Öffnung ein Danaergeschenk jener Bildungspolitik, die dem Gymnasium insgesamt nicht gewogen ist. Hoffnung war dabei sicherlich auch, es dadurch in seiner Besonderung aufzulösen, da seine speziellen Konturen dann zerfließen müssen, wenn man es zur „Hauptschule der Nation“ erhebt. Dann hätte man auf solche Weise zugleich auch noch die „Gesamtschule“, die als eine separate Schulform einzuführen so schwer fällt.

Indes: Seitdem der sogenannte „social demand“-Ansatz - wir produzieren unbekümmert so viel wie möglich Akademiker; irgendwie werden sie dann schon unterkommen - von der widerspenstigen Wirklichkeit widerlegt worden ist, geriet diese bildungspolitische Initiative rasch an ihr Ende. Mehr und mehr Heranwachsende orientierten sich realistisch und trauten den Versprechungen von „mehr Chancen“ nicht mehr. Deshalb müssen jetzt neue Initiativen her, damit das Basteln an der Gesellschaft weitergehen kann, die man, am Richtmaß eigener Utopien gemessen, nach wie vor für eine unge-rechte hält.

Und damit kommen wir zum derzeit letzten Akt der bildungspolitischen Attacken gegen das bestehende und gerade auch im internationalen Vergleich bewährte differenzierte Schulsystem. Man kann das Gymnasium nämlich dadurch wirksam treffen, daß man die mit ihm institutionell verknüpfte besondere Qualifikationsaufgabe der Hochschulreife von ihm abläßt und auf andere schein-gymnasiale oder nicht-gymnasiale Schulformen verteilt. In Nordrhein-Westfalen werden bald dreizehn verschiedene Institutionen Hochschulreife vermitteln.

Da Hochschulreife seit den Reformen zur gymnasialen Oberstufe

und der dort gebotenen Möglichkeit individueller Curricula formalisiert worden ist - folglich gibt es auch zwischen den verschiedenen Institutionen keine objektiv genügt vergleichbaren Kriterien von Einheitlichkeit -, hofft man, nicht zu Unrecht, auf eine egalisierende Wirkung solcher Maßnahmen, durch die die Eigenständigkeit des Gymnasiums unterlaufen wird. Entweder verliert das Gymnasium an Attraktivität - weil andere Institutionen es einfacher machen - oder es muß sich den anderen Institutionen angleichen, sei es durch Veränderung der Fächerstruktur, sei es durch Absenken der Leistung. Was Bremen schon geleistet hat, versucht auch die Regierung Nordrhein-Westfalens: Das grundsätzliche Gymnasium soll verschwinden. Die Gesamtschule soll durchgesetzt werden.

Daß die Nebeneffekte solcher Art von Politik über kurz oder lang die Gesellschaft insgesamt belastend treffen müssen, spielt bei solcher im Glanzlicht von Utopien getroffenen Entscheidung keine Rolle. So wenig, wie man sich für eine verantwortungslose Schuldenpolitik verantwortlich weiß, so wenig für eine ruinöse Bildungspolitik. Mag gleich die Wirklichkeit es allerorten anders zeigen. Sei's drum: Desto schlimmer für die Wirklichkeit!

Wir haben allen Grund, den realitätsvergessenen bildungspolitischen Zauberehrungen ihren Besen aus der Hand zu nehmen. Wer Gleichheit fordert, müßte sie zunächst einmal selber praktizieren. So müßte notfalls ein Zentralabitur für tatsächlich vergleichbare Leistungen Sorge tragen. Das Gymnasium brauchte sich vor solchen Vergleichen nicht zu fürchten.

Oder wir müßten doch zu ebenfalls wenig geliebten Studieneingangsprüfungen kommen. Die Organisation solcher Prüfungen würde zwar sicherlich viel Mühe bereiten. Aber als Gegengewicht gegen eine Bildungspolitik, wie sie nunmehr verstärkt auch in Nordrhein-Westfalen betrieben wird, ist eines von beiden unentbehrlich.

Die Reaktion der Kultusminister einiger Länder, die auf Qualität Wert legen, war deshalb richtig: keine Anerkennung von Berechtigungen, die unter Mißbrauch des Namens etwas vorzuzuschauen, was sie nicht sind.

GAST-KOMMENTAR



Professor Dr. Erich Geißler ist Direktor des Instituts für Erziehungswissenschaft der Universität Bonn

FOTO: DIE WELT

Eine Mediengewerkschaft, daß der DGB sich durchsetze

Die Pläne derjenigen, die „andere Ordnungen“ wollen / Von Gernot Facius

Die IG Druck und Papier und die Gewerkschaft Kunst wollen sich heute in Düsseldorf zur Dachgewerkschaft IG Medien - Druck und Papier, Publizistik und Kunst zusammenschließen. Für drei Jahre amtierender IG-Druck-Chef Erwin Ferlemann und der erste Mann der Gewerkschaft Kunst, Alfred Horné, als gleichberechtigte Vorsitzende. „Verlobungszeit“ nennen beide die Übergangsphase, aber Horné hat schon vor dem Vereinigungskongreß keine Zweifel daran aufkommen lassen, daß er den Ehevertrag längst unterschrieben hat. Er definiert die neue DGB-Säule weniger als Organisation zur Vertretung beruflicher und sozialer Interessen denn als „kampfstärke Gegenpol“ zu den Medienunternehmen.

Hier agiert er in schöner Eintracht mit dem Ideologen hinter seinem künftigen Mit-Vorsitzenden. „Die privatwirtschaftliche Ordnung ist interessengebunden“, hatte der Dr. iur. Detlef Hensche, Ferlemanns Vize-

1977 gewerkschaftsoffiziell in Augsburg verkündet. „Andere Ordnungen und Eigentumsverhältnisse sind denkbar und notwendig, wenn andere Kontrollmittel nicht reichen.“ Gemeint ist der Satz auf die freie Presse, die in ein Korsett von Reglementierungen gepreßt werden soll. Von Augsburg 1977 über den IG-Druck-Kongreß 1983 von Nürnberg, wo mit dem „politischen Streik“ gedroht wurde, zieht sich eine direkte Linie. Zum „politischen Streik“ möchte man sich einstweilen noch nicht voll bekennen, um die auf Distanz zur IG Medien bleibenden Journalisten nicht vollends zu verprellen. Ferlemann, Hensche und Horné reden gern vom „Klima geistiger Freiheit“, das es zu schaffen gelte. Es war die Gewerkschaft Kunst, die im Sommer dieses Jahres ein eigenartiges Verhältnis zur geistigen Freiheit erkennen ließ. Zur Kulturpflege hieß es in einem Initiativantrag, vorgelegt für den Gewerkschaftstag in Fellbach bei Stuttgart: „Einer Privatisierung die-

ser Aufgabe ist entgegenzuwirken. Werden private Mittel für diesen Aufgabenbereich eingesetzt, so muß auch diese Kunstförderung unter qualifizierter inhaltlicher Mitbestimmung der Betroffenen und in öffentlich-rechtlichen Formen erfolgen.“ Öffentlich-rechtlich, also mit „gesellschaftlicher Kontrolle“ verbunden, ist das Schlüsselwort auch in der Medienpolitik. Daß man sich in die politische Isolierung begibt, scheint Horné nicht zu schrecken. „Die Gewerkschaften sind ja dafür bekannt, daß sie - vielleicht neben den Kirchen - die einzige gesellschaftliche Gruppierung sind, die am öffentlichen rechtlichen Rundfunksystem festhält“, verkündete er via „Vorwärts“.

Im „Klima geistiger Freiheit“, wie es die künftige IG Medien sich vorstellt, sind private Sender, die zur Herstellung der elektronischen Meinungsvielfalt beitragen, Störenfriede. Da hilft es nichts, wenn in dem Satzungsentwurf für die sogenannte Übergangsstufe der Industriegewer-

IM GESPRÄCH Xavier Louis Suarez

Die Nation der Einwanderer

Von Günter Friedländer

Die Stadt Miami (400 000 Einwohner) hat es gern, wenn man ihr klugvolle Beispiele gibt. Für die Südamerikaner ist sie das „Einfallsstor in die USA“ und die „Hauptstadt der Exilkubaner“, zugleich auch, nach Havana, die zweitgrößte kubanische Stadt der Erde. Für viele Amerikaner wurde Miami erst eine wirkliche Großstadt, als es im vorigen Jahr Schauplatz der preisgekrönten Fernsehserie „Miami Vice“ (Rauschgiftbekämpfung Miami) wurde. Man empfand es anfangs im Miami als peinlich, an Miamis Rolle als größtem Umschlagplatz des illegalen Rauschgifthandels erinnert zu werden. Aber die schön gefilmten Aufnahmen von Miami erwiesen sich als erstklassige Gratis-Propaganda für den Fremdenverkehr.



Miomis Bürgermeister aus Kuba: Suarez

Nun wartet Miami mit einer neuen Erstleistung auf. Es ist die erste Großstadt der USA mit einem kubanischen Bürgermeister. Xavier Louis Suarez (36), verheiratet, vier Kinder, Miami ist in sozialen oder politischen Fragen konservativ, was der abtretende Bürgermeister Ferre (50) bestätigte. Er wurde sechsmal hintereinander gewählt. Vor zwei Jahren meldeten die vor Fidel Castro nach Miami geflohenen Kubaner zum ersten Mal ihren Anspruch an, entscheidend in der Verwaltung der Stadt mitzureden, in der fast die Hälfte der Wähler Exilkubaner sind.

Suarez, der neunte Sohn einer Familie mit vierzehn Kindern, kandidierte zum ersten Mal - und verlor. Diesmal trat er gleich mit in Kuba geborene Kandidaten gegen Ferre an: Suarez und Raul Masvidal (43). Beide schlugen Ferre in der ersten Runde; die Stichwahl war nur noch eine kubanische Angelegenheit. Nun, vielleicht doch mehr eine amerikanische als eine kubanische. Suarez und Masvidal kamen vor fünf- und zwanzig Jahren als Kinder mit ihren aus Kuba fliehenden Eltern in Miami an. Beide haben „Amerika gemacht“ und dabei Zeit gefunden, in Wohlfahrtsorganisationen ihren Mitmenschen zu helfen. Der schlanke, stets elegante Suarez studierte Jura in

Harvard und ist Teilhaber einer großen Anwaltsfirma. Sein untadeliges Englisch ist besser als sein Spanisch. Der etwas unteretzte Masvidal ist die Hauptperson eines amerikanischen Traums. Als Kind armer Einwanderer ging er vor Miamis große Hotels, um mit dem Einparken von Autos Trinkgelder zu verdienen. Heute ist er ein Bankier mit einem Privatvermögen von mehr als vier Millionen Dollar. Beide zusammen gaben mehr als eine Million Dollar für den Wahlfeldzug aus, obwohl der Bürgermeister von Miami im Monat nur ein Honorar von 500 Dollar erhält.

Allgemein ist man mit dem Wahlausgang zufrieden. Die 625 000 Kubaner in Florida jubeln: Sie sind in den USA politisch mündig geworden und werden den Sprung in die nationale Politik wagen; die dreißig Prozent Neger sehen in den Kubanern neue politische Verbündete, und die dreißig Prozent „weißen Nichtspanier“ sehen noch in ihrer Niederlage, daß ihr Prinzip, dem sie die Größe der USA zuschreiben, sich abwärts bewährt; sich als eine Nation von Einwanderern zu verstehen. In wenig mehr als zwanzig Jahren haben sie die Kubaner, die aus einer völlig anderen Welt kamen, in ihre Gesellschaft integriert. Eine beneidenswerte Leistung.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Süddeutsche Zeitung

Die Süddeutsche Zeitung schreibt an die Förderung der Gewerkschaften:

Die schrillen Worte, die man in diesen Wochen von einigen Gewerkschaften und der SPD zu hören bekam wegen eines angeblichen „Anschlags“ der Bundesregierung „auf das Streikrecht“, zeigen eine erschreckende Maßstablosigkeit. Sie ist ein altes deutsches Übel. Wenn der Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, ernst genommen werden will mit seinen Äußerungen, dann müßte man einen Rückfall in die politische Verwilderung früherer Zeiten befürchten.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Die Inkompetenz der Entlassungen an polnischen Hochschulen:

Die Säuberungswelle an den polnischen Universitäten macht um so bedrückender, als in Ministerpräsident Messner und vor allem Außenminister Orzechowski zwei Hochschullehrer in das Zentrum der Macht gerückt sind, die sich als Wissenschaftler auch im Ausland einen Namen gemacht haben. Es wirt ein bezeichnendes Licht auf die tatsächlichen Verhältnisse in Polen, daß keiner von beiden als Anwalt für die entlassenen Exkollegen auftrat.

ABENDZEITUNG

Das Münchner Blatt geht auf das Kohlekraftwerk Ibbenbüren ein:

Das Kohlekraftwerk, das NRW-Ministerpräsident und SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau am Wochenende im westfälischen Ibbenbüren in Betrieb setzte, ist ein übler Stinker.

Es ist ganz allein in der Lage, 18 000 Tonnen Stickoxyd jährlich in die Luft zu pusten - mehr als die Hälfte dessen, was durch eine Beschrankung sämtlicher Autos der Bundesrepublik „auf Höchsttempo“ 100 eingespart werden könnte (32 000 Tonnen). Die Entscheidungsgremien, die Rau und seine Truppe vorbringen, sind dürftig: Der Bau des Werkes habe schon 1974 begonnen, als man noch nichts von der Gefahr durch Stickoxyde wußte. Außerdem sei es ganz vorzüglich entschwebelt und kriege in ein paar Jahren auch einen Katalysator ... Aber die ganze Angelegenheit stinkt nicht mehr nur nach Gift, sondern auch nach Verlogenheit, wenn dieses einzige Werk in echte und ausreichende Konkurrenz zur gesamten Autofahrerschaft der Bundesrepublik tritt. Diese Tatsache gibt erneut Aufschluß darüber, in welchem Verhältnis die Schuld zwischen dem (zumeist eher aus ideologischen Gründen) verteilten Auto und den ganzen Verbrennern fossiler Energie-Quellen ... zu verteilen ist.

THE TIMES

Die Londoner Zeitung findet Gründe für die Rolle der Sowjetunion in südlichen Afrika:

Trotz des amerikanischen Drucks auf eine Lösung regionaler Konflikte, wie ihn Präsident Reagan beim Genfer Gipfel und anderswo deutlich gemacht hat, ist ein frühzeitiges Ende unserer Einmischung in Südafrika unwahrscheinlich. Wegen der für den Westen höchst bedeutenden Gold- und Mineralienvorkommen und wegen vitaler Handelsinteressen solcher Länder wie Großbritannien bleibt das Kap ein lockendes Ziel für die sowjetische Außenpolitik.

abstimmte

Es rumort in der Unionsfraktion

Steht die Unionsfraktion vor einem außenpolitischen Richtungskampf zwischen „Genscheristen“ und „Stahlheimern“? Eine Frage, die überpointiert, ja gewagt erscheint - doch im Hintergrund rumort es. Briefe werden gewechselt, die zur Entschärfung der Diskussion bestimmt sind. Doch da sie an die Öffentlichkeit gelangen, bieten sie neuen Nährstoff.

Von MANFRED SCHELL

Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich bislang nicht eingeschaltet. Er empfindet die Vorgänge als lästig, er ärgert sich darüber, daß solchen Entwicklungen nicht eher die Spitze genommen wurde. Aber Richtungskämpfe befürchtet Helmut Kohl nicht. Ein anderer nennt den Grund: „Die Figuren reichen dazu nicht aus.“

Wer sind diese „Figuren“? Karl Lamers, über die nordrhein-westfälische CDU-Landesliste in den Bundestag eingezogen, spielt eine Rolle. Der Führung der Unionsfraktion ist „gesteckt“ worden, Lamers habe schon vor Wochen ein „Hintergrundgespräch“ in der Wohnung eines Journalisten in Bonn geführt. Dabei soll auch von Frontstellungen zwischen der „angehinkt“ schweigenden Mehrheit“ in der Fraktion und jenen

Abgeordneten die Rede gewesen sein, die öffentlichkeitswirksam ihre Positionen ausbreiteten. Dabei sollen auch Überlegungen angeknüpft sein, wie Abgeordnete, die sich als Repräsentanten dieser „schweigenden Mehrheit“ verstehen, Zug um Zug Einflußpositionen in den für die Außenpolitik zuständigen Gremien der Fraktion erringen könnten.

Lamers soll von acht bis zehn Abgeordneten, also „Genscheristen“, gesprochen haben. Der Name des Bundesaußenministers von der FDP soll in diesem Falle Synonym für einen „moderaten Kurs“ Bonus gegenüber Osteuropa sein. Aber so genau läßt sich der Kreis um Karl Lamers nicht ausmachen. Volker Rühbe, der für die Außenpolitik verantwortliche stellvertretende Fraktionsvorsitzende, beteiligt sich nicht an solchen Zirkeln, obwohl er in der Sache durchaus so wie Lamers denken dürfte. Aber Rühbe weiß, daß er mit einer solchen einseitigen Haltung seiner Führungsfunktion für die gesamte Fraktion nicht gerecht würde. Genannt werden noch die Abgeordneten Karl-Heinz Hornhues und Lutz Stavenhagen, als Staatsminister im Auswärtigen Amt für die Europa-, nicht für die Ostpolitik zuständig. Wenn Stavenhagen tatsächlich zu den „Genscheristen“ zählen sollte, dann hält er sich jedenfalls sehr bedeckt.

Es ist wohl kein Zufall, daß der hintergründig schwelende Streit zu einem Zeitpunkt öffentlich gemacht

wurde, zu dem die Fraktionsführung nicht in Bonn präsent ist. Alfred Dreger und sein erster Stellvertreter Theo Waigel sind mit Bundestagspräsident Jenninger in Moskau. Nach vorliegenden Informationen hat Dreger ein paar Stunden vor seiner Abreise am Freitag Rühbe, Lamers und Hornhues zu sich in sein Büro im Bundeshaus gebeten und dabei auf mehrheitlich getroffene Entscheidungen der Fraktion verwiesen. Lamers: „Ein gutes und angenehmes Gespräch. Ich habe nicht die Absicht, die Sache weiterzukochen.“

Die „Genscheristen“, das wurde auch dabei deutlich, ärgern sich über „Randfiguren“, die ihrer Meinung nach zu Unrecht mit ihnen Bekanntheit durch die Haltung der Gesamtfraktion bestimmen. Als solche „Randfiguren“ sehen sie die Abgeordneten Hupka und Czaja, aber auch den Abgeordneten Jürgen Todenhöfer an, dessen publizistische Aktivitäten andere mit Neid erfüllen. Hauptsächlich diese drei Parlamentarier sind als „Stahlheimern“ - Lamers: „Ich habe niemand so bezeichnet“ - gemeint. In Erinnerung an den Bund der Frontsoldaten.

Gescheit haben sich die „Genscheristen“ bislang, den Fraktionsvorsitzenden Alfred Dreger in den Kreis der „Stahlheimern“ einzubeziehen. Allerdings paßt ihnen seine rigorose Haltung zum Beispiel in Fragen der Ostpolitik nicht. Dreger hat zum Beispiel vor der Fraktion und vor

dem Bundestag die Aussage von Rühbe von der endgültigen politischen Bindungswirkung des Warschauer Vertrages auch für die polnische Grenze zurückgewiesen. Lamers und seine Mitstreiter meinen hingegen, die Rühbe-Position würde in Wirklichkeit der Mehrheitsmeinung der Fraktion entsprechen.

Sie haben auch registriert, daß Dreger bei seiner kürzlichen Reise nach Polen keinen Gesprächspartner der Regierung in Warschau getroffen hat. Warschau hatte sich verweigert, was nicht verhindern konnte, daß Dreger - der mit Repräsentanten der Kirche und der Solidarität gesprochen hatte - im nachhinein von seiner „politischen“ Reise spricht. Überhaupt Dreger hat sich dann gegenüber dem Mitglied des Politbüros, Barcikowski, dennoch offen gezeigt, als diese im September Bonn besuchte. Er empfing ihn in seinem Bundeshausbüro.

Aufschluß über dieses Treffen geben Erklärungen, die Barcikowski nach seiner Rückkehr nach Warschau dem deutschen Botschafter gegenüber abgegeben hat: „Eine große Überraschung sei für ihn die Begegnung mit Dr. Dreger gewesen. Dr. Dreger habe ihn so lebenswürdig empfunden, daß er sich eigentlich von vornherein anders verhalten habe, als er es sich vorgenommen hätte: „Es war eine der angenehmsten Unterhaltungen, die ich jemals mit einem ausländischen Politiker geführt habe.“ Zwar seien die Meinungsverschiedenheiten geblieben, aber die Atmosphäre sei so gut gewesen, daß niemand auf den Gedanken gekommen wäre, sich ihrer wegen „in die Haare zu geraten.“ Soweit die Aussagen des Politbüromitgliedes Barcikowski über Alfred Dreger.

Auftrieb hat die Diskussion innerhalb der Union durch einen Brief bekommen, den Hans Klein, der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, an seinen Kollegen Lamers gerichtet hat. Er sei, so schreibt Klein in dem neun Seiten starken Brief, „bestürzt“ über die „publizistische Mobilisierung“ der „Genscheristen“ gegen den „Stahlheim“. Natürlich geht es auch innerhalb der Fraktion ein „Meinungsgefälle“ in außenpolitischen Fragen und gegensätzliche Auffassungen. Fangen wir aber an, in unserer Fraktion öffentlich von „Flügel“ zu sprechen, die einander dann womöglich noch abwertend Bezeichnungen geben, so besorgen wir das Geschäft zumindest unserer innenpolitischen Gegner.“ Aber, so schreibt Klein, „haben uns die Wähler von CDU und CSU - die ihrerseits ein breites Meinungsspektrum halten - nicht ins Parlament geschickt.“



Franz Josef Strauß und Lothar Späth: Für Otto Graf Lambsdorff sind beide keine guten Marktwirtschaftler. FOTO: MAUCHER

Strauß und das Wohl „seiner“ bayerischen Firmen

Fehlgeleiteter industriepolitischer Ehrgeiz, wichtigerer Selbstüberschätzung, staatskapitalistische Renaissance durch vermeintliche Marktwirtschaftler, Späth-Kapitalismus: Diese Vorwürfe von Otto Graf Lambsdorff richten sich gegen die Ministerpräsidenten Strauß und Späth, gemeint ist deren Mitwirkung an Fusionen und Fusionsplänen in ihren Ländern.

Von DANKWARD SEITZ

Den Unmut Lambsdorff über Bayern haben ganz offensichtlich zwei Ereignisse aus der jüngsten Vergangenheit erregt: Die im Juli dieses Jahres vollzogene Neuordnung bei dem bis dahin zur Flick-Gruppe gehörenden Münchner Panzer- und Maschinenhersteller Krauss-Maffei AG. Und die Sondersprache des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß mit dem BMW-Vorstandsvorsitzenden Eberhard von Kuenheim über eine Beteiligung bzw. mehrheitliche Übernahme des Luft- und Raumfahrtkonzerns MBB Messerschmitt-Bölkow-Blom GmbH durch den Münchner Automobilkonzern.

Sicherlich dürfte der FDP-Politiker auch an Zeitungsmeldungen gedacht haben, die im Sommer dieses Jahres von einem - inzwischen längst demontierten - möglichen Engagement von MBB bei anderen deutschen Rüstungsfirmen wussten wollten. Von MBB-Beteiligungen an der Berliner Diag oder deren Tochter Fritz Werner und vielleicht an dem Kanonenproduzenten Rheinmetall war da die Rede. Da feierte der „allgemeine Rüstungsgeist“, der von München aus angeht, von dem Luft-, Raumfahrt- und Rüstungsbewußte Ministerpräsidenten Strauß zusammengefasst werden soll, eine Wiederaufstehung.

Begonnen hatte alles damit, daß die Flick-Gruppe Anfang 1984 signalisierte, Krauss-Maffei verkaufen zu wollen - die wichtigste Produktionsstätte für schwere Panzer (vor allem den Leopard 2) der Bundeswehr und

einiger anderer Armeen. Als Hauptinteressent trat MBB an den Plan. Unterstützt wurde diese Lösung vehement von Strauß, begründet mit der Sicherung und Erhaltung hochwertiger Arbeitsplätze in München.

In Bonn wurde dieser Fall verständlicherweise etwas anders bewertet. Man sah die Gefahr, daß die Bundeswehr in eine zu große Abhängigkeit von einem industriellen Partner geraten könnte.

Als dann das Bundeskartellamt auch noch Bedenken gegen eine Mehrheitsbeteiligung von MBB an Krauss-Maffei anmeldete, gab man sich an der Isar noch lange nicht geschlagen. Nach monatelangen Verhandlungen wurde mit tatkräftiger Unterstützung des gesamten bayerischen Kabinetts eine Lösung gefunden, die niemand mehr beanstanden konnte.

Statt MBB beteiligte sich die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LFA), deren eigentliche Aufgabe es ist, kleine und mittelständische Unternehmen zu unterstützen, mit über 25 Prozent an Krauss-Maffei. Hinzu kamen noch zwei andere Banken (Dresdner Bank, Bayerische Vereinsbank) und die Bundes AG.

Von MBB als mehrheitlichem Krauss-Maffei-Partner war längst nicht mehr die Rede. Das Engagement des Luft- und Raumfahrtkonzerns war auf eine indirekte Beteiligung zusammengeschrumpft. Die RTG Raketentechnik GmbH, die je zur Hälfte der Nürnberger Diehl-Gruppe und MBB gehört, erwarb lediglich 24,95 Prozent - eine Größenordnung, die noch nicht einmal beim Kartellamt angemeldet werden mußte. Strauß, sein Finanzminister Max Streibl - beide zugleich Aufsichtsratsmitglieder bei MBB - und Wirtschaftsminister Anton Jamann, Verwaltungsvorsitzender bei der LFA, konnten aufatmen: Krauss-Maffei blieb in bayerischen Händen.

Die Konstruktion hinterließ dennoch ein ungesundes Gefühl. Denn trotz der nur indirekten Beteiligung von MBB dürfte der Ottobrunner Rüstungskonzern das Sagen bei Krauss-Maffei haben, denn die Banken sind auch MBB-Gesellschafter. Interessenskollisionen über die Ge-

schäftspolitik bei Krauss-Maffei sind kaum zu erwarten.

Und wie sehr Strauß das Wohlergehen „seiner“ bayerischen Firmen am Herzen liegt, verdeutlichte er erneut erst in jüngster Vergangenheit. Auf die Frage, ob er eine Verbindung von BMW mit MBB begrüßen würde, antwortete er mit einem uneingeschränkten „Ja“. Wie konnte er auch anders, hatte er doch unlängst auf einer China-Reise dem BMW-Chef seine Vorstellungen schmackhaft gemacht. Diese Kunde, daß sich die zwei bayerischen Spitzenfirmen zu einer Ehe zusammenfinden sollten, hat in den letzten Wochen viel Staub aufgewirbelt. Die Vermutung liegt nahe, daß man es Daimler-Benz gleichtun und in andere Bereiche hineinexpandieren will.

Bei BMW gab man sich allerdings erst einmal recht zurückhaltend. Eine Verbindung beider Unternehmen wird als eine durchaus interessante Sache gesehen. Doch „Junior-Partner der öffentlichen Hand“ zu werden, das möchte Eberhard von Kuenheim auf keinen Fall. Seitdem er dies öffentlich verkündet hat, soll seine Freundschaft mit Strauß rissig bekommen haben.

Daß der bayerische Ministerpräsident diese Fusion so vehement ablehnt, kann er durchaus mit Privatierungsbestrebungen begründen. Denn von Kuenheim wird nur seine Mehrheit an MBB bekommen, wenn neben Bayern sich Bremen und Hamburg von ihren MBB-Anteilen ganz oder zumindest teilweise trennen. Doch die beiden Stadtstaaten Max Streibl nur schwer davon überzeugen können, im Sinne von Strauß einiges von ihren Quoten abzugeben, um den Weg für BMW freizumachen. Die beiden nicht gerade über eine florierende Wirtschaftsstruktur verfügbaren Städte sind an einer regionalen Ausgewogenheit der Beteiligungsverhältnisse zwischen Süd und Nord durchaus interessiert. Denn MBB unterhält in ihren Städten große Werke und ist Garant für Tausende von Arbeitsplätzen. Letztendlich werden sie in Bayern allein darüber entschieden werden kann.

Pleite oder Fusion: Späth ist dabei

Von WERNER NEITZEL

Die Attacke aus dem Lager der Verfechter der reinen Lehre marktwirtschaftlicher Prinzipien kommt so überraschend nicht. Fordern doch die vielfältigen Programme, Pläne und Maßnahmen des unliebigen Stuttgarter Regierungschefs, der sich im übrigen zum Weststreit der Bundesländer um die Absicherung und die Stabilität ihrer Wirtschaftsstrukturen Basis bekannnt, in Krisen der südwestdeutschen Wirtschaft nicht nur Beifall sondern auch - wenn gleich etwas verhalten - Kritik heraus.

Das heißt: Eisen mit den meisten Kanten wird derzeit zweifellos in Sachen Landesbank geschmiedet. Hier versucht Späth gewissermaßen nach dem Motto, daß es die Mächtigen stets zum Geld drängt, in zäher und langwieriger Arbeit eine Neuordnung des öffentlich-rechtlichen Bankensystems in Baden-Württemberg zu bewerkstelligen. Seine These: Der Anteil der baden-württembergischen Banken am gesamten Kreditvolumen entspreche nicht dem Bevölkerungsanteil und der Wirtschaftskraft des Landes. Auch seien sie an der Bruttowertschöpfung des Landes unterdurchschnittlich beteiligt und lägen im Auslandsgeschäft - für das exportbedingte Bundesland nicht unwichtig - weit unter dem Bundesdurchschnitt.

Späth steuert unbeirrt auf die Verschmelzung bestehender Bankinstitute des öffentlich-rechtlichen Sektors zu einer großen Landesbank zu, wie sie sich inzwischen in anderen Bundesländern - mit mehr oder minder guter Erfolgsbilanz - etabliert haben. Zu welchem Ziel seine Bemühungen führen werden, steht in An-

betracht der vielen Schwierigkeiten noch in den Sternen.

Getreu der Späthschen Devise, dort, wo nötig, der Industrie mit reichlich dotierten Programmen bei der Anpassung und Umstrukturierung auf moderne Zukunftstechnologien unter die Arme zu greifen, ist der Technologietransfer von den zahlreichen Hochschulen des Landes zur Wirtschaft und umgekehrt beträchtlich forciert worden. Eine Reihe von „Technologie-Fabriken“ ist hierfür ein äußeres Merkmal. Wie effektiv und nutzbringend jene Anstrengungen letztlich sein werden, wird sich erst noch herausstellen müssen. Sind doch auch Stimmen aus im Südwesten stark vertretenen Branchen und Wirtschaftsbereichen (z. B. dem Maschinenbau, dem Textilsektor, der Landwirtschaft) vernnehmbar, die an jener in ihrer Betrachtung einseitigen Bevorzugung sogenannter High-Tech-Sparten Kritik anmelden.

Dabei versäumte Späth nicht, sein besonderes Augenmerk auf die Vorgänge im Bereich der Großunternehmen zu lenken. Spektakulär war insbesondere seine Moderatoren-Rolle, als es darum ging, den infolge des Zwists der Familiengeschafter fast ins Trudeln geratenen Luft- und Raumfahrtkonzerns Dornier unter die Fittiche von Daimler-Benz zu bringen. Die vierprozentige Beteiligung des Landes an Dornier ist zwar einigermaßen überflüssig, resultiert aber aus dem komplizierten Tauschen um die Beteiligungsquoten und hätte bei einer Dreingabe den labilen Kompromiß - so Späths Begründung - wieder in Gefahr bringen können.

Auf jeden Fall trug Späth dazu bei, Dornier auf festen Boden - und dazu noch in Baden-Württemberg - zu ver-

ankern. Mit Genugtuung hatte er bereits die volle Übernahme des MTU-Konzerns durch den Stuttgarter Autokonzern Daimler-Benz registrieren können, wie auch die Einverleibung des AEG-Konzerns durch die Unterthürheimer natürlich auf sein Wohlwollen stößt.

Zahlreich sind die Stützungs- und Aufbaubemühungen des Landes in den Fällen von Firmenzusammenbrüchen: Beispiele für solche mit unterschiedlichem Nachdruck betriebenen Rettungsaktionen sind die von Neff, Zanker, Dual, oder auch die Sanierung der durch den Kollaps des Korff-Stahlimperiums in Mittelländerschaff gezeugenen Badischen Stahlwerke in Kebl. Letztere haben es - was für die relativ strukturschwache Region am Oberrhein wichtig ist - geschafft, durch massiven Einsatz der Instrumente der Landesregierung, sich auf eine neue und gesunde wirtschaftliche Basis zu stellen. Ein Erfolg, von dem beispielsweise die um ihr Überleben kämpfende Arbed noch weit entfernt ist.

Hans Freiländer, Vorsitzender des Landesverbandes der Baden-Württembergischen Industrie, meint zur Politik der Stuttgarter Landesregierung: „Es liegt in der Natur der Sache, daß Industrie und politische Entscheidungsträger nicht in allen Einzelfragen übereinstimmender Meinung sein können. Wichtig erscheint uns jedoch, daß ein Grundkonsens über die notwendigen Rahmenbedingungen besteht.“ Dankbar nimmt die Industrie des Landes beispielsweise die Aktivitäten des Landes bei der Veranstaltung von Auslandsmissionen (u. a. Landesausstellungen in China und der Sowjetunion) an.



Volker Rühbe und Herbert Czaja: Außenpolitische „Flügel“-Männer in der Unionsfraktion? FOTOS: SVEN SIMON/POLY PRESS

„Dies ist als besorgte Warnung gemeint“

Der Brief des CSU-Bundesgeschäftsführers Hans Klein an seinen Fraktionskollegen Karl Franz Lamers hat in Auszügen folgenden Wortlaut:

Lieber Herr Kollege Lamers, da mich die publizistische Mobilisierung der „Genscheristen“ gegen den „Stahlheim“ sehr beunruhigt hat, habe ich mir eine sofortige Reaktion versagt. Mit 14tägigem Abstand, der mir Zeit zur Bewältigung des ersten Ärgers und zum sorgfältigen Nachdenken ließ, nehme ich zu Ihrer Aktion Stellung.

Natürlich gibt es nicht nur zwischen den Koalitionspartnern, sondern auch innerhalb unserer Fraktion ein Meinungsgefälle in außenpolitischen Fragen, in einigen Bereichen auch gegensätzliche Auffassungen. Und selbstverständlich muß das mitunter auch öffentlich diskutiert werden.

Fangen wir aber an, in unserer Fraktion öffentlich von „Flügel“ zu sprechen, die einander dann womöglich noch abwertend Bezeichnungen geben, so besorgen wir das Geschäft zumindest unserer innenpolitischen Gegner. Daß sich an diesem Vorgang auch außenpolitische Gegner der Bundesrepublik Deutschland deklarierten und in ihrer Argumentation die ihnen jeweils sympathische Gruppierung zum Zeugen wider die andere anrufen, liegt auf der Hand. Dafür haben uns die Wähler von CDU und CSU - die ihrerseits ein breites Meinungsspektrum bilden - nicht ins Parlament geschickt. Damit unterstützen wir nicht die von uns doch insgesamt gutgeheißene Politik der Bundesregierung.

Hier die jungen, fortschrittlichen Kollegen um Volker Rühbe, dort die alten, rückschrittlichen Politiker hinter Herbert Czaja - dieses Bild ist einfach falsch. Würde es weiter propagiert, müßten sie schnell feststellen, daß es in unserer Fraktion eine „75-Prozent-Mehrheit“ für eine Gruppierung nicht gibt. Daran ändert nichts, daß sich Junge wie Alte (wie problematisch die Inanspruchnahme des Jugendlichkeits-Prädikats ist, geht beispielsweise daraus hervor, daß sie fünf Jahre älter sind als Todenhöfer) auf Regierungserklärungen und andere Äußerungen des Bundeskanzlers stützen.

Nach meiner Einschätzung steht die Mehrheit unserer Fraktion, die allerdings weit größer ist als 75 Prozent, hinter der außenpolitischen Linie, die

Konrad Adenauer vorgezeichnet hat und die von Helmut Kohl, dem Inhaber der Richtlinienkompetenz, unter Berücksichtigung seiner eingetretener Entwicklungen konsequent weiterverfolgt wird.

In Einzelfragen mag sich immer wieder die Notwendigkeit zur Erarbeitung operativer Kompromisse mit dem Koalitionspartner ergeben. Daß wir dazu fähig sind, haben wir in dieser Legislaturperiode mehrfach (etwa in der Mittelamerikapolitik oder der Politik gegenüber dem südlichen Afrika) bewiesen. Wer aber versucht, diesen Standort an den Rändern zu zerreißen oder substantiell zu verändern, gefährdet die im deutschen Interesse begründete Konsensfähigkeit der Union als stärkste politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland.

Damit ich nicht mißverstanden werde: Dessen zeige ich weder Sie noch sonst einen Kollegen in der Fraktion. Dieser Satz ist als besorgte Warnung gemeint.

Da die Neben- und Gegenaußenpolitik der SPD, von der linken Irrationalität der Grünen angepöpselt, in vielen Bereichen nur noch unseriös ist und auch von der Masse der grundsätzlichen deutschen Arbeitnehmerschaft nicht mehr verstanden, geschweige denn getragen wird, muß die Union verstärkt um die Zustimmung breiter Bevölkerungsschichten bemüht sein. Das schließt in Sonderheit auch jene Millionen Deutscher ein, die aufgrund völkischer und menschenrechtswidriger Vereinbarungen der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden und die mit ihrer Charta schon vor 35 Jahren beispielhaft Zeugnis für Friedenswillen und europäische Gesinnung abgelegt haben.

Daß ihnen - aber nicht nur ihnen - ein besonders hohes Maß an Sensibilität eignet, wenn es im weitesten Sinn um deutsche Fragen geht, sollten wir würdigen und nicht scheitern. Daß sie aber auch,

in der rechten Weise angesprochen, außerordentliches Verständnis, ja menschliches Einfühlungsvermögen für unsere osteuropäischen Nachbarn aufbringen, beweist das Engagement etwa der Kollegen Czaja und Hupka bei Hilfe in drängender Not.

Mit dem politischen Vorgehen des Kollegen Czaja - von der Presseerklärung über die Krakauer Rühbe-Rede bis zu der Art und Weise, wie er seinen Standpunkt in der Arbeitsgruppe vertritt - habe ich mich in einem Schreiben an ihn direkt auseinandergesetzt. Eines sollte wir allerdings nicht unterschätzen: Er empfindet sich als unser aller Gewissen, wenn es um Deutschland geht.

Von ihm - der im übrigen gar nicht in die Reihe der sonst von Ihnen aufgeführten Namen paßt - erwarte ich indes, was ich auch mir selbst aber lange und von allen anderen Kollegen oder Gruppierungen erwarte, daß wir einbinden und nicht ausgrenzen. Damit rede ich nicht einer Wischiwaschi-Politik das Wort, sondern einer sauber erarbeiteten Gemeinsamkeit. Damit widerrate ich auch nicht der notwendigen öffentlichen Darstellung, wohl aber der Profilierung auf Kosten der Gesamtheit.

Das grundsätzliche Ja des Bundeskanzlers zu SDI (Regierungserklärung vom 18. April 1985: „Das amerikanische Forschungsprogramm ist daher aus unserer Sicht gerechtfertigt; politisch notwendig und liegt im Sicherheitsinteresse des Westens insgesamt.“), das natürlich noch der Erkundung und der Abmahnung deutscher Mitwirkungsmöglichkeiten im Detail bedürfte, ist durch öffentliche

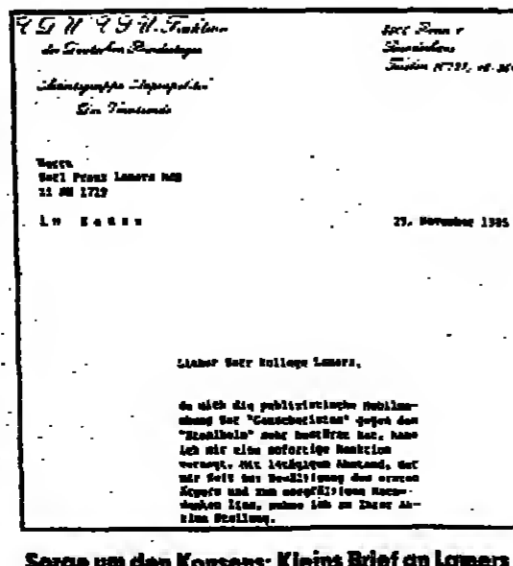
Überbetonung von Bedenken relativiert worden. Und weil sich die gegensätzlichen Meinungsäußerungen dazu nach der Gesetzmäßigkeit Pawlowscher Effekte bedingen, wurde der Fixierung der Rahmenbedingungen für eine deutsche Beteiligung an der Forschungsphase eine Bedeutung zugesprochen, von der die längst getroffene politische Regierungsentscheidung überschattet wurde.

Für mich steht bei der deutschen Haltung zur SDI-Frage im Vordergrund: Wir dürfen sie nicht so diskutieren, daß die Position der USA geschwächt und die Sowjetunion, ähnlich wie vor der Nachrüstung, dazu verleitet wird, statt ernsthaft zu verhandeln, mit Hilfe der öffentlichen Meinung in Westeuropa - wenn wohl auch wieder vergeblich - Druck auf die Amerikaner auszuüben.

Für die von Ihnen öffentlich angesprochenen publizistischen Aktivitäten des Kollegen Todenhöfer gilt, was für uns alle zu gelten hat: Jeder frei gewählte Abgeordnete darf, wann immer er es für richtig hält, seine Meinung äußern. Schärferer Einspruch ist dann geboten, wenn einer den Eindruck erweckt, für die Fraktion zu sprechen, obwohl von ihr eine solche Meinung nicht gestützt, abgelehnt oder gar als schädlich empfunden wird.

In 13 Monaten finden die nächsten Bundestagswahlen statt. Die Bilanz dieser Regierung und der sie tragenden Parlamentsmehrheit ist, auch in der Außenpolitik, positiv. Wenn wir jetzt in einen öffentlichen Streit darüber eintreten, vor dem Kanzler bester Adjutant ist und wer sich um die deutsche Frage am pflichtbewußtesten bemüht, dann arbeiten wir genau jenen Kreisen in die Hände, für die die deutsche Frage mit der Viehhaltung unseres Vaterlandes bereits geschlossen ist und die dann auch einen anderen Kanzler mit anderen Adjutanten präsentieren würden.

Da dies mit Sicherheit weder Sie noch irgendein anderer Kollege unserer Fraktion wollen, bleiben wir alle (das ist das friedensstiftende Element demokratischer Prozesse) auf vernünftige Zusammenarbeit angewiesen. Ohne diese Voraussetzung wäre ich weder in stande noch bereit, sozusagen den konsensschaffenden Teil der außenpolitischen Arbeit unserer Fraktion zu leisten und die öffentliche Artikulation „Flügel“-Männern zu überlassen.



Sorge um den Konsens: Kleins Brief an Lamers



Heinz Hoffmann (links) war seit 1960 Verteidigungsminister der „DDR“. Heinz Kötter (rechts) ist einer von zwei Nachfolger-Kandidaten.

Der Nachfolger wird ein Mann Honeckers sein

„DDR“-Verteidigungsminister Hoffmann gestorben

WERNER KAHL, Bonn

Sein Platz unter den greisen Genossen des SED-Politbüros war auch im zwölften Jahr seiner Mitgliedschaft im obersten Führungsgremium der Einheitspartei unangefochten, aber jetzt forderte die physische Konstitution ihren Tribut - vier Tage nach seinem 75. Geburtstag starb „DDR“-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann gestern nach Mitteilung der amtlichen Ostberliner Nachrichtengattung ADN an „akutem Herzversagen“.

Die strikte Geheimhaltung, mit der die SED-Führung ihre Sitzungen zu umgeben weiß, ließ die Frage offen, ob der loyale Weggefährte Erich Honeckers noch am Plenum des SED-Zentralkomitees am 22. November teilnahm und über den Sturz des Ostberliner Parteibezirkchefs Konrad Naumann mit abstimmt. Mit dem Tod Hoffmanns verringerte sich die Mitgliederzahl des Politbüros auf 18 Funktionäre, zwei mehr als bei der Aufnahme in den Führungskreis 1973 waren.

Auf die Krönung seiner Parteikarriere hatte der in Mannheim geborene Maschinenschlosser 13 Jahre nach seiner Ernennung zum Minister im Jahre 1960 warten müssen. Seine militärische Karriere begann für ihn schon mit 20 Jahren als Agent für den militärischen Apparat der kommunistischen Bewegung im deutschen Untergrund. In Moskau erhielt er deshalb nach der Emigration aus Deutschland 1935 einen Platz an der Frunse-Akademie. Die Feuerprobe bestand er 1936-1937 im spanischen Bürgerkrieg. Auf der iberischen Halbinsel kämpfte er in der Internationalen Brigade als Bataillonkommandeur und Politikkommissar unter dem Befehl Wilhelm Zaisers, des nach dem Juni-Aufstand 1953 in der „DDR“ gestürzten Ministers für Staatssicherheit. Von den deutschen Genossen an der spanischen Front wurde Erich Mielke - mit 77 Jahren Senior des Politbüros - ab 1957 Chef des Staatssicherheitsdienstes.

Nach dem Sieg Francos setzte sich Hoffmann zunächst in den Untergrund in Frankreich ab und ging 1939 wieder in die Sowjetunion, wo er auf

Franke-Prozeß: Alle Einwände zurückgewiesen

PETER PHILIPPS, Bonn

Am Ende des Prologs vor der Ersten Strafkammer des Bonner Landgerichts - bevor der ehemalige Innerdeutsche Minister Egon Franke beginnen konnte, seinen Lebenslauf darzustellen - stand gestern die erwartete Ablehnung der „Besetzungsrügen“. Die Verteidiger von Franke, der ehemalige Abteilungsleiter Edgar Hirt sowie die Anwälte des früheren Ministers hatten mit der Ablehnung eines besitzenden Richters, eines Ersatzrichters sowie sämtlicher Schöffen alle verfahrensmäßigen Wege für spätere Revisionsmöglichkeiten offengehalten.

Der Vorsitzende Richter Wilfried Manthei benötigte 40 Minuten mit seinen Beisitzern zur endgültigen Formulierung, ehe von ihm um 14 Uhr 40 „beschlossen und verkündet“ wurde, daß alle „Einwände zurückgewiesen“ werden. Die „Besetzung der Kammer“ sei „vorschrifts- und ordnungsgemäß“, es gebe nichts, was auf die unterschwellig beargwöhnte „unzulässige Einzelzuweisung“ der Ersatzrichter „hindeute“. Eine dreiviertel Stunde lang verlas Manthei in allen Verästelungen die Begründung. In feiner Ironie stellte er anschließend fest: „An Ermüdbarkeit“ habe sein Vortrag der Erläuterung der Rüge am zweiten Verhandlungstag vor einer Woche durch Hirt-Anwalt „Mehle in nichts nachgestanden“.

Franke Verteidigung batte sich bei dieser ganzen Prozedur mit deutlich gedämpfter Begeisterung und nur pro forma beteiligt. Co-Verteidiger Hermann Höcherl war gestern nicht einmal erschienen und wird erst heute morgen wieder neben Franke sitzen, wenn es zur Person und dann irgendwann auch zur Sache vorangeht.

Ist es schon die Anrede „Angeklagter Franke“, die dem aufrechten Sozialdemokraten auch körperlich Pein bereitet - das letzte Mal geschah dies im Dritten Reich, und am Ende stand das Strafbittellion 999 -, so kam an den ersten Verhandlungstagen noch das zermürbende juristische Vorgeplänkel hinzu: Der schwerkranke alte Mann litt sichtlich, sein Verteidiger Neumann bat ausdrücklich um schnelle Behandlung der Verfahrensdinge, um endlich zur Sache zu kommen.

Franke sitzt mit Bedacht genau dem Richterthron gegenüber, weil ihr Manthei genau im Auge behalten will, um bei Konzentrationsabbau notfalls die Verhandlung sofort unterbrechen zu können. Die Fürsorge kann sehr weit gehen: Als Franke einmal während der mit allen juristischen Spitzfindigkeiten durchsetzten Besetzungsrügen irgendwas die Augen schloß, geriet er schnell in die Rolle des unautonomen Schülers, den „Lehrer“ Manthei aufschreckte.

„Ich habe kein Verhältnis zu dem, was vorgetragen wird“, lautete die fast unverzählige bittende Antwort eines Mannes, der einst eber durch deftige Selbstsicherheit auftrat. Dies sei ihm alles zu „monoton“. Und seinem alten Kämpfer Höcherl, obwohl in diesem Metier inzwischen wieder zuhause, muß es ähnlich gegangen sein: Auch er hatte schon zwischen durch schwere Augenlider bekommen.

Bischof Schönherr mahnt: Mit dem Wort Deutschland behutsam umgehen

PETER SCHMALZ, München

Eine gute Sonntagspredigt wolle er halten, also eine, die den Alltag reflektiert, verspricht der ehemalige Vorsitzende der Evangelischen Kirche der „DDR“, Bischof Albrecht Schönherr, auf der Bühne der Münchner Kammeroper. Unwillkürlich aber gerät der Kirchenmann dabei in einen Alltag, der keineswegs alltäglich ist, wiewohl auch sein Zustand bereits Jahrzehnte währt und bedauerlicherweise weiter währen wird. Denn der Alltag, über den er zu sprechen kam, ist die Unnormalität der deutschen Teilung.

„Reden über das eigene Land: Deutschland“ lautet der Titel, unter dem nun im dritten Jahr eine herbstliche Vortragsreihe über die Kammeroperbühne lief. Diesmal erschien eine zumindest beruflich heterogene Gruppe, beginnend mit dem von West nach Ost und zurück gewanderten Literaturprofessor Hans Mayer, über den von einer Fan-Gemeinde geleiteten Feilbildner Josef Beuys und die Frankfurter Psychoanalytikerin Margarete Mitscherlich-Nielsen bis zu Schönherr, dem diesjährigen Schlußpunkt.

Die Feilbilder

Fast scheint es, als wolle sich der Kirchenführer vom Thema distanzieren, wenn er die „lieben deutschen Freunde“ mahnt, behutsam mit dem Wort Deutschland umzugehen, und wenn er fragt, ob die deutsche Nation nur ein Anspruch sei oder ein gemeinsames Nationalgefühl. Und ob der Wunsch nach Wiedervereinigung über das Gebot im Grundgesetz hinaus für die Menschen in Ost und West ihren Beitrag leisten, damit sich die Bündnisse, deren Grenze mitten

Schönherr wußte sich mit der Unnormalität Deutschlands zu arrangieren, mit seinem Namen ist der Verlust der Einheit der evangelischen Kirche Deutschlands untrennbar verbunden. Er sieht jetzt sogar einen „ganzen Schwarm von Frühlingsboten“, wenn er an den in Gang gekommenen Dialog zwischen Christen und Marxisten denkt, den er „erfreulich und fruchtbar“ nennt.

Von ihm stammt die Losung für die Protestanten drüben: Wir wollen nicht Kirche gegen, nicht neben, sondern im Sozialismus sein. Immerhin hält er an Deutschland als Dach über der gegensätzlichen politischen Entwicklung fest und sieht die gemeinsame Aufgabe der Deutschen auf drei Feldern: in der Haftungsgemeinschaft für die gemeinsame Geschichte, in der Verantwortungsgemeinschaft für die Gegenwart und in der Hoffnungsgemeinschaft.

Sorgsam aber schiebt er dabei die größere Last der Verantwortung in die Bundesrepublik, wenn er vom Aufbau und der Pflege von Feilbildern warnt und dabei den „tieferwurzelten Antikommunismus“ als Wurzel des Übels ausmacht, der ein Mittel sei, die Menschen zu manipulieren. Wohl erwähnt Schönherr auch die Haßerziehung in der „DDR“, die er aber sogleich mit der absonderlichen Theorie vermittelte, dieser Haß werde rational vermittelt und könne sich daher nicht emotional verwurzeln, weshalb er nicht so gefährlich, weil leichter abzubauen sei.

Die Hoffnung des Bischofs mündet in eine „fruchtbare und freundliche Nachbarschaft“ und in die Erwartung, daß Deutsche in Ost und West ihren Beitrag leisten, damit sich die Bündnisse, deren Grenze mitten

Kultusminister der SPD gegen kürzere Schulzeit

dpa, Hannover/Bonn

Die Kultusminister der SPD-regierten Länder lehnen eine kürzere Schulzeit bei einem auf 18 Monate verlängerten Wehrdienst ab. Dies erklärte der nordrhein-westfälische Kultusminister Hans Schwier gestern in einem Rundfunkinterview. Er nahm damit Stellung zu entsprechenden Überlegungen in der SPD-Bundestagsfraktion.

In einem Gespräch mit der „Neuen Presse“ (Hannover) hatte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Wilfried Penner (SPD) die Überlegungen aus den unionsregierten Ländern als „erwägenswert“ bezeichnet. Mit der Verkürzung des 13. Schuljahres soll ein Leerlauf zwischen Wehrdienst und Berufsausbildung vermieden werden.

Berlin - „Apartheid einer einzigen Stadt“

idea, Berlin

Der frühere Landespropst der deutschen evangelisch-lutherischen Kirche in Südafrika (Namibia) und jetziger Hamburger Pastor Kurt Kirschner hat großen Teilen der evangelischen Kirche in Deutschland vorgeworfen, am Unrecht in vielen Gegenden der Welt immer konsequenter vorbeizusehen und sich nur auf Südafrika zu konzentrieren. Als Beispiel hierfür nannte er die Situation in Berlin.

Die gewaltsame Trennung zwischen West-Berlinern und Ost-Berlinern stelle „alles in den Schatten, was die Medien über Rassentrennung in Südafrika berichten“. Kirschner erklärte, man habe ihm noch keine überzeugenden theologischen Gründe nennen können, „weshalb in Südafrika das als Sünde bekämpft werden soll, was bei uns als Realität anerkannt wird“. Während in Südafrika Völkern mit völlig unterschiedlicher Sprache und Kultur eine getrennte Entwicklung verordnet werde, geschehe in Berlin die „Apartheid einer einzigen Stadt“.

Der Hamburger-Pastor kritisierte an dieser Haltung vor allem, daß dabei ein Fanatismus aufkomme, in dessen Rahmen jeder zum Rechtsextremisten gestempelt werde, der es wagt, in der „emotional aufgeheizten Diskussion einige naheliegende Fragen zu stellen“.

Hierbei nannte er die Frage nach den Ergebnissen des Engagements in der evangelischen Kirche für marxistische Widerstandsbewegungen in Angola, Mosambik und Zimbabwe, die nun in den inzwischen „befreiten“ Staaten die Macht ausüben. Überall dort hätten sich die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse drastisch verschlechtert. Darum aber, so Kirschner, kümmere man sich in der Kirche heute nicht mehr.

Bundestagsdelegation trifft Gromyko

Jenninger bestreitet Verärgerung über das Besuchsprogramm in der Sowjetunion

GÜNTHER BADING, Leningrad

Als „pure Desinformation“ bat Bundestagspräsident Philipp Jenninger Berichte bezeichnet, in denen von Unzufriedenheit mit dem Besuchsprogramm der von ihm geführten Bundestagsdelegation in Moskau und Leningrad die Rede war. Es gebe „keinerlei Überlegungen, die Reise vorzeitig zu beenden. Wir haben dazu auch keine Veranlassung.“ Der CDU-Politiker räumte zwar ein, das vom Wochen ausgearbeitete Programm werde in der Tat nicht allen Wünschen gerecht. „Aber maßgebend ist, was uns gesagt wurde. Und danach können wir mit guten Gesprächen in den nächsten Tagen rechnen.“ Im übrigen sei man bei dem Besuch - es ist der erste einer Bundestagsdelegation mit Vertretern aller Fraktionen seit 1973 - „sehr gastfreundlich“ empfangen worden, sagte Jenninger im Gespräch mit der WELT.

Als Beispiel für wichtige, im ausgedruckten Besuchsprogramm nicht aufgeführte Termine nannte Jenninger das für die Mitte der Woche in Moskau anberaumte Gespräch mit dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet, Staatspräsident Gromyko. Es gebe nicht nur „ein Signal, sondern es wurde uns deutlich gesagt, selbstverständlich werde der Vorsitzende des Präsidiums des

Obersten Sowjet zu Gesprächen zur Verfügung stehen.“

Auf der gleichen Gesprächsebene hatte sich 1973 die Bundestagsdelegation unter Leitung der damaligen Parlamentspräsidentin Annemarie Renner (SPD) bewegt, als sie von Staatspräsident Podgorny empfangen worden war.

Schon im Vorfeld des jetzigen Besuchs war in der Delegation gerätselt worden, ob es neben den festgelegten Gesprächsterminen mit dem Vize-Ministerpräsidenten und Vorsitzenden des Staatskomitees für Wissenschaft und Technik, Martschuk, mit ZK-Sekretär Simjanin und mit den beiden Kammerpräsidenten des Obersten Sowjet, Tolkanow und Voß, weitere Unterredungen geben werde. Jenninger hatte schon in Bonn als „ausdrücklichen Wunsch“ übermitteln lassen, daß die Delegation auch an Begegnungen mit Parteichef Gorbatschow und Außenminister Schevardnadse gelegen sei. Gegenüber der WELT sagte der Bundestagspräsident in Leningrad, man „muß Verständnis haben, daß nach den Vorfällen der letzten Tage mit Politbüro-Sitzungen und Aufarbeitung des Genfer Gipfeltreffens die Vorbereitung unseres Besuchs nicht das Vordringlichste bei der sowjetischen Führung war.“ Zur Atmosphäre innerhalb der Delegation sagte Jenninger: „Wir haben eine gute Stimmung, und zwar querbeet durch alle Fraktionen.“

Leichte Verärgerung war bei einigen Teilnehmern allenfalls über das Verhalten der Fraktionssprecherin der Grünen, Hannegret Hönes, spürbar. Diese hatte den Besuch auf dem deutschen Soldatenfriedhof Lublino in Moskau boykottiert, war aber bei der Kranzniederlegung für die gefallenen sowjetischen Soldaten auf dem Leningrader Gedenkfriedhof Piskarskowskoje dabei. Hier schrieb sie in das Kondolenzbuch: „Zur Erinnerung an die Opfer des deutschen Faschismus.“

Der CSU-Landesgruppenvorsitzender Theodor Waigel äußerte gegenüber der WELT ebenfalls Unverständnis über das offenbar durch unzutreffende Agenturmeldungen in Deutschland entstandene Bild einer Delegation, die angeblich durch enttäuschte Hoffnungen auf eine Begegnung mit Gorbatschow frustriert worden sei. Diese Delegation werde „keinen Deut schlechter gestellt“ als die von 1973. Sie umfasse alle Fraktionen, sie sei weder eine Partei- noch eine Regierungsdelegation, sagte Waigel. Er spielte damit darauf an, daß der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau bei seinem Moskau-Besuch von Parteichef Gorbatschow empfangen worden war.

Neu von Schneider. Schauen Sie ruhig zweimal hin. Komplettes Schreibsystem und PC in einem. JOYCE

DM 2.490,-* inklusive Mehrwertsteuer

Komplett mit Monitor, integriertem Diskettenlaufwerk, deutscher Tastatur, Schönschrift-Matrix-Drucker und einem anwenderfreundlichen Softwarepaket auf 2 Disketten: Textverarbeitung, CP/M Plus, Dr. LOGO und GSX Grafiksoftware

Den Namen JOYCE sollten Sie sich jetzt merken. Die JOYCE ist das neue Schreibsystem von Schneider und zugleich professionell einsetzbarer Personal Computer. JOYCE ist aber auch Integriert für ein sensationelles Kosten-/Leistungsverhältnis in der EDV-Technologie. Sie nimmt Ihnen im Büro eine Menge Arbeit ab. Man kommt schnell mit ihr zurecht und schon vom ersten Tag an erledigen Sie mit ihr Ihre Textverarbeitungsaufgaben. Mit der JOYCE können Sie kalkulieren und fakturieren, Buchführung machen, Überweisungsaufträge ausdrucken. Sie kümmert sich um die Lagerverwaltung, macht Ihre Inventur und kennt sich im Angebots- und Rechnungswesen aus. Mit dem CP/M-Betriebssystem von Digital Research stehen Ihnen eine Vielzahl von am Markt eingeführten Standard-Programmen und auch ganz individuelle Spezial-Programme zur Verfügung. Wenn Sie es jemals vorhaben, dann sollten Sie jetzt den Sprung in die elektronische Datenverarbeitung wagen. Durch den einzigartigen Preis der Schneider JOYCE wird dieser Schritt leichter denn je.

Schneider PCW 8256 JOYCE	
Technische Informationen für alle, die vergleichen wollen	
Arbeitsspeicher:	256-K-RAM
Massenspeicher:	3-Compact-Diskette 250 K (unformatiert)
Bildschirm:	32 Zeilen, 80 Zeichen/Zeile
Tastatur:	Deutsche Tastatur nach DIN (OVERTZ)
Software inkl.:	Textverarbeitung „Locoscript“, CP/M 3.0, Dr. LOGO, BASIC, GSX
Drucker:	NLQ-Matrixdrucker, 90 Zeichen/sec.
Erweiterungsmöglichkeiten:	Schnittstelle parallel und seriell, Zweites 3-Diskettenlaufwerk, 1 MB (unformatiert)

* unverbindliche Preisempfehlung
** eingetragene Warenzeichen der Digital Research Inc.

Schicken Sie mir bitte kostenlos und unverbindlich weitere Informationen über Schneider JOYCE

Name _____

Beruf _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Am besten noch heute wegschicken! Schneider Computer Division Silvestraße 1 · 8839 Türkheim

DW 3.12.85

السنة الأولى من الألفية

Marcos weist auf Erfolge und gibt sich siegesgewiß

Im Volk wächst der Unmut / Opposition ist zerstritten

CHRISTEL PILZ, Manila
 Es sei klar, schrieb Präsident Marcos in einem Brief an das philippinische Parlament, daß sein Mandat von 1981 dem Volk zur Überprüfung vorgelegt werden müsse. Damit beugt Marcos sich dem wachsenden Druck gegen sein autoritäres Regime, das die Glaubwürdigkeit in breiten Kreisen seiner 54-Millionen-Nation verloren hat. Neuwahlen wären erst 1987 fällig. Als Tag zum Umengang für das Amt des Präsidenten wie des Vizepräsidenten hat Marcos den 7. Februar bestimmt. Der Druck zu Neuwahlen kommt von drei Fronten: 1. Von der politischen Opposition, die seit dem Mord an ihrem Führer, Benigno Aquino, im August 1983 zum Rücktritt von Marcos ruft. Jetzt aber, da Marcos Neuwahlen erklärt, protestiert sie, das sei verfrüht. 2. Von dem militanten Untergrund, der sich in allen 73 Provinzen dieser Inselnation organisiert und mit blutigen Angriffen einen Volkskrieg entfacht will. 3. Von der amerikanischen Regierung, die sich über die Stabilität dieses Landes sorgt, in dem Amerika die letzten beiden Militärstützpunkte hat (den Luftwaffenstützpunkt Clark und den Flottenstützpunkt Subic). Marcos hat sich entschieden, dem Druck nach Erneuerung seines Mandates nachzugeben, keineswegs jedoch sein Amt abzulegen. Er ist überzeugt, daß er siegen wird und entschlossen, diesen Sieg zu sichern. Er mokiert sich über die Opposition, die sich in Träumen wiege, habe sie doch in den letzten zwanzig Jahren keinen einzigen Wahlsieg errungen. Marcos läßt unerwähnt, daß er neun Jahre davon unter Kriegsrecht regierte, daß er in den Präsidentschaftswahlen von 1981 sich ohne Gegenkandidaten nur zur Bestätigung stellte, daß die Opposition in den Parlamentswahlen von 1984 höchstwahrscheinlich gewonnen hätte, wäre die Wahlaustragung nicht kräftig manipuliert worden. Marcos hat die gesamte Staatsmaschine für seine Wahl in Bewegung gesetzt. Marcos blüht auf im Wahlkampf, er umgibt sich mit Statisten seiner Propagandisten, wie viele Kilometer Straßen, Brücken, Schulen und Hospitäler sein Regime dem Volk schon beschert habe. Marcos berauscht sich am Lächeln der Menschen, die ihn nach asiatischer Sitte freundlich empfangen. Er sieht nicht, daß diese lächelnden Gesichter bittere Enttäuschung und Zorn verdecken. Selbst offizielle Statistiken geben zu, daß das Pro-Kopf-Einkommen von 630 US-Dollar im Jahr 1983 auf 650 gefallen ist, daß von acht Millionen Jugendlichen im Alter zwischen 17 und 24 Jahren der größte Teil keine Arbeit hat. Die Wirtschaft

Moskau vermittelt zwischen Kairo und Tripolis

PETER M. RANKE, Kairo

Moskau hat sich vermittelnd in den Streit zwischen Ägypten und Libyen eingeschaltet. Der aus Moskau zurückgekehrte Sowjetbotschafter hat der ägyptischen Regierung mitgeteilt, der libysche Revolutionsführer Khadafi sei zur Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen bereit.

Das geht aus einem Bericht der sowjetischen Zeitung „El Rai“ hervor, die im allgemeinen gut unterrichtet ist. Khadafi war kürzlich in Moskau. Zwischen Kairo und Tripolis bestehen seit 1977 keine diplomatischen Beziehungen mehr. Seit dem blutigen Flugzeug-Drama in Malta und dem folgenden ägyptischen Truppenaufmarsch an der libyschen Grenze sind die Beziehungen zwischen Ägypten und Libyen gespannt. Kairo bezeichnet die Libyer als Hintermänner der Flugzeug-Entführung vom 23. November und hat „Strafmaßnahmen“ angedroht. Das scheint die sowjetische Vermittlung beschleunigt zu haben.

Moskau ist nicht daran gelegen, daß sein „Schützling“ Khadafi, mit einem großen sowjetischen Waffen- und Munitionslieferanten, gegenüber den Ägyptern nachgeben muß oder das Gesicht verliert. Libyen ist als sowjetisches Einflugsgebiet an der Südküste der NATO und in Nordafrika äußerst wichtig, wie auch die Lieferung moderner Luftabwehrakten des Typs SA-5 mit 300 Kilometer Reichweite beweist.

Präsident Mubarak kann auch ohne freundschaftliche Beziehungen zu Khadafi leben. Allerdings empfindet er die libyschen Terror-Aktionen und die politischen Einmischungsversuche in Ägypten als Provokation. Mubarak sucht aber seit langem ein besseres Verhältnis zu Sowjetunion. In diesem Zusammenhang hofft er auf eine Einladung nach Moskau. Allerdings muß Präsident Mubarak jetzt wohl erkennen, daß er das nur über bessere Beziehungen mit Libyen erreicht, auf keinen Fall aber durch militärische Strafaktionen.

Das Hauptthema für einen Ausgleich zwischen Kairo und Tripolis ist hingegen der stille, aber erbitterte Machtkampf um den Sudan. In Khartoum ist die Entscheidung über eine stärkere Einflugsbahn Ägyptens oder Libyens noch nicht gefallen. (SAD)

In Budapest fragt man wieder nach Ungarischen Volksgruppen in Rumänien

CARL GUSTAF STRÖM, Wien

Das Scheitern des Budapest „Kulturforums“ der KSZE durch die Weigerung Rumäniens, einer vom West- und Ost akzeptierten Schlussresolution zuzustimmen, hat das Problem der ungarischen Volksgruppen in Rumänien und die gespannten Beziehungen zwischen den beiden kommunistischen Nachbarn wieder vor Augen geführt.

In Rumänien leben etwa zwei Millionen Ungarn, größtenteils in einem geschlossenen Siedlungsgebiet Nord-siebenbürgens – hauptsächlich im sogenannten „Szekler Land“. Das von Deutschen („Sachsen“) Ungarn und Rumänen besiedelte Siebenbürgen hat eine wechselvolle Geschichte. Bis 1918 gehörte es – seit dem „Ausgleich“ von 1867 – zu Ungarn. Die Ungarn waren also das herrschende Volk, wobei Budapest eine Magyarisierung der nicht-ungarischen Bevölkerung betrieb. Durch den Friedensvertrag von Trianon 1920, der heute im kommunistischen Ungarn als „Diktat“ bezeichnet wird, gingen nicht nur jene ungarischen Gebiete verloren, in denen fremde Völker unter ungarischer Herrschaft gelebt hatten (Slowakei, Kroatien). Den Ungarn wurden auch rein ungarische Siedlungsgebiete weggenommen.

Das führte wiederum im Rumpf-Ungarn zu heftigen nationalen Reaktionen und zum ungarischen Revisionismus unter der Parole: „Nein, nein, niemals“. Es war es nur logisch, daß sich Ungarn der europäischen revisionistischen Großmacht annäherten – dem Dritten Reich, das die Änderung der durch Versailles geschaffenen Grenzen auf seine Fahnen geschrieben hatte. Das Ungarn des „Reichsverweisers“, Admiral Nikolaus von Horthy, profitierte von der Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938 (Rückgewinnung der Karpaten- und der ungarischen besetzten süd-slowakischen Gebiete). 1940 erhielt Ungarn durch den Wiener Schiedsspruch auch Nord-Siebenbürgen zurück. Ungarische Truppen zogen in der nord-siebenbürgischen Hauptstadt Klausenburg (Cluj) ein.

Mit dem Frontwechsel Rumäniens 1944 und dem Einmarsch der Roten Armee endete die ungarische Herrschaft in Siebenbürgen. Die Rumänen nahmen das Land wieder in Besitz. Dabei verübten sie derartige Raubzüge an der magyarischen Bevölkerung, daß die sowjetischen Truppen eingreifen mußten, um Ruhe im Hinterland ihrer Front zu erzielen. Der Pariser Friedensvertrag reduzierte Ungarn wieder auf den Trianon-Status. Siebenbürgen wurde rumänisch, aber die rumänischen Kommunisten richteten zeitweise eine „ungarische autonome Region“ in den ungarischsprachigen Gebieten dieses Landes ein.

Diese tolerante Phase der rumänischen Nationalitätenpolitik war nur von kurzer Dauer. Als es 1956 zum Aufstand in Budapest kam, gab es auch in Siebenbürgen bei den Ungarn Unruhe. Das führte zu einem scharfen Durchgreifen der rumänischen kommunistischen Polizei und in der Folge zur Schließung der ungarischen Universität in Klausenburg.

Unter Ceausescu verschärfte sich die Situation noch mehr. Der rumänische Parteichef erklärte die nicht-rumänischen Nationalitäten zu „mitwohnenden Nationalitäten“. Durch den kommunistischen totalitären Staat ihrer sozialen Grundlagen – vom privaten Landbesitz bis zu den privaten Vereinen, Sparkassen, Genossenschaften – beraubt, gerieten die zahlenmäßig schwachen Deutschen ebenso wie die zahlenstarken Ungarn in eine immer schwieriger



Ungarisches Siedlungsgebiet

Situation. Das kommunistische Rumänien erschwerte Kontakte und Reisen nach und von Ungarn. Ungarische Fernseh- und Rundfunkübertragungen in rumänischen Rundfunk wurden eingestellt oder stark eingeschränkt, ungarische Schulen und Kindergärten geschlossen, der Import von ungarischen Büchern aus dem Mutterland weitgehend unterbunden. Zwei amerikanische Sprecher auf dem Budapest Kulturforum beschuldigten Rumänien, ungarische Intellektuelle, die sich für das Recht ihrer Landsleute einsetzen wollten – wie etwa der Dichter Geza Szöcs – zu verfolgen sowie unersetzliche Baudenkmäler, die an die ungarische beziehungsweise deutsche Vergangenheit Siebenbürgens erinnern, systematisch zerstört zu haben.

Für das Budapest kommunistische Regime ist die Siebenbürgen-Frage inzwischen zu einem innenpolitischen Problem erster Ordnung geworden. In der Bevölkerung wächst nach Jahrzehnten der Lethargie wieder das Nationalbewußtsein. Eine ungarische Regierung, die dieser Stimmung nicht Rechnung trägt, müßte sich eine höchst unerwünschte Diskussion darüber gefallen lassen, ob und wie sie die ungarischen Interessen vertritt.

Aus Oslo scharfe Töne gegen den Bundeskanzler

dpa, Oslo

Die Kritik Bundeskanzler Kohls und anderer christdemokratischer Politiker an der beabsichtigten feierlichen Übergabe des Friedensnobelpreises an den sowjetischen Arzt Jewgenij Tschasow ist in Norwegen zurückgewiesen worden. Der Direktor des Nobelinstituts, Jakob Sverdrup, betonte, Kohl sei der erste Regierungschef überhaupt, der sich gegen eine Preisvergabe ausspreche, seit 1935 Adolf Hitler die Verleihung an den deutschen Publizisten und Pazifisten Carl von Ossietzky verurteilte.

Der norwegische Außenminister Sverre Strøm, der an der Zeremonie am 10. Dezember in Oslo nicht teilnehmen wird, wies darauf hin, daß nicht Tschasow persönlich ausgezeichnet worden sei, sondern die internationale Organisation „Ärzte gegen den Atomkrieg“. Strøm erkannte das Recht eines Politikers auf eine eigene Meinung an, nannte es aber „etwas merkwürdig“, ein Protestschreiben zu einem Zeitpunkt zu schicken, da das Nobelkomitee seine Entscheidung nicht mehr zurücknehmen könne und wolle.

„Interkommunion“ eine Glaubensfrage

dpa, Rom

Die Frage nach der Zulassung von evangelischen Gläubigen zur katholischen Eucharistiefeier ist nach den Worten von Kardinal Johannes Willebrands in erster Linie ein Glaubens- und kein kirchenrechtliches Thema. Mit diesem Hinweis machte der Präsident des vatikanischen Sekretariats für die Einheit der Christen gestern vor Journalisten klar, daß von der im Vatikan tagenden Synode keine praktischen neuen Vorschläge zur Frage der „Interkommunion“ erwartet werden können.

Der niederländische Kurienkardinal meinte, es sei bereits ein Beweis des Fortschritts der ökumenischen Bewegung, daß diese Forderung gestellt werde. Früher sei von lutherischer Seite die Form der katholischen Messe als „Götzenanbetung“ betrachtet worden. Diese Form sei allerdings aus dem Glauben erwachsen, der nicht so ohne weiteres geändert werden könne.



Freispruch mongolischer General Vor

Marcos hat sich entschieden, dem Druck nach Erneuerung seines Mandates nachzugeben, keineswegs jedoch sein Amt abzulegen. Er ist überzeugt, daß er siegen wird und entschlossen, diesen Sieg zu sichern. Er mokiert sich über die Opposition, die sich in Träumen wiege, habe sie doch in den letzten zwanzig Jahren keinen einzigen Wahlsieg errungen. Marcos läßt unerwähnt, daß er neun Jahre davon unter Kriegsrecht regierte, daß er in den Präsidentschaftswahlen von 1981 sich ohne Gegenkandidaten nur zur Bestätigung stellte, daß die Opposition in den Parlamentswahlen von 1984 höchstwahrscheinlich gewonnen hätte, wäre die Wahlaustragung nicht kräftig manipuliert worden. Marcos hat die gesamte Staatsmaschine für seine Wahl in Bewegung gesetzt. Marcos blüht auf im Wahlkampf, er umgibt sich mit Statisten seiner Propagandisten, wie viele Kilometer Straßen, Brücken, Schulen und Hospitäler sein Regime dem Volk schon beschert habe. Marcos berauscht sich am Lächeln der Menschen, die ihn nach asiatischer Sitte freundlich empfangen. Er sieht nicht, daß diese lächelnden Gesichter bittere Enttäuschung und Zorn verdecken. Selbst offizielle Statistiken geben zu, daß das Pro-Kopf-Einkommen von 630 US-Dollar im Jahr 1983 auf 650 gefallen ist, daß von acht Millionen Jugendlichen im Alter zwischen 17 und 24 Jahren der größte Teil keine Arbeit hat. Die Wirtschaft

Im Pandschab schlagen die Sikhs wieder zu

PETER DÜNNEMANN, Neu-Delhi

„Jetzt ist die Zeit gekommen, in der wir einen Kampf auf Leben und Tod gegen die Terroristen führen müssen“, kommentiert der Pressesekretär der Akhali-Dal-Partei im indischen Pandschab, Sughit Singh Sokhi, die neue Terrorwelle, die diesen Bundesstaat überflutet. Mehr als zehn Totenopfer werden nach zahlreichen Attentaten jener Sikh-Extremisten gezählt, die noch immer von einem Staat „Khalistan“ auf indischem Territorium träumen.

Die seit Wochen andauernde Terrorwelle erreichte einen Höhepunkt, als Schüsse im Goldenen Tempel den Oberpriester dieses größten Sikh-Heiligtums verletzten und dessen Leibwächter töteten. Moderate Sikh-Führer, Priester und bobe Polizeioffiziere sind die Opfer der Extremisten, deren Zahl weltweit auf nur wenige Hundert geschätzt wird. Und trotz schärfster Sicherheitsvorkehrungen finden die Kugeln immer wieder ihr Ziel, zuletzt am Sonntag, als zwei Polizisten Opfer eines Terroranschlags wurden.

Die Akhali-Dal-Regierung in Pandschab unter Ministerpräsident Sing Barnala, die erst vor zwei Monaten in ihr Amt gewählt worden war, hat nach Meinung der Polizei die neue Situation in dem nordindischen Bundesstaat selbst mitverschuldet. Als einen „Akt des Ausgleichs“ und eine versöhnende Geste hatte Barnala vor einigen Wochen die Gefängnisse für Hunderte Verdächtigter Sikh-Extremisten geöffnet, die seit der „Operation Blue Star“, dem Sturm auf den Goldenen Tempel, und die anschließende Säuberungsaktion der Armee in Pandschab hinter Gittern saßen. „Viele von den jetzt Entlassenen“, kommentiert ein ranghoher Polizeioffizier, „waren aktive Terroristen. Jetzt schlagen sie wieder zu.“

Viele nehmen auch Rache an der Polizei, unter deren Aufsicht sie länger als ein Jahr standen und die nicht gerade zimperlich mit ihren Extremisten-Häftlingen umgeht. Der Haß der Extremisten auf Regierung und Sicherheitskräfte, so befürchten viele in Neu-Delhi, werde jetzt entfesselt, wenn die Regierung Barnala nicht umgehend scharf durchgreift. Doch das hat sie bisher noch nicht getan.

Indiens Premier Rajiv Gandhi zeigt sich besorgt über die neue Entwicklung in Pandschab. „Ich bin nicht glücklich darüber“, so erklärte er während seiner Japan-Reise, „daß die Landesregierung wahllos zahlreiche Terroristen freigelassen hat“. Dies habe den Standpunkt der Regierung gegenüber dem Terrorismus aufgeleuchtet. Aber eingreifen will die indische Zentralregierung noch nicht.

Wer verrät Ihnen, wie die Profis ihr Geld arbeiten lassen?



Die Frankfurter.

Wer erfolgreich ist und entsprechend verdient, erwartet das gleiche auch von seinem Geld.

Es gibt eine Anlageform, bei der Ihr Geld mit Sicherheit sehr gut verdient. Legen Sie einen Teil davon in Pfandbriefen der Frankfurter Hypothekendarlehenbank an.

Was Pfandbriefe so attraktiv macht? Einmal ihre überdurchschnittlich hohe Rendite. Zweitens können Sie diese Form der Geldanlage sehr gezielt in Ihre persönliche Gesamtplanung einbauen. Denn Sie haben die Wahl zwischen den unterschiedlichsten Laufzeiten. Und natürlich können Sie Ihre Papiere auch schon vorher zum Tageskurs verkaufen und damit wieder über Ihr Geld verfügen.

Die Frankfurter Hypothekendarlehenbank gilt als eine der ersten Adressen auf diesem Gebiet. Unsere Pfandbriefe gehören genau wie unsere Kommenschuldschreibungen zum festen Bestand in den Wertpapierdepots der professionellen Anleger.

Fragen Sie Ihren Anlageberater bei Ihrem Geldinstitut nach Pfandbriefen der Frankfurter Hypothekendarlehenbank.
 Frankfurter Hypothekendarlehenbank, Junghofstraße 5-7, 6000 Frankfurt am Main.

Frankfurter Hypothekendarlehenbank
 Aktiengesellschaft

„Museweni will alles“

Kontakte zu Khadafi / Nur ein Zerrbild von Uganda?

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn
 Der vielfach als Schlüsselfigur im ugandischen Drama genannte Guerillaführer Museweni unterhält Beziehungen zu Libyens Revolutionsführer Khadafi. Das erfährt die WELT aus mehreren übereinstimmenden Quellen. Am 18. November bestieg Museweni kurz vor zehn Uhr in Nairobi die Maschine zum Flug AZ 850 nach Tripolis. Dort, so das Führungsmitglied der an der Regierung beteiligten „Uganda Freedom Movement“, Denis Katongole, habe er mit Khadafi über eine weitere Finanzierung seiner Guerillatruppen verhandelt.

Katongole, der sich zur Zeit in der Bundesrepublik aufhält und in Bonn mit mehreren Politikern gesprochen hat, bezeichnet Museweni als „ehemaligen Kampfführer“. „Wir kämpfen alle gegen Obote. Aber Museweni will jetzt die Macht nicht teilen, er will sie allein.“ Ein Friedensvertrag läge vor, von allen akzeptiert außer Museweni. Er sieht die Entwarnung aller Guerillaverbände vor. Museweni fordere jedoch, daß seine Truppen die Waffen behalten dürften. Katongole: „Das ist nur ein Vorwand. Museweni will eine andere Gesellschaftsform, und zwar eine sozialistische.“ In den von ihm kontrollierten Gebieten habe er eine strikte Erfassung der Haushalte mit Hilfe von Blockwarten eingeführt, wie es auch in Nicaragua oder in manchen Ländern des Ostblocks üblich ist.

In der westlichen Presse werde Museweni oft als Befehlshaber dargestellt, seine Guerillaverbände als diszipliniert und kampftüchtig gepriesen. Die Erfolge Musewenis beruhten jedoch darauf, daß nach dem Sturz Obotes die Regierung keine Kampfhandlungen mehr führen wollte. Der Vorsitzende der Demokratischen Partei und jetzige Innenminister Paul Semogerere habe als Bedingung für seine Beteiligung an der Regierung und an Verhandlungen den sofortigen Stopp aller Kampfhandlungen gefordert, und sei es nur von Seiten der Regierungstruppen. Katongole hält die bisherige Armee im übrigen für „sehr schlecht“. Infolge der passiven Haltung der Regierung konnten die Verbände Musewenis kampffähig die Kasernen von Fort Portal, Mubende, Mbarara und Masaka einnehmen. Katongole sieht eine Ursache der „verzerrten Berichterstattung über Museweni und Uganda“ in der „einseitigen Haltung“ der Zeitungen in Nairobi. Die größte Zeitung in der Hauptstadt Kenias, der „Standard“, habe sich zu „einem Kampfplakat für Museweni“ entwickelt. Der Verleger dieser Zeitung, der auch in anderen Wirtschaftsbereichen tätig ist, habe offensichtlich Zusagen erhalten, daß er im Falle der Machtübernahme die seit drei Jahren brachliegenden Kupferminen von Kilemba ausbeuten dürfe. Es handle sich um den Chef der Lonrho-Gruppe, die auch in Zimbabwe die Kupferminen ausbeutet. Museweni findet offenbar auch Unterstützung bei sozialistischen Parteien im skandinavischen Raum. Seine Frau wohnt in Göteborg. Ihm wird nachgesagt, die Wiederbegründung einer ostafrikanischen Union unter der Führung Ugandas anzustreben. Das gefährde nach Meinung politischer Beobachter die Stabilität in der Region und lasse „militärische Auseinandersetzungen in Ostafrika“ voraussehen, sollte sich Museweni erst einmal etablieren haben.

Diese Zielsetzung steht im Gegensatz zu dem Wunsch der jetzigen Regierung, sich vor allem an der Europäischen Gemeinschaft zu orientieren und eine Blockfreiheit nach der Art Österreichs anzustreben. Wegen dieser politischen Gegensätze ist es nach Ansicht dieser Beobachter wahrscheinlich, daß im Falle eines Erfolges Musewenis zwangsläufig neue Untergrundbewegungen entstehen.

Über 100 Lufthansa-Flüge von Deutschland nach Nordamerika. Woche für Woche.



Das bietet Ihnen keine andere Fluggesellschaft: Woche für Woche fliegt Lufthansa zu 15 Zielen in USA und Kanada. Insgesamt über 100mal. Alle Flüge nonstop

oder direkt. Die meisten davon ab Frankfurt, eine ganze Reihe aber auch ab Düsseldorf, Hamburg und München. Wenn Sie also demnächst den Atlantik

überqueren wollen, nutzen Sie das umfangreichste Nordamerika-Angebot ab Deutschland: nach Anchorage, Atlanta, Boston, Calgary, Chicago, Dallas, Houston,

Los Angeles, Miami, Montréal, New York, Philadelphia, San Francisco, Toronto, Vancouver. Bei so vielen Flügen ist bestimmt auch für Sie der richtige dabei.

 **Lufthansa**

Buchung und Beratung in Ihrem Reisebüro mit Lufthansa Agentur.

هكذا امن الاصل

Seit 1972 sterben in der Bundesrepublik Deutschland mehr Menschen als geboren werden, und nichts deutet darauf hin, daß sich dieser Trend abschwächen oder gar umkehren könnte. Bald ein Fünftel der Ehen bleibt kinderlos, mehr als ein Vier-

tel begnügt sich mit einem Kind. Nur jede sechste Familie zieht drei oder mehr Kinder auf - verglichen mit fünf zu Ende des letzten Jahrhunderts und dreien noch bei 1910 liegt unser statistisches Mittel bei kaum 1,5 Kindern auf ein Ehepaar.



Ehenfreuden: Wer ja zum Kind sagt, der sagt nein zu Lebensangst und Zukunftsangst. FOTO: KLAUS BEHR

Wenn die Familie zur Restanschaffung wird

Von HORST STEIN

Die Halbierung der Geburtenzahl in den vergangenen zwanzig Jahren bewirkt eine Halbierung der Elternzahlen in den nächsten Jahrzehnten.

Die Prognosen der Bevölkerungswissenschaftler sind folglich düster. Schon in 15 Jahren wird die Bundesrepublik zwischen 3,2 und fünf Millionen weniger Deutsche zählen, bis zum Jahre 2030 sogar 13,7 bis 20 Millionen weniger.

So trüb und so folgenreich diese Prozesse indes ablaufen mögen - daß sie das Leben der jetzt Zwanzigjährigen und Jüngeren völlig unkenntlich werden, steht weithin außer Zweifel - so wenig eindeutig sind die Ursachen dieser Entwicklung auszumachen. Und jede Deutung hängt, wie man weiß, irgendwie auch von den Deutern ab. Im Prinzip geht die Sache so:

Da sind die gleichsam "natürlichen" Faktoren wie Kriege, Seuchen, Hunger- und Naturkatastrophen, die erodierend auf jenes Gebilde einwirken, als das sich der Altersaufbau eines Volkes im Prinzip darstellen läßt: die Pyramide. An ihren Einschnürungen, Kerben und Überhängen läßt sich ablesen, wie es einem Volk durch die Jahrhunderte ergangen ist. So haben die Pestzüge des Mittelalters, die Invasionen des Schwarzen Todes, allen Völkern Europas schwere Wunden geschlagen. Ein Drittel der Menschen wurde ausgelöscht. Bei den Deutschen dann starb ein weiteres Drittel - die Population hatte sich gerade von der Pest erholt - in den Wirren des Dreißigjährigen Krieges.

Für die machtertrückten Zeitgenossen des zwanzigsten Jahrhunderts, die jede geburtenfördernde Bevölkerungspolitik schon für den Anfang von nationalistischen Expansionsgelüsten halten, mag der Hinweis nicht überflüssig sein: Die Folgen der beiden Katastrophen, die Europas Landkarte entscheidend prägen, illustrieren deutlich, wie die Wechselbeziehung von Volkszahl und Geschichte beschaffen ist. Die drei Hauptvölker Europas nämlich, die Deutschen, die Franzosen und die Briten, würden heute zusammen nicht 180 Millionen zählen, sondern unvorstellbar 1,2 Milliarden Menschen. Südamerika und Afrika, um nur dies zu sagen, wären ethnisch sichtbar heller.

Die Alterspyramide der Deutschen



Gebürt den Äußersten die Zukunft? Schon bald sind sie in der Mehrzahl. FOTO: NIKO DUMKOW

num, mit dem Beginn des industriellen Aufschwungs bis zum Ersten Weltkrieg durch Geburtenüberschüsse von zwölf und 15 Prozent geradezu modellhaft geworden, war von da an den heftigsten Veränderungen ausgesetzt. Schicksalskerben. Abzulesen sind noch heute die Opfer des Ersten und die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges, der Geburtenausfall aus der Zeit 1914/18 (als die Männer an der Front waren), der Geburtenausfall im Gefolge von Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit und schließlich die Ausfälle um das Ende des Zweiten Weltkrieges herum. Durch die Einführung des "Fronturlaubes" hatte die Führung des Dritten Reiches dafür gesorgt, daß auch die

WELT SERIE
Die lautlose Katastrophe

Kinder-Produktion während des Krieges - anders als 14/18 - auf Hochtouren blieb.

Und dann bekam die Kurve der Bevölkerungsentwicklung jenen vielzitierten Knick, der schon eher einem Absturz gleich: Von 1965 (+6,2) über 1970 (+1,3) lief sie endgültig ins Minus: -2,2 (1975); -2,4 (1976); -1,6 (1981); -1,5 (1982). Ist das der berüchtigte Pillenknick? Die Bevölkerungswissenschaftler sagen: nein. Das handliche Verhütungsmittel schlägt, wie geschätzt wird, nur mit etwa 20 Prozent zu Buche, auch wenn sich der Ausdruck Pillenknick für den gesamten Geburtenrückgang eingebürgert hat, der aber "auf wesentlich mehr und anderen Gründen beruht" (Prof. Schmid).

Sie reichen von der Säkularisierung der Ehe, die, wie die Scheidungsstatistiken ausweisen, keineswegs mehr als ein "ewiger Bund" begriffen wird, bis zur Aufhebung des Sexualprivilegs ebener Ehe. Und man weiß, daß Zahl wie Zeitpunkt der Geburten heute nach individuel-

len Erfordernissen planbar sind. Schmid: "Die sorgfältige Abwägung der Lebenschancen, die nur mit einem gewissen Maß an Ungebundenheit wahrgenommen werden können, macht Familie und Kinder zur Restanschaffung", mit dem Ergebnis, daß das "Ersatzniveau" nicht mehr erbracht wird. Offenbar reagiert heute die Elterngeneration viel sensibler auf politische und wirtschaftliche Entwicklungen als früher und verspricht sich von einer kleinen - zu kleinen! - Kinderzahl ein größeres Maß an Unabhängigkeit, Beweglichkeit und Wohlergehen - letztendlich auch für den geringeren Nachwuchs."

Wenn zur Erklärung des Geburtenrückgangs häufig "Zukunftsangst" und "Verantwortungsgefühl" angeführt werden, die es verbieten, Kinder all diesen nuklearen, ökologischen oder sonstigen Risiken auszusetzen - so sind doch die Demographen einigmaßen unerschütterlich, was sie von solchen Erklärungen halten sollen. Die Bedingungen des Urteils, nämlich die eigenen Wertvorstellungen, spielen da mit hinein. Die Mehrzahl sieht den Geburtenrückgang als eine demographische Begleiterscheinung zum alles ergreifenden Prozeß des sozialen, ökonomischen und kulturellen Wandels, der mit dem Fauchen der ersten Dampfmaschine in Gang kam und die Welt von Grund auf verwandelt hat. "Wenn die Geschichte des Geburtenrückgangs etwas lehrt", folgert Schmid, "dann sicher, daß bei der Entscheidung für weniger Kinder immer der sichtbare Vorteil für Eltern den Ausschlag gab und nie die Lage der Nation oder sonstige Deutungen der allgemeinen Weltlage." Ein Beleg dafür sind für ihn die Fehlschläge staatlicher Maßnahmen zur Geburtenförderung, "die sich über den individuellen Willen und die privaten Haushaltsrechnungen der Bürger hinwegsetzen und es statt dessen mit weltgeschichtlichen Parolen schaffen wollen".

Tatsächlich machen ja alle Industriestaaten eine vergleichbare Entwicklung durch, und selbst die Unterscheidung in katholisch oder protestantisch dominierte Länder, die früher in diesem Zusammenhang plausibel war, hat sich allmählich als obsolet erwiesen, nun, da sogar das Land-Stadt-Gefälle merkbar abgenommen hat.

Wo freilich die spirituelle Bindung an Rom mit einer relativen Industrieferne einhergeht, wie im EG-integrierten Irland, da sind die alten Verhaltensmuster noch wirksam. Da werden noch, einsame Spitze, 21 Kinder auf je tausend Einwohner geboren. Frankreich, das traditionell eine aktive Bevölkerungspolitik treibt, liegt mit 15 Geburten auf Platz zwei; die "DDR" verdankt ihrem Subventionsprogramm immerhin 14 Geburten je tausend Bürger. Die Bundesrepublik liegt, was würde das nach dem bisher Gesagten noch überraschen, mit zehn Kindern am Schluß.

Es muß, ergo, ein ganzes Bündel von Faktoren und Motiven für den Geburtenrückgang angenommen werden, wobei zwei Tendenzen, wie die "Zeit" einmal hervorhob, zusammengekommen sind: "eine demographische, nämlich ein Rückgang bei jenen Jahrgängen, die ins heiratfähige Alter kamen, auf Grund der Geburtenausfälle im Gefolge des Zweiten Weltkrieges; und ein Wandel des generativen Verhaltens, weil die Frauen, die Mütter werden könnten, nur noch wenige, oft gar keine Kinder wollen".

Morgen in der WELT: Vom Exodus der Arbeitskräfte oder in den Werkhallen und Kontoren wird es leer.

Ermacora-Bericht belastet Kabul und Moskau

Wie die Sowjets in Afghanistan die Menschenrechte verletzen / Anerkennung des Widerstands durch die UNO?

WALTER H. RUEB, Bonn
Der vor kurzem vorgelegte UNO-Sonderbericht des österreichischen Völkerrechtlers und ÖVP-Parlamentsabgeordneten Professor Felix Ermacora über Menschenrechtsverletzungen der Sowjets in Afghanistan hat das Bonner Friedensforum veranlaßt, die Vereinten Nationen aufzufordern, aus den völkerrechtswidrigen Zuständen in dem besetzten Land Konsequenzen zu ziehen und die afghanische Widerstands-Bewegung anstelle des kommunistischen Karmal-Regimes als Vertretung Afghanistans in die UNO aufzunehmen.

Die jetzige Regierung in Kabul sei gegen die afghanische Verfassung, gegen den Willen des Volkes und gegen das Völkerrecht durch eine fremde Macht installiert worden, stellt das Friedensforum fest. Die Freiheitskämpfer beherrschen 80 Prozent des afghanischen Territoriums und der Widerstand, der seit Sommer 1985 über eine geeinte Spitze und gemeinsame Vertretung verfüge, sei somit die legitime Vertretung des afghanischen Volkes.

Die Forderungen des Friedensforums stützen sich ausschließlich auf Ermacoras Berichte. Darin heißt es unter anderem, das Regime in Kabul sei nicht legitimiert und werde bis heute nur durch ausländische Truppen an der Macht gehalten. Ferner bestätigten die Ermacora-Berichte, daß die Regierung Karmal lediglich Großstädte und Hauptverbindungsstraßen kontrolliere.

„Die in diesen Berichten aufgeführten erschütternden Menschenrechtsverletzungen machen Konsequenzen unumgänglich“, heißt es in dem Schreiben des Bonner Friedensforums an die UNO. Im Resümee vertritt die Bonner Organisation die Ansicht, eine politische Lösung sei offensichtlich mit der gegenwärtigen Regierung in Kabul nicht möglich.

Chemische Waffen

Die folgenden Auszüge aus dem Ermacora-Bericht sind in ihrer deutschen Fassung vom UNO-Sonderbeauftragten autorisiert:

„So werden elektrische Schocks im allgemeinen bei Männern an die Geschlechtsorgane und bei Frauen an die Brüste verabreicht; die Nägel von Fingern ausgerissen und letztere unter Elektroschocks gesetzt; Gefangene daran gehindert, ihre Notdurft zu verrichten... Holzstücke in den After von Männern gesteckt... Bärte ausgerissen; Gefangenen wird die Kehle zugedrückt, um sie zum Öffnen des Mundes zu zwingen, in diesen urinieren dann die Wachen; Polizeihunde werden auf Häftlinge gebett; Häftlinge werden für eine unbestimmte Zeitspanne an den Füßen aufgehängt; Frauen werden vergewaltigt... verschiedene Gegenstände in die Scheide eingeführt“ (Ziffer 86 des Berichts).

... Frauen in Gegenwart von Familienmitgliedern vergewaltigt“ (Ziffer 105).
„Der Sonderberichterstatter fand Be-

weise für den Gebrauch von chemischen Waffen...“ (Ziffer 117).

... daß gefangene Widerstandskämpfer systematisch getötet werden“ (Ziffern 102 und 175).

... Rekrutierungsalter für die Armee 15 Jahre. Es gibt Militärdienst und die Zeit des Militärdienstes wurde... auf vier Jahre erhöht“ (Ziffer 93).

„bei einem Aufstand... wurden unbewaffnete Schulmädchen durch die Miliz erschossen“ und „systematische Bombardierung etlicher Dörfer“ (Ziffer 95).

... wiederholte Bombardierungen... planmäßige Regierungspolitik mit dem Ziel der leichten Kontrolle der Opposition...“ (Ziffer 96).

... Vergeltungsmaßnahmen, wahllose Bombardierungen, fehlende Achtung vor Krankenhausbereichen, Mißhandlungen von während der Kämpfe gemachten Gefangenen“ (Ziffer 100).

... Bombardierung mit dem Ziel und der Wirkung einer Zerstörung von teilweise mit einem roten Kreuz gekennzeichneten Krankenhauskomplexen...“ (Ziffer 119).

... Massakern an Zivilpersonen während der Bombardierungen...“ (Ziffer 114).

„Die gegenwärtigen Feindseligkeiten... (haben)... mit dem Einmarsch ausländischer Truppen einen beispiellosen Umfang“ (angenommen) (Ziffer 97).

„Die Kämpfe... (haben) eine Anzahl von Handlungen, welche hier zusammen-

gefaßt werden, mit sich gebracht: Absichtliche Tötung, Mord eingeschlossen; Folter und unmenschliche Behandlung; Verweigerung eines fairen Verfahrens; willkürliche Verhaftung und Vollzug von Strafen; Geiselnahme (Ziffer 99).

„Die systematische und ständige Bombardierung... (hat) buchstäblich zu einer Lähmung des landwirtschaftlichen Sektors geführt“ (Ziffer 122).

„Kindersterblichkeitsrate von nahezu 85 Prozent im Verlauf des Winters 1985“ (Ziffer 128).

„Aufgrund des akuten Nahrungsmangels mehr als 500 000 Personen in Afghanistan vom Tode bedroht...“ (Ziffer 128).

Lösungsvorschläge

Zur Lösung des Konflikts empfiehlt das Rechtsgutachten Ermacoras:

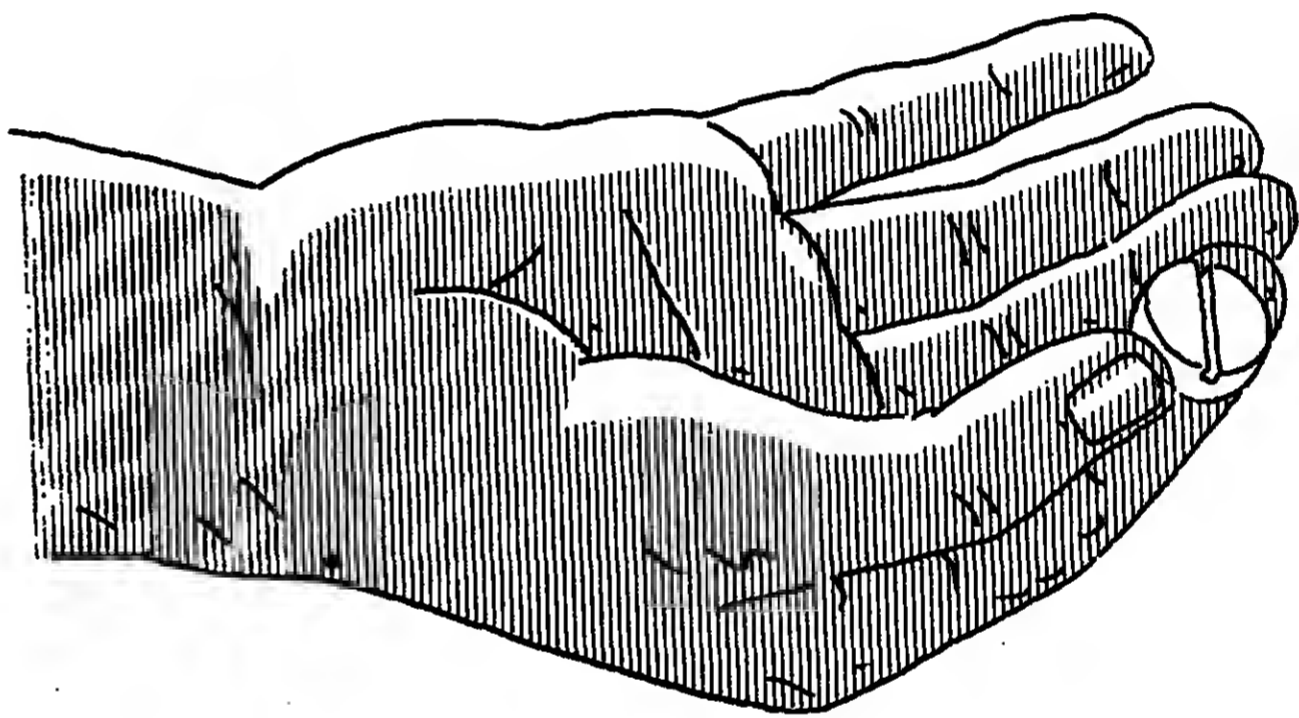
- Respektierung der Verpflichtungen aus dem Internationalen Menschenrechtsabkommen, dem Afghanistan als Vertragsland angehört (Ziffer 187);

- Beendigung der ständigen Folterungen (Ziffer 187);

- Beachtung humanitärer Grundsätze (Ziffer 189);

- Freier Zugang für das Internationale Komitee der Roten Kreuzes (Ziffer 191);

- die Anwesenheit fremder Truppen, einer der Hauptgründe für die gegenwärtige Menschenrechtslage, soll gemäß den UNO-Resolutionen beendet werden (Ziffer 195).



Wir Deutschen sind nicht die Pillenschlucker Europas.

Immer wieder ist zu hören, daß keiner so gern und so viel Arzneimittel schluckt wie die Deutschen. Tatsache dagegen ist: Mehr als die Hälfte der Bundesbürger nehmen selten oder nie Arzneimittel. Nur 1/4 der Bevölkerung - überwiegend ältere Menschen - brauchen häufig Medikamente. Ebenso erwiesen ist der Rückgang des Arzneimittelverbrauchs in der Bundesrepublik 1984 wurden weniger Arzneimittel verbraucht als 1980.

Im internationalen Vergleich hinten.

Garz vom im Arzneimittelverbrauch liegen die Franzosen: 1980 nahmen sie im Durchschnitt pro Kopf doppelt soviel Tabletten und andere Arzneimittel ein wie die Bundesbürger. Den Franzosen folgen mit Abstand die Belgier, Spanier, Briten und Schweizer, deren Verbrauch an Arzneimitteln zwischen 13 und 30% über dem in der Bundesrepublik liegt. Zusammen mit den Italienern und den Österreichern gehören wir zu den sparsamsten Arzneimittelverbrauchern Europas.

Auch die Anzahl der Arzneimittel ist nicht übermäßig.

Beim Bundesgesundheitsamt sind 75.000 industriell hergestellte Arzneimittel erfaßt: 10.000 Tiermedikamente, 35.000 Naturheilmittel und 30.000 naturwissenschaftliche Medikamente. Zu

den 30.000 naturwissenschaftlichen Arzneimitteln gehören auch Dentalpräparate, medizinische Pflaster, Desinfektionsmittel und Diagnostika. Nicht nur dies, die unterschiedlichen Darreichungsformen wie z. B. Tropfen oder Tabletten und die verschiedenen Stärken ein und desselben Medikaments werden einzeln gezählt.

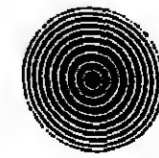
9.000 Medikamente sind in der „Roten Liste“ aufgeführt. Sie ist ein Verzeichnis industriell hergestellter Präparate für die rund 15 verschiedenen ärztlichen Fachrichtungen. Entscheidend für die medizinische Versorgung sind 2.000 Präparate: Auf sie entfallen 93% des Arzneimittel-Umsatzes. Das besagt nicht, daß die übrigen 7.000 überflüssig sind. Es sind selten benötigte Mittel oder neuentwickelte Arzneimittel, die gerade erst auf den Markt gekommen sind.

Jeder Arzt verwendet 300 bis 500 Medikamente. Jedoch ganz unterschiedliche. Ein Frauenarzt verschreibt z. B. andere Medikamente als ein Kinderarzt; ein Orthopäde andere als ein Hautarzt.

Von den rund 30.000 bekannten Krankheiten können erst etwa 10.000 mit Arzneimitteln behandelt oder gelindert werden. Solange es Krankheiten gibt, gegen die wir machtlos sind, haben wir nicht zu viele Arzneimittel, sondern zu wenige.

W 2
COUPON
Bitte schicken Sie mir kostenlos Informationen über die Forschung, Entwicklung und Herstellung von Arzneimitteln.

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V.
Karlstraße 21,
6500 Frankfurt/Main



Die deutschen Arzneimittel-Hersteller.

Wie man ungebetene Gäste aus ihren Schlupflöchern vertreibt

Gezielte Blockade der Virusvermehrung ermöglicht eine Therapie von Herpes-Infektionen

Von JOCHEN AUMILLER

Vor den Herpes-Viren bleibt kaum ein Zeitgenosse verschont. Das bedeutet freilich nicht, daß jeder Infizierte eine schwere Infektionskrankheit zu erwarten hat. Der erste Kontakt mit den beiden wichtigsten Vertretern aus der Familie der Herpes-Viren, Herpes simplex Typ I und Herpes simplex Typ II, verläuft unmerklich, ohne besondere Beschwerden hervorzurufen.

Vor allem das Herpes-simplex-Virus vom Typ I vermag aber das Immunsystem auszuhebeln. Die Viren kriechen sich in Nervenzellen (Ganglien) und ruhen. Sie vermehren sich dort nicht und geben dabei auch der Körperabwehr keinen Anlaß, sich zu wehren. Verschiedene Auslösemechanismen sind jedoch in der Lage, die Viren zu reaktivieren. Dann kommt es zu den vielfältigen Ausprägungsformen der Herpesinfektion.

Am bekanntesten sind die typischen wässrigen und juckenden Lippenbläschen, die sowohl durch psychischen Stress als auch durch Einwirkung von ultraviolettem Licht, aber auch noch durch andere Faktoren ausgelöst werden. Lediglich wenn das Immunsystem geschwächt ist, sei es durch eine chronische Erkrankung oder durch eine abwehrhemmende Pharmakotherapie, verliert eine generalisierte Herpes-Virus-Infektion, die zahlreiche Organsysteme schädigen kann.

Infizierten Beschwerden. Und wer selbst nichts merkt, kann beinahe immer noch eine Schnittentzündung, wenn bei der Mutter ein Herpes genitalis diagnostiziert wurde. Obwohl heute die Herpes-Infektion therapeutisch sehr erfolgreich angegangen werden kann, ist dieser sogenannte Herpes neonatorum immer noch ein großes Problem, denn man scheut sich, das wirksamste Herpes-Medikament, das Aciclovir, in der Schwangerschaft einzusetzen: Eine Schädigung des Ungeborenen durch das Medikament kann heute noch nicht vollständig ausgeschlossen werden.

Alle anderen Herpes-Infektionen lassen sich dagegen mit Aciclovir erfolgreich therapieren. Für Prof. Dr. Hagen Trommer (Dortmund) zählt Aciclovir neben den neuen Pilz- und Bakterienkämpfungsmitteln, der Lichttherapie und den Retinoiden zu den größten Therapiefortschritten der Dermatologie in den letzten Jahrzehnten. Neben seiner zuverlässigen Wirkung ist vor allem die Tatsache bemerkenswert, daß bisher keine Nebenwirkungen bekannt geworden sind.

Münchener Virologe Prof. Dr. Gert Frösner belegte, nicht der Fall.

Es kann zwar zur Wirkungsabschwächung kommen, nicht jedoch zu einer Resistenz im klassischen Sinn. Im Reagenzglas hat man zwar Herpes-Viren gefunden, denen Aciclovir wenig ausmacht, sie spielen aber im klinischen Alltag keine Rolle. Der Grund: Sie sind klinisch bei weitem nicht so gefährlich wie jene Herpes-Stämme, die auf Aciclovir ansprechen. Ein Problem kann lediglich dadurch entstehen, daß es Schwierigkeiten bereitet, Aciclovir so hoch wie nötig zu dosieren. Natürliche Schranken werden hier durch die Aufnahmekapazität der Darmwand gesetzt.

Die Wirksamkeit wird noch weiter verbessert

Die Darmzellen nehmen nur eine begrenzte Menge von Wirkstoff aus dem Aciclovir-Tabletten auf. Dieses Hindernis soll durch einen galenischen Trick künftig umgangen werden. Die „neue Generation“ von Aciclovir kommt allerdings erst in den nächsten Jahren in den Handel.

Besonders schlimm, weil mit Folgeschäden belastet, ist die Herpes-Infektion des Auges. Befallen wird vor allem die Cornea, die „Hornhaut“ des Augapfels. Sehstörungen können die Folge sein. Für dieses Krankheitsbild hat sich die Interferon-Therapie bewährt. Vor allem das Alpha-Interferon hat sich in klinischen Studien als besonders wirksam erwiesen.

Zweifelloso die schmerzhafteste Herpes-Erkrankung ist die Gürtelrose, der Herpes zoster. Das Zoster-Virus ist mit dem Erreger der Windpocken identisch und gehört mit ihm zur Herpes-Familie. Diese Viren nisten sich in die Nervenzellen ein und können immer wieder reaktiviert werden.

Dabei wandert das Virus entlang den Nervenfasern bis zur Haut, wo es die schmerzhaften Rötungen und gruppenförmig angeordneten Knötchen hervorruft. Auch für den Herpes zoster ist Aciclovir ein wertvolles Therapeutikum, das umso besser wirkt, je früher es eingesetzt wird.

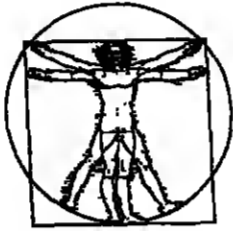
NOTIZEN

„Sieben gegen sieben“

Stuttgart (L.L.) - Ein Aktionsprogramm gegen Zivilisationskrankheiten hat die Delegiertenversammlung der baden-württembergischen Landesärztekammer beschlossen. Das Programm unter dem Motto „Sieben gegen sieben“ ruft alle Bürger des Bundeslandes zur aktiven Mitarbeit auf. Sieben Aktionsschwerpunkte richten sich gegen die nach dem Zweiten Weltkrieg angestiegenen Wohlstandskrankheiten wie Herzinfarkt, Schlaganfall, Bluthochdruck, Beindurchblutungsstörungen, Stoffwechselerkrankungen sowie Gelenk- und Leber-Leiden.

Kino zum Anfassen

Mülhausen (AFP) - Einen holographischen Film entwickelten Wissenschaftler unter Leitung von Prof. Paul Smigajski in den Laboratorien des deutsch-französischen



Forschungsinstituts (ISL) von Saint Louis im Elsaß. Anders als beim 3-D-Verfahren“ entsteht für den Betrachter bis in eine Tiefe von viereinhalb Metern eine plastische Szene. Einsatzbereiche sind z.B. Materialforschung, Verkehrswesen und Medizin.

Kompakte Information

Bonn (D.T.) - Einen Kommunikationshefter im Westentaschenformat stellt das neu herausgegebene „Pressetaschenbuch Datentechnik“ dar. Nicht nur Journalisten und Medienleute, sondern auch Firmen, Verbände und Behörden profitieren von diesem Nachschlagewerk. Man erfährt Details über die Fülle der Fachzeitschriften und Infodienste dieses Themenkreises mit Anschriften von Verlagen, Redakteuren und Pressestellen zahlreicher Unternehmen im Hard- und Softwarebereich. (Presse-Taschenbuch Datentechnik; Kroll Verlag, 8031 Seefeld; 300 Seiten; 32 Mark)



Ein Beispiel aus der Forschungspalette des Kernforschungszentrums. Es handelt sich hier um ein sogenanntes Kompaktzyklotron, einer Art Isotopenfabrik, mit der kurzlebige, für die medizinische Diagnostik wichtige Radioisotope wie Jod 123 oder Thallium 201 hergestellt werden können. Daneben dient die Anlage auch zur Durchführung von Verschleiß- und Korrosionsversuchen an Maschinenteilen. FOTO KFK

Einstieg in die Technik der Zukunft

Das Kernforschungszentrum Karlsruhe stellt sein neues Schwerpunktprogramm vor

Von URSULA DEGEN

Die Schwerpunkte im Forschungsprogramm des Kernforschungszentrums Karlsruhe (KfK) werden sich in den nächsten Jahren deutlich verschieben. Bis Anfang der 90er Jahre wird die klassische Kernertechnologie auf 30 Prozent des Programmbudgets geschrumpft sein. Der Löwenanteil geht dann an Festkörper- und Materialforschung, an Umweltthemen, aber auch an Entwicklungen in Mikro- und Robotertechnik sowie an die Kernfusion.

Dies betonte jetzt der Vorstandsvorsitzende der KfK, Professor Horst Böhm, in seinem Jahresrückblick. Dies sei keineswegs ein Umschwenken auf Modetrends, sondern eine schlüssige Konsequenz der bisherigen Aktivitäten im Bereich der klassischen Kerntechnik.

Die verbleibende Kernertechnologie beschränkt sich auf Arbeiten zur nuklearen Entsorgung und zum Schmelzen von Brennstoffen. Der Budgetanteil für das Projekt Nukleare Entsorgung bleibt für die betrachteten nächsten vier Jahre ungefähr konstant, allerdings werden sich die Inhalte verändern. Bisher habe man sich mit der Entsorgung radioaktiver Abfälle aus Leichtwasserreaktoren befaßt. Diese Arbeiten seien in die Konzeption der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) eingeflossen und hätten maßgeblich zur ersten Teilerichtungsgehmigung der in Wackersdorf geplanten WAA beigetragen.

Noch ziemlich am Anfang ihrer Entwicklung stehen die Mikro- und die Handhabungstechnik. Diese beiden Sparten sollen bis zum Ende des Planungszeitraums zusammen etwa 15 Prozent des Programmbudgets ausmachen. Unter Handhabungstechnik ist die Weiterentwicklung von ferngesteuerten Manipulatoren zu verstehen, die das Arbeiten bei extrem hohen Temperaturen oder in giftigen Atmosphären erst ermöglichen. Hierfür wird eine elektronische Steuerung entwickelt.

Im selben Projekt wird ein elektrischer Master-Slave-Manipulator entwickelt, der sich durch hohe Arbeitsgeschwindigkeit und Geschicklichkeit auszeichnet. Die Bewegungen sind koordinierbar und durch eine Kraft-Verstärkung hat der Operateur das Gefühl, direkt eingreifen zu können. In der Mikrotechnik liegt der Akzent auf der Massenherstellung komplizierter Mikrobauteile. Man hofft mit einer Technik, die für das Trenndüsenverfahren entwickelt wurde, bisher mechanisch nicht herstellbare Mikrobauteile bauen zu können.

Der positiven Bilanz im Forschungsbereich steht eine positive Entwicklung in der Technologietransfer zur Seite. Es ist vor allem die mittelständische Wirtschaft, die von den Ergebnissen der Großforschungsprojekte profitiert. Diese industrielle Nutzbarmachung von Entwicklungsergebnissen betrifft meist neuartige Verfahren und Projekte der Umwelt- und Meßtechnik.

Ein Erfolg Europas

Die Firma

PANAVIA Aircraft GmbH, das 1969 von Messerschmitt-Bölkow-Blohm, British Aerospace und Aeritalia gegründete deutsch-britisch-italienische Industriekonsortium, ist alleinverantwortlich für die Steuerung der Entwicklung und Produktion, des Marketing und der industriellen Betreuung von über 800 TORNADO-Allwetterkampfflugzeugen in der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Italien. Mit der reibungslosen Auslieferung von bisher 500 TORNADO-Flugzeugen ist PANAVIA ein Modell für erfolgreiches Industriemanagement und zuverlässige Leistungs- und Kostenkontrolle in großen multilateralen Verteidigungsprogrammen.

Das Flugzeug

TORNADO, der Allwetterjagdbomber für den Tiefstflug, bringt alle Leistungen, welche die deutsche Luftwaffe und die deutsche Marine, die Royal Air Force und die Italienische Luftwaffe fordern. TORNADO hat sich in den USA beim anspruchsvollsten Wettbewerb der westlichen Welt für Bomberflugzeuge 1984 und im Herbst dieses Jahres hintereinander als den Konkurrenten eindeutig überlegenem Waffensystem qualifiziert. Die Luftverteidigungsvariante erfüllt sämtliche Forderungen der NATO und der Royal Air Force für Allwetter-Luftverteidigung auf große Entfernung.

Die Wirtschaft

Drei Regierungen finanzieren das TORNADO-Programm. Die für die TORNADO-Produktion eingesetzten Steuergelder fließen nachweislich zu 99% in die Industrien der drei Partnerländer. Sie schaffen Arbeitsplätze und sichern technischen Fortschritt.

Die Kostenkontrolle

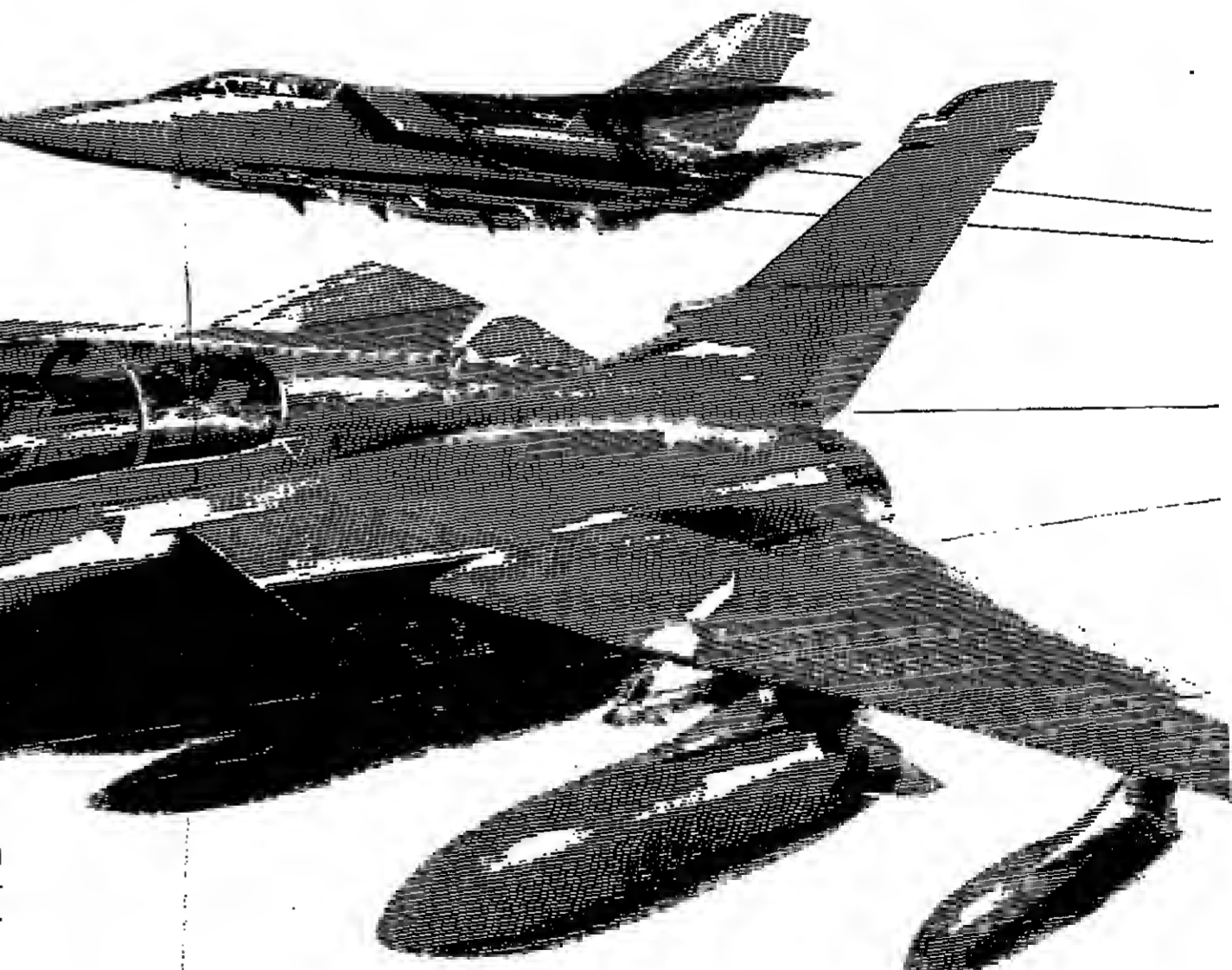
Im Laufe von zehn Jahren - von der Prototypenentwicklung bis zum Einsatz bei der Gruppe - sind die echten TORNADO-Programmkosten um weniger als 10% gestiegen. Der endgültige Festpreis aller Baulose liegt durchschnittlich um 6% unter den vorher vereinbarten Maximalpreisen.

Das Management

Die PANAVIA ist die alleinverantwortliche Managementorganisation für die Beschaffung der TORNADO-Komponenten und der TORNADO-Ausrüstung. Mit einstimmigen Programmentscheidungen, einheitlichen Vertragsverfahren und standardisiertem elektronischen Datenaustausch zwischen den Industrien, den staatlichen Beschaffungsorganisationen und den Streitkräften der drei Länder steuern nur 200 PANAVIA-Mitarbeiter ein Programm, das 70.000 Arbeitskräfte in Europa beschäftigt.

Das Ergebnis

Die führenden Flugzeugfirmen der drei TORNADO-Länder sind heute zusammen mit Industriekonsortien für Triebwerke, Avionik und der Ausrüstungsindustrie ein funktionierendes europäisches Instrumentarium für die Abwicklung von multinationalen Großprogrammen. Seit 16 Jahren ist die PANAVIA ein verlässlicher und fähiger Partner der drei Regierungen und der NATO-Luftstreitkräfte. Deshalb haben sich auch die hochentwickelten Luftwaffen Omans und Saudi Arabiens jetzt für PANAVIA entschieden und werden 80 TORNADOS einsetzen.



AERITALIA BRITISH AEROSPACE MESSERSCHMITT-BÖLKOW-BLOHM



PANAVIA

Ein Erfolg für Europas Verteidigung

Eine kreative Bank hat eine Antwort, bevor Sie eine Frage stellen.

Die wichtigste Begleiterscheinung der Kreativität ist die schnelle Eigeninitiative.

Am Beispiel Baufinanzierung betrachtet, sorgt diese Eigeninitiative dafür, daß wir nicht erst auf Anfrage an Ihren Vorteil denken. Sondern unaufgefordert die Möglichkeiten für öffentliche Zuschüsse und andere besondere Vorteile abklopfen.

Daß wir unseren gesammelten HYPO-Erfahrungsschatz nicht erst auf speziellen Wunsch, sondern auf jeden Fall in eine Finanzierung mit einbringen.

Und auch die schnelle unkomplizierte Abwicklung geschieht keineswegs erst auf Anfrage. Sondern ohne weiteres, wenn Situation und Gelegenheit es verlangen.

Gute Ideen sind immer gefragt. Deshalb halten wir nicht hinter dem Berg mit ihnen.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.


Bayerische Hypothek- und Wechsel-Bank
Aktiengesellschaft

Die HYPO. Eine Bank - ein Wort.

Karl Diehl
HYPO-BANK

هكزا من الاصل

NACHRICHTEN

Dritter Sieg über China

Kirchweier (sid) - Die Generalprobe für die am 10. Dezember in Niederösterreich beginnende B-Weltmeisterschaft ist den deutschen Handballerinnen geglückt. Im dritten Länderspiel gegen China kam die Mannschaft beim 27:18 (13:11) in Kirchweier zum dritten Erfolg.

Englischer Erfolg

Brüssel (sid) - Mit einem englischen Doppelsieg durch Peter Charles und John Whitaker endete in Brüssel das Weltcup-Springen. Platz drei ging an den Schweizer Thomas Fuchs.

Bayreuth beurteilt Vozar

Düsseldorf (sid) - Nach dem 22. Spieltag der Eishockey-Bundesliga droht dem Bayreuther Trainer Thor Vozar die Entlassung. Unmittelbar nach der 4:6-Niederlage gegen den ECDD Isertal wurde die vorläufige Beurteilung des gebürtigen Ungarn bekannt. Bayreuth war mit seinem Team zum achten Mal in Folge ohne Sieg geblieben.

Köhde und Becker

Düsseldorf (sid) - Die Saarbrückerin Claudia Köhde und Wimbledon-Sieger Boris Becker aus Leimen wurden von den Lesern der "Deutschen Tennis-Zeitung" zu Tennisspielern des Jahres 1985 gewählt. Claudia Köhde erzielte 45,45, Becker sogar 47,82 Prozent der 20 948 Stimmen.

Acht Wochen Pause?

Beveren (sid) - Der deutsche Fußballmeister FC Bayern München wird aller Voraussicht nach acht Wochen lang auf seinen belgischen Nationaltorhüter Jean Marie Pfaff (32) verzichten müssen. Pfaff wird sich einer Bauchmuskel-Operation unterziehen und dann pausieren.

ZAHLEN

EISHOCKEY - Bundesliga, 22. Spieltag: Mannheim - Rosenheim 3:3, Köln - Landshut 2:1, Schwaben - Kaufbeuren 5:4, Bayreuth - Isertal 4:6, Rieleroser - Düsseldorf 4:8. - Tabellenplätze: 1. Köln 34:16, 2. Rosenheim 31:13, 3. Düsseldorf 28:18.

REITEN

CHI in Brüssel, Weltcup-Springen: 1. Charles auf April Sun 0 Fehler/28,1 Sek., 2. Whitaker (beide England) auf Milton 0/30,1, 3. Fuchs (Schweiz) auf El Lute 4/28,6, 4. Durand (Frankreich) auf Jappeloup 4/28,3 alle im zweiten Stechen. ... 10. Kemo auf Feuergeist und zu Bexten (beide Deutschland) je 8 im ersten Stechen. - Stand im Weltcup nach drei Springen: 1. Skelton (England) 40 Punkte, 2. Charles und Fuchs je 35, ... 8. Reischer und Schockemöhle (beide Deutschland) je 20.

FECHTEN

2. Weltcup-Turnier der Degenfechter in Budapest, Finale: Sowuwar (UdSSR) - Seckl (Frankreich) 10:7, um Platz drei: Langlet (Frankreich) - Kokozny (Ungarn) 10:6, 4. Fusch, ... 10. Belmann (beide Deutschland) auf Weltcup-Turnier, Florett-Junioren in Bochum: 1. Fichtel, 2. Funkenhauser, 3. Bau (alle Deutschland). - Stand im Weltcup: 1. Fichtel 62, 2. Funkenhauser 47, 3. Borlozzi (Italien) 46, 4. Bau 32.

VOLLEIBALL

Bundesliga, Herren: Leverkusen - München 3:1. - Damen: Ettlingen - Feuerbach 0:3.

TENNIS

Australische Meisterschaften in Melbourne, Herren, Achtelfinale: McEnroe (USA) - Leconte (Frankreich) 6:1, 6:3, 7:6, 6:1, Zivojinovic (Jugoslawien) - Mayotte (USA) 6:4, 6:4, 6:4, Damendoppel, Achtelfinale: Kohde/Sukova (Deutschland/CSSR) - Holladay/Ludloff (USA) 6:7, 6:2, 6:3.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elfterwette: 1, 1, 0, 0, 1, 1, 1, 0, 1, 0. - Anwahlwette: 5 aus 15: 24, 29, 30, 34, 36, 44, Zusatzspiel: 23. (Ohne Gewähr).

IM BLICKPUNKT / Endlich wieder Erfolge im Rennrodeln - Monika Holzner und der mühselige Aufbau im Eisschnelllauf

„Ich war eben endlich auch mal an der Reihe“

Johannes Schettel, ein 26-jähriger Metzger aus dem Saarland, gewann am Wochenende überraschend den internationalen Saisonauftakt der Rennrodler in Königssee. Sepp Fendt, der Sportdirektor des hiesigen Verbandes, zur Welt: „Es geht in der Tat aufwärts, und Schettel ist das Aushängeschild.“ Mit ihm sprach die WELT.

KLAUS BLUME, Bonn WELT: Seit acht Jahren fahren die Rennrodler aus der Bundesrepublik Deutschland hinterher. Am Sonntag aber gewannen Sie in Königssee den Auftakt der internationalen Dreibahnen-Tournee. Wie ist denn das zu erklären?

Schettel: Ich war eben auch mal an der Reihe. Immer Vierter oder Sechster, als beste internationale Platzierung einmal der dritte Platz beim Henniger-Cup vor zwei Jahren - das konnte ja auch nicht so weitergehen.

WELT: Sicher, aber woran lag es denn nun? Am Material, an der Vorbereitung oder an der endlich stabiler gewordenen Psyche?

Schettel: Ich arbeite als Metzger im elterlichen Betrieb in Biggs-Oldberg, das liegt zwischen Winterberg und Brilon. Mein Vater ist großjährig, wenn es darum geht, Zeit für das Rodeltraining zu bekommen. Deshalb habe ich vom Umfang und von der Härte in etwa so trainiert, wie im Sommer 1983 vor den Olympischen Winterspielen in Sarajewo, zum Beispiel auch mit sehr vielen Startübungen in der Eissporthalle Winterberg.

WELT: Sie galten einst als Trainings-Weltmeister, der seine Zeiten im Wettkampf nicht in entsprechende Erfolge umsetzen konnte...

Schettel: Das hing mit vielen Faktoren zusammen, auch mit dem Gedanken: Es kann durchaus mal etwas passieren, bei den Kurvenein- und

-ausfahrten. Aber solche Gedanken legen sich mit der Zeit. Rennrodeln ist eben doch eine Frage der Erfahrung. Und das kommt von ganz allein, das kann man nicht steuern.

WELT: Sie fahren mit einer Geschwindigkeit von 120 bis 130 Kilometern in der Stunde den Berg hinunter, wenn sie mal stürzen sollten, ist ihr Körper die Knutschzone. Haben Sie davor wirklich keine Angst mehr?

Schettel: Früher hatte ich zweifellos Angst, aber heutzutage sage ich mir: Man darf eben gar nicht darüber nachdenken, was passieren könnte.

WELT: Aber denken Sie manchmal darüber nach, wie Ihnen zumute sein könnte, wenn Sie am Wochenende zum Finale der Dreibahnen-Tournee nach Oberhof in die „DDR“ reisen - als eventuell noch Führender?

Schettel: Auf alle Fälle wird mir dann nicht vor mir selber unheimlich sein. Das weiß ich ganz genau. Ich weiß aber auch, daß die Jagd der DDR-Fahrer und der sowjetischen Rodeler auf mich schon Mitte der Woche in Iglis beginnen wird. Denn ich kann mir gut vorstellen, daß gerade die Jungens aus der DDR nach ihrer Niederlage in Königssee erheblichen Druck bekommen haben.

WELT: Schließlich können die sich kaum damit herausreden, daß in Königssee nur der Heimvorteil für Sie gezinkt habe...

Schettel: Eben, denn erstens gibt es so etwas im Rennrodeln so gut wie nicht mehr, weil jeder gute Rennrodler die entsprechenden Bahnen kennt, und zweitens haben die DDR-Fahrer zuvor auch noch eine Woche lang in Königssee trainiert.

WELT: Die deutsche Nationalmannschaft der Rennrodler bestand in aller Regel aus süddeutschen Athleten...

Schettel: Sicher, und zu Anfang war es deshalb auch gar nicht so einfach für mich. Aber inzwischen ist die Lage anders: Die können ja gar nicht mehr ohne mich.



Endlich erfolgreich: Johannes Schettel. FOTO: HORST-MÜLLER



Wieder erfolgreich: Karin Enke-Kania. FOTO: SVEN SIMON

15 Millionen Mark für die Rekordpiste Inzell

HORST TÖPKEN, Inzell

„Man schießt mit Kanonen auf uns, aber wir sind nur Spatzen.“ So vergleicht Gerd Zimmermann (43), Vorsitzender der Deutschen Eisschnelllauf-Gemeinschaft (DESG) und bis 1972 als achtmaliger deutscher Vierkampfeuropameister selber ein erfolgreicher Eisschnellläufer, was die öffentliche Kritik den 13 Mitgliedern der deutschen Nationalmannschaft derzeit antut. Für ihn und auch andere Kenner der Eisschnelllauf-Szene sind die beim Internationalen Sprintmeeting in Berlin erreichten Plätze - für Dietmar Semler und Uwe Streb lagen sie immerhin noch am Ende des ersten Drittels - durchaus zufriedenstellend.

Bundestrainer Ab Krook freut sich über Rang acht, den Sprinter Streb nach der Berliner Premiere in der Weltcup-Wertung über 1000 m einnimmt. Und von Monika Holzner-Gawenus, die im Frühjahr ihren 32. Geburtstag feiert, erwartet man noch Großes. Die Mutter zweier Kinder war bei der letzten Sprint-WM im holländischen Heerenveen Zweite über 500 m und Fünfte im Mehrkampf geworden.

Mutterschaft hat noch nie von internationalem Erfolg in dieser Sportart getrennt. Das „DDR“-Laufwunder Karin Enke-Kania (25), deren letzte publizistische Erwähnung in der „DDR“ vom Oktober 1984 stammt, ist inzwischen auch Mutter geworden, jetzt aber ad hoc kurz darauf in Berlin als Nummer zwei hinter ihrer Mannschaftskollegin Christa Rothenburger ganz souverän in die Weltspitze zurückgekehrt. Atje Keulen-Deelstra wurde als mehrfache Mutter 1973 in Inzell Europameisterin.

DESG-Sportwart Rainer Scharrelmann sagt mit Bezug auf die internationale Situation der Damen-Riegen auf kurzen Distanzen: „Der internationale Eisschnelllauf wird hier an der Spitze immer nur zwischen den DDR-Mädchen, der Polin Erwina Rys-Ferenc, zwei Mädchen aus der UdSSR, der Norwegerin Edel-There-

se Hoyseth und eventuell Monika Holzner-Gawenus entschieden.“

Der Holländer Ab Krook, im sechsten Winter Chefcoach in Inzell, bekräftigt gleichermaßen Zuversicht: „Hans-Peter Oberhuber aus Inzell, Uwe Streb aus Landshut und der Berliner Uwe Gebauer werden in dieser Saison über 500 m erstmals unter 38 Sekunden hiebeln, zwei von ihnen über 1000 m auch unter 1:16 Minuten.“ Beides wären neue deutsche Rekorde.

Inzells Stadionsdirektor Gerd Zimmermann: „Auch bei nüchternen Betrachtung verdient unsere Truppe Lob.“ Warum, das soll wiederum ein Vergleich verdeutlichen: Die UdSSR, so habe ihm Präsident Blinow vom sowjetischen Eissportverband verraten, verfüge über 300 000 Eisschnelllauf-Aktive und, man glaube es kaum, über 1500 hauptamtliche Trainer und Funktionäre. In Japan gäbe es inzwischen zwanzig hochmoderne 400-m-Kunsteisbahnen. Die „DDR“ trime den Nachwuchs nach der strengen sozialistischen Art. Mit Schülern komme die Bundesrepublik Deutschland hingegen auf höchstens 200 bis 300 aktive Eisschnellläufer.

Ist es realistisch zu glauben, daß im Hinblick auf die Bewerbung um die Olympischen Winterspiele 1992 für 15 Millionen Mark modernisiertes Bundesleistungszentrum Inzell eine neue Saat der Weltrekorde aufgeht? Seit der Stadioneröffnung 1963 wurden in Inzell 81 Weltrekorde gelaufen, die letzten im März 1984. Heute gehören diese und auch fast alle anderen Bestmarken der Hochgebirgsbahn in Medeo bei Alma Ata in der UdSSR.

Die Technik könnte Inzell neuen Glanz verleihen. Erhält wurde die mit dünnem Ammoniak gespeiste Kältekapazität unter der um einen Meter vergrößerten Eispiste, die jetzt aus einem 78 Kilometer langen Rohrsystem eine Kältekraft von umgerechnet 11 094 Haushaltskühlschränken freisetzt. Auf sportlichen Glanz jedoch wird man vorerst aus deutscher Sicht verzichten müssen.

TENNIS / Australiens Meisterschaften

Der große Kampf des John McEnroe

dpa, Melbourne Das war wohl eines solcher Spiele, von denen man noch länger redet“, meinte John McEnroe nach seinem drei Stunden und 23 Minuten langen Achtelfinale-Spiel bei den Offenen Australischen Tennis-Meisterschaften in Melbourne gegen den Franzosen Henri Leconte, der bei 2:1-Führung nach Sätzen im Tiebreak des vierten Satzes bereits 5:1 führte, zwei leichte Volleys verschlug und noch 7:5, 6:7, 6:3, 6:7, 1:6 verlor. McEnroes Kommentar: „Ich hatte mich schon aufgegeben und in Gedanken den Rückflug geahnt.“

Der Rest der Tennisfans, die sich fast täglich in einer 100 Meter langen Schlange vor dem Stadion geduldet um Karten anstellen, sah auf dem Centre Court McEnroes nächsten Gegner im Viertelfinale: Boris Beckers

Doppelpartner Slobodan Zivojinovic. Der 22-jährige Jugoslawe ist jetzt schon der Star der diesjährigen Australian Open. Der 66. der Welt-rangliste lieferte nach seinem Siegen über Damir Keretic und Mike de Palma gegen den an Nummer acht gesetzten Tim Mayotte (USA), dem 13. der Welttrangliste, wiederum begeisterndes Tennis und gewann 2:6, 6:4, 6:4, 6:4.

Becker-Manager Ion Tiriac, der Zivojinovic in Melbourne immer wieder Tipps gab und das Match beobachtete: „Der Junge hat mehr Fähigkeiten als alle Burschen, die hier herumliefen.“ Zivojinovic: „Seitdem mich Boris Becker immer vor meinen Spielen einschlägt und mit mir täglich trainiert, bin ich viel besser geworden.“ Beckers Manager Tiriac hält den Jugoslawen für einen der Talentstärksten des Turniers.

STANDPUNKT / Reform

Es sei Zeit für eine Reform

Lin Weltcup, das erkannte nun sogar dessen Begründer, der klassische Journalist Serge Lang. Und so erzählte er, wie er sich künftig die großen alpinen Ski-Rennen vorstellen würde: Nur die 60 besten Rennläufer der Welt würden noch daran teilnehmen dürfen, die anderen hätten hingegen mit einem niederklassigen Wettbewerb vorlieb zu nehmen. Auf und Abstieg zwischen beiden Gruppen würden die Spannung schüren. Außerdem sollten noch zu findende Geldgeber die Hangraserei demnächst mit Preisgeldern honorieren. Lang träumt von 100 000 Dollar für einen Abfahrtsieger...

Soviel wird es wohl nicht werden, aber so ähnlich wird es kommen, keine Zweifel. Und es werden wohl nicht mehr soviel Rennen gefahren werden, vor allem nicht mehr mitten in der Woche, wenn allenfalls Betreuer und Journalisten zu den Zuschauern am Hang und vorzugsweise Rentner zu denen am Fernsehschirm gehören.

FUSSBALL / Große Fernseh-Probleme

Empörung über die mexikanischen Preise

dpa, Hamburg Die Pläne für ein WM-Fernsehen total, das schon früh morgens um 6 Uhr beginnen und erst weit nach Mitternacht enden soll, liegen in der Schublade. Doch ob die Vorhaben von ARD und ZDF auch realisiert werden können, ist noch nicht sicher. Ein halbes Jahr vor Beginn der Fußball-Weltmeisterschaft ist zwischen den mexikanischen Organisationen und den ausländischen Fernseh-Stationen ein heftiger Streit entbrannt, dessen vorläufiger Höhepunkt in einer Boykott-Drohung besteht. Zwölf westeuropäische Stationen haben Ende vergangener Woche den Mexikanern gedroht, sie würden von der Auslosung der sechs Endrund-Gruppen in Mexiko-Stadt am 15. Dezember nicht mit eigenen Kommentatoren vor Ort berichten, wenn die Preisforde-

rungen für die WM nicht reduziert würden.

Dabei geht es nicht um die Fernseh-Übertragungsrechte, sondern um eine vom mexikanischen Fernseh-Konsortium „Telemexico“ verschickte Preisliste. Danach soll ein Quadratmeter Büroraum in Mexiko-Stadt die Monatsmiete von etwa 1000 Dollar kosten. 600 000 Dollar verlangen die Mexikaner für ein vom 15. Mai bis 30. Juni zu mietendes Studio. 4600 Dollar werden für jeden Kommentator-Platz bei den 52 WM-Spielen gefordert. Im Vergleich zu der letzten WM in Spanien 1982 und den überaus teuren Olympischen Spielen in Los Angeles 1984 haben die Fernsehleute Preisverhöhungen bis zu 300 Prozent errechnet. Wenn „Telemexico“ nicht einlenkt, werden die Kommentatoren-Plätze bei der WM-Auslosung leer bleiben.

BUNDESLIGA

VfB Stuttgart: Nun mit dem Rücken zur Wand

sid, Düsseldorf Vor 17 Monaten war der VfB Stuttgart als Deutscher Fußballmeister noch die große Zugnummer. Am letzten Freitag, beim 0:6 in Bremen, entpuppte sich der VfB Stuttgart als Lachnummer der Bundesliga. Vor dem Nachholspiel heute (19.30 Uhr) gegen Bayer Leverkusen stehen die Stuttgarter und ihr Trainer Otto Baric deshalb mit dem Rücken zur Wand.

In den übrigen drei Nachholspielen - 1. FC Köln gegen SV Waldhof Mannheim, Hannover 96 gegen den 1. FC Kaiserslautern und Eintracht Frankfurt gegen den Hamburger SV (alle 20.00 Uhr), die gestern kurzfristig neu angesetzt wurden - geht es eben-

Informationsvorsprung kann man abonnieren.

Subscription form for DIE WELT magazine, including fields for name, address, and contact information.

Large advertisement for Northwest Orient airline, featuring a globe and text: 'Für Leute, die sich auskennen. Regal Imperial Service in der First- und Executive Class. Gute Vorbereitung und ein entspannender Flug sind wichtige Voraussetzungen zum Erfolg Ihres USA-Geschäfts...'.

Dorothee Wilms für Renaissance der Bildung

Fortsetzung von Seite 1
dem, „sich darüber Gedanken zu machen, was zur Allgemeinbildung gehören müßte“.

Die Diskussion sollte etwa auf der Grundlage beginnen: „Wie sehen denn eigentlich die einzelnen Fachdisziplinen Allgemeinbildung jeweils aus ihrer Fachrichtung?“ So sollten die Naturwissenschaftler definieren, „was muß aus der Physik oder Mathematik vermittelt werden, um Strukturen deutlich werden zu lassen; oder die Historiker, welche Fakten und Zusammenhänge für ein historisches Bewußtsein“ unabdingbar seien. Die Überlegungen zur Bildungspolitik insgesamt, zur Berufsbildung und Hochschulpolitik insbesondere, könnte ohne die Diskussion über einen konsensfähigen Kanon der Allgemeinbildung nicht weitergeführt werden.

In diesem Zusammenhang meldete sie auch das Bedürfnis an, die „uralte Frage der Erziehung in den Schulen“ neu zu überdenken, „die in den letzten Jahrzehnten in den Hintergrund getreten ist“. Denn schließlich müßten „Bildung und damit auch Erziehung immer von bestimmten Menschenbildern ausgehen, von Wertekategorien“. Es sei ja eine „ausgesprochen positive Erscheinung, daß in der jungen Generation ein wachsendes Bedürfnis nach der Sinnfrage des Lebens“ laut werde. Sicherlich gebe es gerade auch in der Politik während der vergangenen Jahre hier Versäumnisse, sei zu häufig „Politik nur unter pragmatischen Gesichtspunkten“ betrieben worden. Die Politik müsse auch „zu dieser geistig-kulturellen Diskussion beitragen“.

Dorothee Wilms ließ keinen Zweifel daran, daß zur Bewältigung der künftigen Bildungsaufgaben nach ihrer Meinung das gegliederte Schulwesen am besten geeignet sei, „also Haupt-, Realschule und Gymnasium – und dort, wo es die Eltern wünschen, eben auch Gesamtschulen“. Der Staat habe dafür zu sorgen, „daß dem Bürger eine hochwertige Schulbildung und Ausbildung möglich“ sei. Aber sie habe „viele sozialdemokratische Bildungspolitik“ im Verdacht, „die Gesamtschule als Leitbild über die Strukturdebatte und zurückgehende Schülerzahlen wieder ins Gespräch bringen“, durch die Schaffung neuer Gesamtschulen bestehende Schulen, vor allem Gymnasien „zerstören“ zu wollen.

Frau Bonners Westreise: Darf Sie zurückkehren?

Sie will Sacharow nicht allein in Gorki zurücklassen

dpa, Moskau
Die Reise von Jelena Bonner, der Frau des sowjetischen Regimekritikers Andrej Sacharow, nach Italien und in die USA ist von vielen Fragen und Unsicherheiten überschattet. Mehr als ein Monat ist verstrichen, seit ihr die sowjetischen Behörden eine Ausreisegenehmigung erteilt haben. Offensichtlich in der Sorge um ihren Mann und um ihre Rückkehr in die UdSSR hat Frau Bonner jedoch bis jetzt mit ihrer Reise in den Westen gewartet. Jelena Bonner werde, wenn sie jetzt kommt, in Rom auch von Papst Johannes Paul II. und vom italienischen Staatspräsidenten Francesco Cossiga empfangen. Das meldete gestern der italienische Rundfunk.

Offenbar hat die im Umgang mit dem Sowjetstaat erfahrene Frau in den vergangenen Wochen durch verschiedene Absprachen mit den sowjetischen Behörden sicherstellen wollen, daß ihr nicht plötzlich die Rückreise in die UdSSR verweigert wird. Unter anderem hat sie dabei dem sowjetischen Geheimdienst KGB zugesichert, bei ihrem Aufenthalt im Westen die Presse zu meiden. In einem Telefongespräch mit ihrer in Newton (US-Bundesstaat Massachusetts) lebenden Tochter Tatjana sagte sie, daß sie eine einstündige Vereinbarung mit dem KGB unterzeichnet habe. Die Sorge, daß Andrej Sacharow allein in Gorki zurückbleiben könnte, wird die Reise dennoch überschatten.

Ausgiebige Erfahrungen

Frau Bonner, die seit Anfang der 70er Jahre an der Seite ihres Mannes für die Achtung der Menschenrechte in der UdSSR kämpfte, hat bereits ausgiebige Erfahrung mit den sowjetischen Behörden sammeln können. Als Sacharow 1980 in die für Ausländer gesperrte Industriestadt Gorki östlich von Moskau verbannt wurde, war Jelena Bonner jahrelang die wichtigste Verbindung des Regimekritikers zur Außenwelt. Auf ihren Reisen nach Moskau unterrichtete sie westliche Korrespondenten und wurde 1984 schließlich wegen „sowjetfeindlicher Propaganda“ selbst zu fünf Jahren Verbannung verurteilt.

Die sowjetische Seite warf ihr vor, Sacharow überhaupt erst zu seinem Engagement in der Bürgerrechtsbewegung getrieben zu haben. In sowjetischen Veröffentlichungen wurde sie als regelrechter „Vamp“ und verhängnisvolle Frau dargestellt, die vor allem für ihre Familie finanziellen

Nutzen aus dem Skandal um Sacharow ziehen wolle. Die Zeitschrift „Smena“ beschuldigte sie sogar, einen ihrer früheren Liebhaber zum Mord an seiner Frau getrieben zu haben.

Die frühere Kinderärztin heiratete Sacharow 1971. Beide hatten damals bereits Kinder aus erster Ehe. Jelena Bonner war seit Ende der 60er Jahre immer wieder als Bürgerrechtlerin und Regimekritikerin an die Öffentlichkeit getreten. 1972 gab die Tochter einer Jüdin und eines Armeniers, der 1937 wegen Landesverrats hingerichtet wurde, ihr Parteibuch zurück.

Beißende Kritik

Jelena Bonner gehörte zu den letzten der drei Mitglieder der Moskauer Helsinki-Gruppe. 1982 gab sie die Auflösung der Gruppe bekannt. In fast 2000 Dokumenten hatten die Bürgerrechtler, von denen die meisten verhaftet wurden, auf Verletzungen der Menschenrechte und entsprechenden Bestimmungen der Helsinki-Schlussakte in der Sowjetunion hingewiesen. „Sie sind Zeuge eines historischen Augenblicks“, sagte Frau Bonner, als sie die Auflösung der Gruppe bekanntgab.

Während Sacharow selbst auf den zahlreichen Pressekonferenzen der 70er Jahre meist still im Hintergrund saß, wandte sich Frau Bonner immer wieder mit beißender Kritik an die westliche Presse. Niemand hatte damals so recht glauben wollen, daß man Sacharow, dem Mitglied der Akademie der Wissenschaften und Nobelpreisträger, etwas antun könne. Als Sacharow 1980 dann doch nach Gorki verbannt wurde, mußte sich Frau Bonner zum ersten Mal in eigener Sache um Hilfe an die Öffentlichkeit wenden.

Sacharow trat in Gorki mehrmals in einen Hungerstreik, um für seine kranke Frau, die neben einem Augenleiden auch am Herzen erkrankt ist, eine ärztliche Behandlung im Westen zu erzwingen. Frau Bonner hat sich bereits zweimal in Italien an den Augen operieren lassen. Nach der ersten Behandlung im Jahre 1975 nahm sie anschließend in Oslo den Friedensnobelpreis für ihren Mann entgegen, dem die sowjetischen Behörden damals keine Ausreisegenehmigung erteilten, weil er Geheimnissträger sei. Diesmal wird Frau Bonner auch ihre Familie in den USA besuchen und sich dort gleichzeitig einer Operation am Herzen unterziehen.

Gewerkschaften verstärken „Unter der KP in Polen gibt es keinen Frieden“

Druck auf Pieter Botha

Aus der sozialen Funktion zum politischen Rollenspiel

M. GERMANI, Johannesburg
Die am Wochenende in Durban gegründete Föderation der Gewerkschaften in Südafrika, der Kongreß der südafrikanischen Gewerkschaften (Cosatu), bildet nach eigenen Angaben mit rund einer halben Million Mitgliedern und 34 Gewerkschaften die größte und mächtigste schwarze Arbeiter-Organisation des Landes. In Gesprächen mit ausländischen Journalisten erklärte der neugewählte Präsident, Elijah Barayi, seine Organisation werde die Stelle des in Südafrika verbotenen African National Congress (ANC) übernehmen.

Vor rund 10 000 Anhängern – mit rotem T-Shirt mit dem Aufdruck „Arbeiter vereint euch“ bekleidet – erklärte Barayi, Ndoe Meie Daci, die neue Dachorganisation, hilde ein wichtiges Element im Befreiungskampf. Barayi ist gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender der mächtigen nationalen Minengewerkschaft NUM, die in den vergangenen Monaten ihre Streikforderungen bei ihren Mitgliedern und drastische Lohnerhöhungen bei der Minenkammer nicht durchsetzen konnte.

„Werden die Paßgesetze nicht bald abgeschafft, werden wir anordnen, daß jeder seinen Paß verbrennt“, sagte der neue Präsident. Er forderte die Freilassung des Verurteilten, auch die von Nelson Mandela, und sprach sich für Sanktionen gegen Südafrika aus.

„Regierung hat versagt“

Eine von Cosatu anerkannte Regierung werde sowohl die Minen als auch die größten Industriebetriebe verstaatlichen. Die Regierung, so Barayi, habe in Südafrika versagt und solle zurücktreten, um Platz für „Führer wie Nelson Mandela zu machen“.

Zusammen mit Jay Naidoo, der die Lebensmittelgewerkschaft vertritt und von dem erwartet wird, daß er einen wichtigen Posten bekleiden wird, wurde die Forderung nach einer „Bildung einer Gesellschaft, in der der Reichtum vom Volk gerecht verteilt wird“, erhoben. Das entspricht der Freiheits-Charta des ANC aus den fünfziger Jahren, die noch heute Gültigkeit hat.

Nur die schwarze Sonntagszeitung „Sicy Press“ zitierte wörtlich den maßgeblich an der Gründung der Cosatu beteiligten NUM-Generalsekretär Cyril Ramaphosa, die treibende

Kraft hinter den Minenstreiks und Gehaltsforderungen der vergangenen Monate. „Jetzt ist es Zeit für alle Arbeiter, Präsident Botha aufzufordern, die Regierungsgewalt an sie zu übergeben – so wie es ihnen rechtmäßig zusteht.“ Ramaphosa fuhr fort: Wir müssen uns nicht nur mit Wirtschafts- sondern auch mit politischen Fragen befassen. Er sprach sich gleichzeitig für die Zulassung nur einer Gewerkschaft für jeden Industriezweig aus und forderte ein beschleunigtes Ausbildungsprogramm für die Führungsschicht der Gewerkschaften.

Neue Konföderation

Der aus dem Exil operierende südafrikanische Gewerkschaftskongreß (Sactu), ebenfalls eng mit ANC liiert, unterstützt voll die Forderungen der Cosatu und fordert die rein schwarz ausgerichtete Konföderation der Gewerkschaft auf, ihre Vorbehalte gegen die neue Organisation aufzugeben.

Südafrikas Minenkammer hat gegenüber der Gründung der Cosatu bisher eine abwartende Haltung eingenommen und war gestern der WELT gegenüber noch nicht zu einer Stellungnahme bereit. Doch politische Beobachter in Südafrika werten die Gründung der neuen „Supergewerkschaftsorganisation“ als einen weiteren Schritt in der Radikalisierung der künftigen Forderungen. Gleichzeitig warnen Wirtschaftsführer vor einer kommenden Politisierung des Arbeitskampfes, den sie seit längerer Zeit befürchten. Jetzt hätten die Gewerkschaften keine sozialen Funktionen, sondern eine politische Rolle übernommen.

Der südafrikanische Staatspräsident Botha will gemeinsam mit schwarzen Führern des Landes eine neue Verfassung erarbeiten. Dies ist das Ergebnis einer Woche intensiver Verhandlungen mit den Präsidenten der vier von Südafrika für „unabhängig“ erklärten „Homelands“ und der sechs übrigen halbautonomen schwarzen Stammesgebiete.

Gemeinsam mit den schwarzen Führern will Botha eine Verfassung schaffen, unter der in einem föderativen System Verantwortungs- und Machtfunktionen von den verschiedenen Rassengruppen gemeinsam ausgeübt werden sollen.

„Unter der KP in Polen gibt es keinen Frieden“

Oppositionsgruppe beruft sich auf das Wort des Papstes

DW, Warschau

Das Regime in Warschau nimmt immer stärker die im Mai in Krakau gegründete unabhängige Friedensgruppe „Freiheit und Frieden“ ins Visier. Die Bewegung beruft sich ausdrücklich auf den aus Polen stammenden Papst Johannes Paul II. und tritt für eine Garantie persönlicher Freiheit für alle Menschen ein. Sie kommt zu dem Schluß, daß es dort niemals Frieden geben werde, wo durch das Gesellschaftssystem Unterdrückung und ideologischer Zwang ausgeübt werden. „Also gibt es im kommunistisch regierten Polen keinen Frieden“ – das ist der Schlüsselsatz in der Gründungsdeklaration von „Freiheit und Frieden“. Die WELT gibt diese Erklärung im Wortlaut wieder:

Die Unterzeichneten beschließen, angeregt insbesondere durch die Friedensbotschaften von Papst Johannes Paul II. in Krakau die Bewegung „Freiheit und Frieden“ zu gründen.

1. Das grundlegende Ziel der Tätigkeit unserer Bewegung wird die Propagierung einer wahrhaftigen und durch nichts manipulierten Idee vom Frieden und die Gewinnung einer möglichst großen Zahl von Polen für diese sein. „Das Wort ‚Frieden‘ – so sagte Johannes Paul II. in seiner Friedensbotschaft aus dem Jahr 1979 – ist zu einem einschläfernden oder gar täuschenden Schlagwort geworden.“

Werte der Moral

Gegenwärtig wird es am häufigsten von jenen gebraucht, die, während sie in Losungen Frieden, Zusammenarbeit und Abrüstung verkünden, danach streben, auf diese Weise die freien Menschen der ganzen Welt der Mittel und des Willens zur Verteidigung ihrer Freiheiten zu berauben. Das Ausmaß dieser Erscheinung bewirkt, daß für eine immer größer werdende Zahl von Menschen – auch in Polen – die Absichten eines jeden, der das Wort „Frieden“ in den Mund nimmt, moralisch verdächtig und politisch fremd geworden sind. Deshalb streben wir vor allen Dingen an, der Arbeit für den Frieden ihren moralischen und politischen Wert zurückzugeben.

2. Eine Bedingung für die Existenz von Frieden im öffentlichen Leben der Staaten und Völker ist die wirksame Garantie persönlicher Freiheit für

alle Menschen. Niemals wird es dort Frieden geben, wo durch das Gesellschaftssystem Unterdrückung und ideologischer Zwang ausgeübt werden, wo das Individuum seines Rechtes auf Selbständigkeit und Eigeninitiative beraubt wird und wo die traditionellen politischen Freiheiten aufgehoben sind. Also gibt es im kommunistisch regierten Polen keinen Frieden. Wir streben an, alles zu tun, was dazu beitragen kann, die Freiheit der Menschen in unserem Lande zu erweitern und dadurch dem Frieden in Polen eine Chance zu geben.

Hinweis auf Afghanistan

3. Wir streben eine Zusammenarbeit mit allen Bewegungen, Institutionen und Personen in Polen und im Ausland an, die ihre Aktivität der Sache des Friedens, der unter freibestehenden Bedingungen verwirklicht wird, widmen wollen. Wir werden dagegen die in der heutigen Welt so zahlreichen Anzeichen von Mißachtung des Friedens brandmarken, besonders wenn sie durch Ideologien begründet werden, deren Erfolge auf Gewaltanwendung basieren. Besonders drastische Beispiele für die Anwendung dieser ideologischen Gewalt sind die Erscheinungen des internationalen Terrorismus ebenso wie die planmäßig durchgeführte Ausrottung des afghanischen Volkes im Namen der kommunistischen Ideologie. Die elementare menschliche Solidarität verlangt, daß das Stillschweigen angesichts solcher äußerst gefährlicher Angriffe auf die Idee des Weltfriedens gebrochen wird.

Wir appellieren an alle, die sich mit unseren Ansichten identifizieren, unsere Bestrebungen zu unterstützen.

Ewa Bik, Marek Bik, Radoslaw Hugel, Anna Klich, Bogdan Klich, Marek Kozielski, Cezary Michalski, Agata Michalek, Konstanty Miodowicz, Wojciech Modelski, Jan Maria Rokita, Dariusz Rupinski, Barbara Syc, Piotr Swider, Barbara Trybus, Krzysztof Walczyk, Artur Wahus, Krzysztof Zydowicz (Krakau, 4. April 1985)

Jacek Czaputowicz, Piotr Dabrowski, Jaroslaw Dubiel, Roland Kruk, Maciej Kuron, Piotr Niemczyk, Konstanty Radziwill, Aleksandra Sarata, Jozef Taran, Mark Poglod, Rafal Szczarba, Grzegorz Ilica, Jerzy Kolanowski, Czestery Orlowicz (Warschau, 2. Mai 1985)

KLEIN ABER MEIN



Oftmals gibt man Unterlagen nur deshalb aus der Hand, weil sie kopiert werden müssen. Canon löst dieses Problem mit dem persönlichen Kopierer am Arbeitsplatz.



Canon PC-Kopierer sind leicht zu bedienen und mit dem patentierten „Click-Out“-Patronen-System fast völlig wartungsfrei.

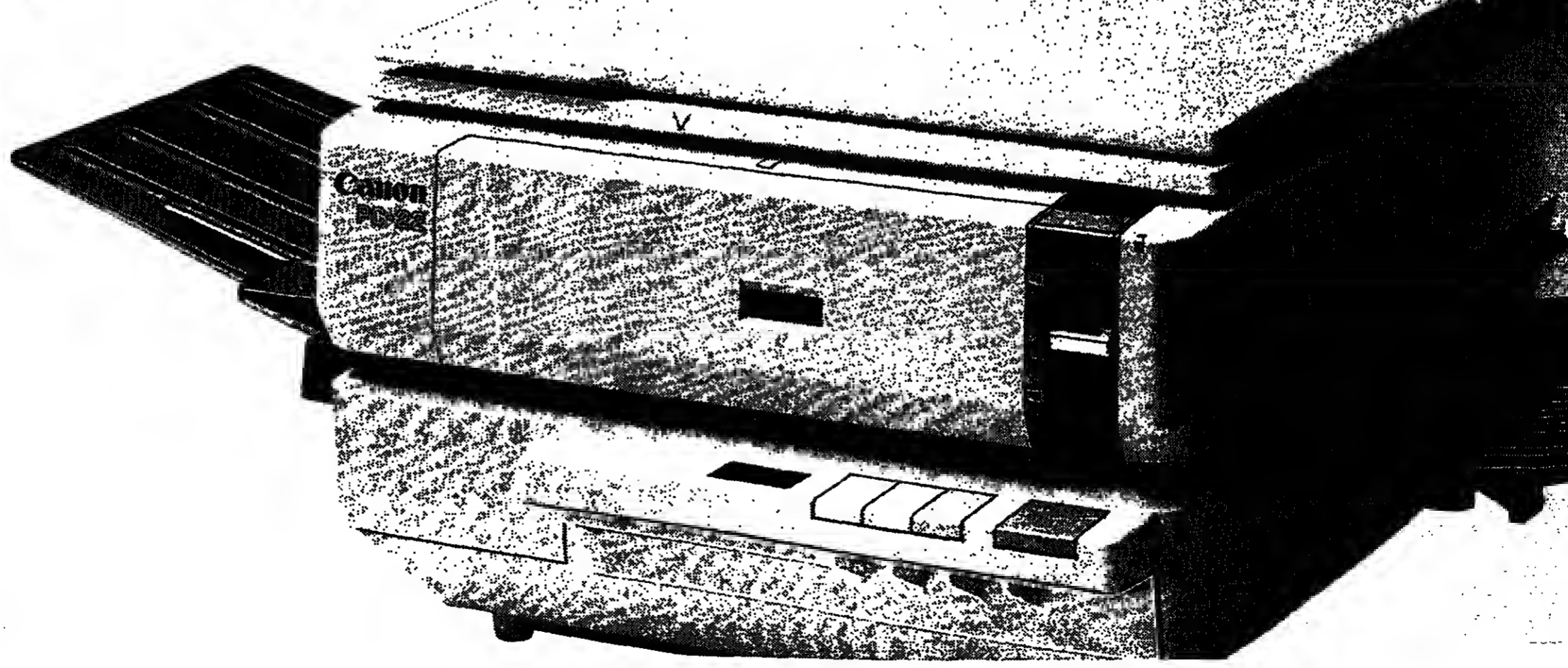
Canon PC 12. Der neue Kleine von Canon im schwarzen Design. Kopiert Formate von der Visitenkarte bis zum DIN A4-Blatt. **PC-12**

Canon PC 22. Vorwahlrichtung bis 19 Mehrfachkopien. Papierzufuhr sowohl manuell als auch über DIN A4- oder DIN B5-Kassette möglich. **PC-22**

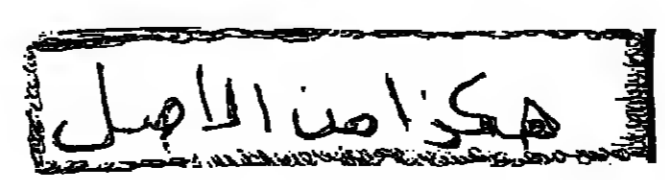
Diese Technik ermöglicht es außerdem, in Rot, Grün, Braun, Blau, Hellblau oder Schwarz zu kopieren, fein sauber auf Normalpapier.

NEU

NEU



Eingetragen bei: Canon Copiers GmbH, Hellerbergstr. 2-4, 4000 Neuss
Name _____
Firma _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Tel. _____



D-Mark im Blickfeld

od. - Verstimmt sind die Propheten, die noch vor zweieinhalb Monaten von einem Wiederanstieg des Dollarkurses überzeugt waren, weil sie den Zentralbanken Kurzatmigkeit bei ihren Interventionen unterstellten und auch einfach nicht glauben wollten, daß Interventionen „gegen den Markt“ auf längere Zeit erfolgreich sein könnten.

Inzwischen ist der Dollarkurs unter 2,50 Mark gesunken - gestern nach Notierung des amtlichen Kurses. Und das ohne Interventionen. Ob nun das Gerücht über einen Aufwertungs-Nachholbedarf der Mark gegenüber dem Dollar oder die Spekulation auf sinkende US-Zinsen den Dollar gerade gegenüber der Mark unter Druck gesetzt haben, mag einmal dahingestellt bleiben. Tatsache ist jedenfalls, daß sich der Markt in der Einschätzung des Dollars in den beiden letzten Monaten völlig gedreht hat.

Damit ist zugleich die Mark als nach dem Dollar wichtigste Handels-, Anlage- und Reservewährung ins Rampenlicht gerückt. Sie zeigt Muskeln auch im Europäischen Währungssystem (EWS), wo sie sich, solange der Dollar der große Star war, als Schwächling präsentierte. Jetzt beginnen sogar schon erste Spekulationen auf eine Aufwertung der Mark im EWS. Derlei Spekulationen eilen den Realitäten sicherlich weit voraus. Noch

sind die Währungen Frankreichs, Belgiens und Italiens, die traditionellen EWS-Schwachwährungen, weit von den unteren Interventionspunkten entfernt, wenngleich nicht ohne Nachhilfe der Zentralbanken. Doch eine Neuordnung der EWS-Paritäten ist beim Dollarkurs von unter 2,50 nicht mehr so weit entfernt wie bei 2,90.

Bereinigung

Die Möbelbranche hat es nicht leicht. Sie gehört zu den ersten, die die Folgen sinkender Reallohnverhältnisse verspürten, denn der Kauf neuer Möbel läßt sich nun eben eher auszuschieben als der eines neuen Autos. Und von der allmählich einsetzenden Konjunkturbesserung verspürt die gebaute Branche bisher auch noch nicht viel. Nach wie vor verabschiedet sich Monat für Monat rund 200 Möbelhändler vom Markt, eine sehr radikale Bereinigung eines überbesetzten Marktes. Einiges deutet jedoch darauf hin, daß diese Phase beendet ist. Den dann übriggebliebenen hat sie auf jeden Fall größere Chancen eingeräumt. Das ist der ein Lichtblick, ein zweiter ist zweifellos der neue Trend zurück zu solide gebauten und zeitlos eleganten Möbeln. Die Ära der billigen Wegwerfmöbel läuft aus, zum Nachteil für die bisher oft zu Dumpingpreisen angebotenen Produkte östlicher Herkunft. Den heimischen Herstellern von Qualitätsmöbeln dürfte es zum Vorteil gereichen.

ARBEITSMARKT / Chemieverband: Aufschwung zu Neueinstellungen nutzen

In manchen Regionen und Berufen sind Verknappungen festzustellen

Der Arbeitsmarkt wird auch 1986 differenziert bleiben. Allerdings schlagen sich die positiven Tendenzen zunehmend auch in den Arbeitslosenzahlen nieder, schreibt der Bundesarbeitsgeberverband Chemie (BAVC) in seinem „Informationsbrief für Führungskräfte“. In manchen Regionen und einigen Berufen seien bereits wieder Verknappungen zu beobachten.

HEINZ HECK, Bonn

So sei in großen Teilen von Baden-Württemberg praktischer Vollbeschäftigung erreicht. Facharbeiter seien dort nicht zu bekommen. Bundesweit seien Elektroingenieure inzwischen ebenso zur „Masseware“ geworden wie zum Beispiel Chemikanten. Für andere Berufe und vor allem für Ungeräte seien die Aussichten dagegen sehr viel schlechter.

Die große Zahl der neu auf den Arbeitsmarkt drängenden Jugendlichen sowie immer mehr Neuanstellungen bei den Arbeitsämtern von Frauen, die wieder eine Arbeitsplatzchance - vor allem bei Teilzeitarbeit - sehen, überdeckten hingegen die positive Tendenz in der Arbeitslosenrate.

Um den derzeitigen Aufschwung noch stärker als bisher zur Verbesserung der Beschäftigungslage zu nutzen, appelliert der Vorstand des Verbandes an die rund 1700 Chemieunternehmen:

- alle Fälle regelmäßiger Mehrarbeit darauf zu prüfen, ob statt dessen Neueinstellungen in Betracht kommen;
- die Möglichkeiten des Beschäftigungsförderungsgesetzes zum Abschluß bestmöglicher Arbeitsverhältnisse vor allem dort zu nutzen, wo noch

nicht feststehe, ob ein Arbeitsplatz dauerhaft besetzt werden kann;

- nach Möglichkeit Teilzeitarbeitsplätze verstärkt anzubieten, da dies den Wünschen vieler Arbeitnehmer und Arbeitsplatzsuchender entgegenkomme und
- in der betrieblichen Personalpolitik, in erster Linie bei Einstellungen, auch die zukünftigen Entwicklungen des Arbeitsmarktes zu berücksichtigen.

Mach Meinung des Verbands zeichnet sich bereits deutlich ein Mangel an Nachwuchsfachkräften ab.

Die Chemie habe sich in den Jahren des Beschäftigungsabbaus als „relativ beschäftigungsstabil“ erwiesen. Auch Mehrarbeit (Überstunden) sei weitgehend abgebaut worden. Ihre steigenden Investitionen schlugen positiv in der Beschäftigung der Investitionsgüterindustrie zu Buche.

Nicht nur aus den Lehrkräftezahlen, sondern auch der Gesamtzahl der Chemiebeschäftigten ergebe sich, daß sich seit einiger Zeit, der Wind gedreht habe. Nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes seien im Durchschnitt der Monate Januar bis September in der chemischen Industrie mehr als 555 000 Mitarbeiter be-

schäftigt gewesen. Das sind 1,1 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Für den Verband bringt diese Durchschnittsbetrachtung die Beschäftigungsdynamik allerdings nur unzureichend zum Ausdruck. Allein in den letzten zwölf Monaten habe sich die Zahl der Chemiebeschäftigten um rund 10 000 erhöht. Im September wurde wieder ein Beschäftigungsanstieg erreicht, wie man ihn zuletzt im Herbst 1981 vor dem Abstieg in die Rezession verzeichnet hatte (Durchschnitt der Chemiebeschäftigten im dritten Quartal 1985: 562 416 oder knapp 10 000 mehr als im zweiten Quartal 1985).

Einer Quartalsanalyse zufolge sei das erste Beschäftigungsplus - je April im Vorjahresvergleich - im April 1984 registriert worden. Seit dem zweiten Quartal 1984 übertrafe der Beschäftigungsanstieg mit tendenziell steigendem Abstand sein entsprechendes Vorjahresniveau.

1985 hat die chemische Industrie die Zahl der Ausbildungsplätze erneut um 3,2 Prozent auf über 12 000 erhöht. Damit ist die Gesamtzahl der Lehrlinge auf den bisherigen Rekordstand von rund 34 500 gestiegen. Das sind über 2,2 Prozent mehr als drei Jahre zuvor. Der Anteil der Lehrlinge an den Beschäftigten der Lehrbetriebe betrage nunmehr 4,4 Prozent. Seit Jahren gehen die Ausbildungsstellen der Chemieunternehmen über den eigenen Bedarf hinaus.

ROHSTOFFE

Notstandssitzung des Zinnrates

Der Internationale Zinnrat hat am Montag in London in einer Notstandssitzung den vergeblichen Versuch unternommen, die seit sechs Wochen andauernde Zinnkrise zu lösen. Er hat sich auf heute vertagt. Bisher zeichnet sich nicht ab, wie das Milliarden-Problem einer Abwicklung riesiger Kaufverpflichtungen des Zinnrates an der Londoner Metallbörse (LME) sowie der Tilgung offener Kreditlinien bei den Banken gelöst werden kann.

Die 22 im Zinnrat vertretenen Produzenten- und Verbraucherländer haben sich bisher geweigert, ein Angebot einer Bankengruppe für einen Gesamtkredit von 900 Millionen Pfund (3,36 Mrd. DM) anzunehmen, da die Institute aus Risikogründen hohe Zinsen und staatliche Kreditbürgschaften verlangen. Auch die EG-Länder konnten sich nicht auf eine Krisenformel einigen. Es waren nämlich lediglich Großbritannien und Italien bereit, ihre Eigenanteile bei der Abwicklung der Kredit- und Kaufverpflichtungen des Zinnrats zu tragen.

Möglicherweise werden die EG-Länder in London eine Formel vorschlagen, die allen Beteiligten anteilmäßige Kosten auferlegen würde. Der Zinnhandel ist am 24. Oktober ausgesetzt worden. Die LME bleibt vorerst bis zum 6. Dezember geschlossen. Dies gibt den Unternehmern in London zunächst weitere fünf Tage Zeit, um einen Ausweg aus der schwersten Rohstoffkrise seit vielen Jahren zu finden.

BÖRSE SINGAPUR

Panik nach Firmen-Pleite

Einige hundert Aktienbesitzer haben nach Angaben von Hühnlein am Montag ihre Broker beziehungsweise bei der Börsenleitung in Singapur und Kuala Lumpur angeufen, um ihre Anteile zu verkaufen. Ausgelöst wurde dies von der Entscheidung der Börsenleitung in Singapur und Malaysia, die Aktienmärkte zu schließen, um panikartige Verkäufe nach dem Zusammenbruch der Schiff-Hotel- und Immobiliengruppe Pan-Electric mit Schulden von voraussichtlich mehr als 440 Mill. DM zu verhindern.

Nach Angaben aus Bankenkreisen in Singapur, dem drittgrößten Börsenplatz Asiens, hat die Bankenvereinigung eine Krisensitzung anberaumt. Die Gläubigerbanken von Pan-Electric unter Führung von Standard Chartered Bank wollten keinen Kommentar zur Lage abgeben.

Sie wollen sich vor allem nicht dazu äußern, ob Schritte zur Rettung von Pan-Electric ergriffen werden, die über zahlreiche Beteiligungen an anderen Unternehmen verfügt. Der Vorsitzende der Börse in Singapur, Ong Tjin, betonte, die Märkte seien geschlossen worden, um eine Abkühlung zu erreichen. Marktteilnehmer weisen allerdings darauf hin, daß diese plötzliche Suspendierung des Handels einen schweren Rückschlag für das Ansehen Singapurs als Finanzplatz haben könnte.

Auch die neuesten Wirtschaftszahlen haben die Börse erschüttert. Denn im dritten Quartal ist die Wirtschaft um 3,5 Prozent geschrumpft.

Verzögerter Dollar-Effekt

Von HORST-A. SIEBERT, Washington

Auf den ersten Blick erwecken die jüngsten amerikanischen Außenhandelsstatistiken den Eindruck, die Abwertung des Dollar um rund ein Fünftel seit Ende Februar verändere bereits die Warenströme von und in die USA. Immerhin meldete das Department of Commerce in Washington für Oktober einen überaus scharfen Rückgang des Passivsaldo in der Handelsbilanz, und zwar um 4,1 auf 11,5 Mrd. Dollar gegenüber dem Vormonat. Aber so schnell beeinflussen die Wechselkurse das Preisgefüge leider nicht; überdies sind die häufig langen Lieferzeiten zu berücksichtigen.

Die Hoffnung auf eine schnelle Wende in Amerikas Gütertausch mit dem Ausland, die den handelspolitischen Protektionismus im Kongreß stoppen könnte, ist auch deshalb verfrüht, weil sich das im September mit 15,5 Mrd. Dollar ausgewiesene monatliche Rekorddefizit bei genauem Hinsehen als überzogen entpuppt. Das Minus war aufgebildet worden, weil die US-Zollbehörden in ihren Computerzentren im Juli und August nicht mit der Flut der Handelsdaten Schritt halten konnten. Die Folge: Die extrem niedrigen Sommerdefizite wurden nach oben, das September-Ergebnis nach unten - 12,8 Mrd. Dollar - revidiert.

Folgt man den korrigierten Statistiken, dann bewegt sich der Gütertausch Amerikas mit dem Ausland weiterhin auf dem Niveau der vorausgegangenen Monate. Gegen schon jetzt durchschlagende Preisfekte sprechen zudem einzelne Bewegungen in der US-Handelsbilanz. So ist die Abnahme der Importe im Oktober um 13,4 Prozent auf 23,8 Mrd. Dollar in der Hauptsache mit stark gebremsten Autoliefern zu erklären. Gegenüber September schrumpften sie um 30,4 Prozent, wobei die Japaner ihre Ausfuhren sogar um 44,3 Prozent auf 1,1 Mrd. Dollar reduzierten.

Solche Verzerrungen sind üblich; schon in diesem Monat kann es genau andersherum aussehen, da die ausländischen Hersteller daran interessiert sein müssen, die hohen Gewinnspannen des immer noch überbewerteten Dollars auszunutzen.

Hinzu kommt, daß sich die amerikanischen Stahlimporte im Oktober beinahe schlagartig verringert ha-

ben - um 48,7 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Dadurch sank der Anteil des Auslandsstahls am US-Verbrauch auf 17,3 Prozent. Das von der Reagan-Administration angestrebte Ziel von 18,5 Prozent (ohne Halbzug) ist damit zum erstenmal seit langer Zeit unterschritten worden. Bislang hielten die Ausländer rund ein Viertel des amerikanischen Marktes. Der Rutsch geht vor allem auf das Konto der EG, deren Lieferungen um 60,6 Prozent schrumpften.

Abgesehen davon, daß sich Amerikas Importe bei einer stärkeren Beschleunigung der Konjunktur sogar noch vergrößern könnten, sind auf der Exportseite kaum Anzeichen für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der US-Firmen auf dem Weltmarkt festzustellen. Darauf hat jetzt auch Handelsminister Malcolm Baldrige noch einmal hingewiesen. Seine Besorgnis läßt sich daran ablesen, daß im Oktober die US-Ausfuhren um 2,1 Prozent auf 17,4 Mrd. Dollar sanken. Während die Vereinigten Staaten im Ausland Agrarprodukte für 2,3 Mrd. Dollar (plus 5,1 Prozent) absetzten, sackte der Verkauf verarbeiteter Güter um nahezu drei Prozent auf 11,8 Mrd. Dollar. Insgesamt lagen die US-Exporte um 500 Mill. Dollar unter dem in den ersten zehn Monaten erreichten Schnitt, was den anhaltend negativen Trend unterstreicht.

Bisher jedenfalls ist in den USA noch keine grundlegende Anpassung der Handelsparität an die neue Dollar-Parität auszumachen. Dieser Prozeß wird noch mehrere Monate in Anspruch nehmen. Nach allgemeinem Verständnis ist erst im Frühjahr mit unmittelbaren Auswirkungen auf die Handelsbilanz zu rechnen. Bis dahin müssen die Freihändler im Kongreß die Nerven behalten. Ein neuer Rekord steht derweil ins Haus: Von Januar bis Oktober stieg das US-Handelsdefizit auf 118,1 Mrd. Dollar. Bis Ende Dezember kann es 150 Mrd. Dollar erreichen - nach 123,3 Mrd. Dollar im Vorjahr.

Worauf die Zahlen hindeuten, ist ein 1986 ganz langsam sinkendes US-Handelsdefizit. Ein Fortschritt wäre es aber schon, wenn sich der Passivsaldo auf 140 Mrd. Dollar verringerte. Dann nämlich würde Amerikas Bruttozollprodukt bereits um etwa ein Prozent schneller wachsen.

AUF EIN WORT



Die Ideen und die schöpferische Tatkraft, die Risikobereitschaft und das Gewinnstreben des Unternehmers müssen auch in den Entwicklungsländern stärker zum Motor des Wirtschaftswachstums werden.

Dr. Manfred Lohmann, Geschäftsführer der Deutschen Finanziersgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH (DFG).
FOTO: JUPP OARCHINGER

„Kohlepfennig“ wird gesenkt

Die Ausgleichsabgabe nach dem Dritten Verunstaltungsgesetz - der sogenannte Kohlepfennig - wird nach einer Verordnung des Bundeswirtschaftsministeriums mit Wirkung vom 1. Januar 1986 im Bundesdurchschnitt von 3,5 auf 3,3 Prozent gesenkt. Wie das Ministerium mitteilt, wird die Absenkung des Kohlepfennigs tendenziell zu einer Verbilligung des Strompreises führen. Mit 3,8 und 3,7 Prozent sind die Aufschläge auf den Strompreis im Saarland und in Nordrhein-Westfalen am höchsten. Mit dem Aufkommen aus der Abgabe wird die Verstromung der heimischen Steinkohle unterstützt.

NEUE TECHNIKEN

Wirtschaftsrat lehnt alle Pläne zur Mitbestimmung ab

Auch der Wirtschaftsrat der CDU äußert Bedenken an der von einigen Landesregierungen geforderten Bildung von Großkonzernen. Ihr Bundesgeschäftsführer, Rüdiger von Voss, wollte aber gestern auf einer Pressekonferenz die am Wochenende vom wirtschaftspolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Otto Graf Lambsdorff, an den Regierungschefs Baden-Württembergs und Bayerns, Lothar Späth und Franz Josef Strauß, geübte Kritik nicht teilen.

Er äußerte zwar „Verständnis“ für Lambsdorffs Kritik und meinte, es mache keinen Sinn, daß sich in den Ländern in der Wirtschaftspolitik „Duodez-Grüben“ entwickelten. Jedoch erste bei solchen Zusammenhängen nicht selten auch um die Reaktion des betreffenden Landes auf internationale Entwicklungen.

Zusammenschlüsse von Großunternehmen rufen zwar immer Skepsis hervor. Doch warnte von Voss vor globalen Verzerrungen: Bei Umstrukturierungen sei immer in einzelnen zu prüfen, was da vorgehe. Auf keinen Fall sollten allerdings neue „Leimrouten“ für Subventionstatbestände geschaffen werden.

Von Voss berichtete über ein Symposium des Wirtschaftsrats zum Thema „Neue Technologien und Arbeitsplätze“. In den acht Thesen des Wirtschaftsrates werden unter anderem alle Pläne zur Mitbestimmung in dieser Frage abgelehnt: „Die gezielte Verlangsamung des technischen Fortschritts (soziale Kontrolle) ist unsozial. Sie weckt Illusionen über den Fortbestand verlustbringender Arbeitsplätze und verhindert rechtzeitig Umstellungen.“

OECD-STUDIE

EG-Stahlindustrie verliert zunehmend Marktanteile

Die Eisen- und Stahlindustrie der EG wird auf den Weltmärkten immer mehr in die Zange genommen. Einerseits erhöhen die Entwicklungsländer und die nicht zur EG gehörenden europäischen Länder ihren Stahlexport, andererseits haben die USA ihre Stahlimporte eingeschränkt. Bereits in den Jahren 1981 bis 1983 stellte die EG nur noch durchschnittlich 28 Prozent der Weltstahlexporte gegenüber 57 Prozent Anfang der sechziger Jahre. Dies ergibt sich aus einer vom Stahlausschuß der OECD veröffentlichten Außenhandelsanalyse.

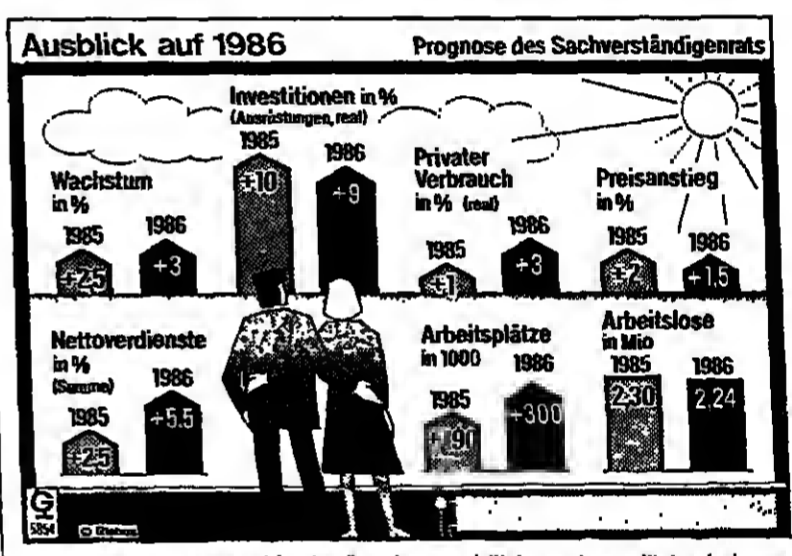
Seit Anfang der siebziger Jahre haben danach die Entwicklungsländer den größten Teil des Zuwachses im Weltstahlmarkt bestritten. Die traditionellen Stahlproduzentenländer dagegen mußten ihre Erzeugung einschränken. Gegenwärtig beträgt ihr

Exportanteil weniger als 25 Prozent der Produktion. Andererseits gingen die europäischen Importe von japanischem Stahl stark zurück.

Verhältnismäßig gut behaupten konnten sich die Nicht-EG-Länder Westeuropas. Auf verschiedenen Märkten, vor allem in Afrika und im Mittleren Osten, gelang ihnen eine Ausweitung ihrer Marktanteile - und zwar ausschließlich zu Lasten der EG-Exporteure, wie die OECD feststellt. Insgesamt exportiert diese Ländergruppe inzwischen halb soviel Stahl wie die gesamten EG-Länder zusammengekommen. Am Weltstahlmarkt beteiligt gegenüber erst 9,5 Prozent Anfang der sechziger Jahre.

Global ist das Bild weniger düster. Denn der Stahlmarkt hat sich in den letzten 25 Jahren weltweit wesentlich stärker erhöht als die Weltstahlproduktion.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Das konjunkturelle Bild in der Bundesrepublik ist so freundlich wie lange nicht mehr. Das geht aus dem jüngsten Gutachten des Sachverständigenrats hervor. Neben den Exporten sind die Ausstattungsinvestitionen zur entscheidenden Antriebskraft geworden. Sie nehmen in diesem Jahr preisbereinigt um zehn Prozent und 1986 voraussichtlich noch einmal um neun Prozent zu.

VW gebigt

Optionsanleihe

Hannover (dos.) - Die Volkswagen AG, Wolfsburg, wird über ihre Tochtergesellschaft Volkswagen International Finance NV, Amsterdam, eine 250-Mill.-DM-Optionsanleihe im Euromarkt begeben. Die Anleihe wird über ein internationales Bankenkonsortium unter Führung der Deutsche Bank AG an den Markt gebracht und von VW garantiert. Sie ist mit einem Kupon von drei Prozent ausgestattet. Kupontermin ist jeweils der 9. Januar. Die Anleihe hat eine Laufzeit von zehn Jahren und wird zum einen Verkaufskurs von 100 Prozent angeboten. Jeder Teilschuldverschreibung im Nennwert von 1000 DM sind Optionscheine beigelegt, die den Inhaber dazu berechtigen, insgesamt drei Aktien der Volkswagen AG im Nennbetrag von 50 DM zum Preis von 407 DM zu beziehen. Dies entspricht dem aktuellen Börsenkurs. Die Einführung der Anleihe an der Frankfurter Wertpapierbörse werde beantragt.

zeland bringen. „Das von Teilen der Kreditwirtschaft propagierte Geldkartensystem“ werde von der BAG abgelehnt, „wenn und solange dem Einzelhandel hierfür Gebühren berechnet werden sollen“, heißt es in der Erklärung der BAG.

Gesetzesentwurf angekündigt

Bonn (VWD) - Der Regierungsentwurf eines zweiten Gesetzes zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität soll noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden. Das hat jetzt Bundesjustizminister Engelhard angekündigt. Der ermittelte Gesamtschaden der Wirtschaftskriminalität erreichte nach seinen Worten im vergangenen Jahr 5,7 Mrd. DM und ist damit gegenüber 1983 um 17 Prozent zurückgegangen. Von den Staatsanwälten seien 1984 3521 Ermittlungsverfahren abgeschlossen worden. Der angekündigte Gesetzesentwurf werde auch wirksame Maßnahmen gegen die Computerkriminalität enthalten.

Airbus-Vertrag

Paris (dpa/VWD) - Die australische Fluggesellschaft Ansett hat gestern mit Airbus Industrie einen Kaufvertrag über acht Airbusse vom Typ A 320 Skytrax unterzeichnet. Die acht Maschinen sollen Ende 1988 übergeben werden. Außerdem bestätigte Ansett die Absicht, neun weitere A 320 zu kaufen. Ansett ist nach den Worten des Airbus-Verkaufsbeauftragten Hugh Tansley der erste australische Kunde für den A 320. Inzwischen lägen für 250 Flugzeugverträge, Optionen und Absichtserklärungen vor.

BfH-Urteil

München (dpa/VWD) - Wer gemeinsam mit anderen ein Privatgrundstück erbt und seine Miterben auszahlt, kann künftig Kreditzinsen als Werbungskosten vom steuerlichen Einkommen abziehen. Dieses Urteil (AZ: IX R 39/81) hat der Bundesfinanzhof (BFH) gestern veröffentlicht. Das gelte unabhängig davon, ob und in welcher Höhe die Abfindungszahlungen an Miterben für die Steuer als Anschaffungskosten gelten. Außerdem hat der BFH entschieden (AZ: IX R 49/83), daß Abfindungszahlungen für den auszahlenden Erben eigene Anschaffungskosten in der Höhe sind, in der Vermögenswerte über seinen Erbteil hinaus einsetzen muß, um Eigentümer des Grundstücks zu werden.

HANDEL

Serie von Prozessen gegen die Metro beginnt in Köln

Der Einzelhandel klagt gegen Metro. In einer Serie von Prozessen, deren erster heute vor dem Landgericht Köln beginnt, muß sich das Selbstbedienungs-Großhandelsunternehmen gegen den Vorwurf verteidigen, in großem Umfang Einzelhandel zu betreiben. Kläger ist die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) in Köln, die den Branchenführer im SB-Großhandel beschuldigt, gegen das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb sowie gegen andere im Einzelhandel geltende Rechtsvorschriften wie Preisangabenverordnung und Ladenschlußgesetz zu verstoßen.

nach Informationen aus Handelskreisen HDE-Testkäufern ständig und ohne besondere Schwierigkeiten gehen sein, Waren für ihren eigenen Privatbedarf bei der Metro zu kaufen.

Die Testkäufer hatten Metro-Ausweise bei sich, die nicht auf sie ausgestellt waren und in denen sie auch nicht als Kaufberechtigte ausgewiesen waren. So soll in Köln ein HDE-Mann mit einem auf ein Sicherheitsbüro ausgestellten Ausweis unter anderem einen Damengürtel und Schuhröhre erstanden haben.

In Einzelhandelskreisen wird behauptet, daß die Metro etwa 40 Prozent ihres Umsatzes durch Verkäufe an private Endverbraucher macht - und damit in Konkurrenz zu den vielen kleinen Einzelhändlern tritt, die die Masse der Metro-Kunden ausmachen.

ARBEITZEITVERKÜRZUNG / Die Entwicklung steht vorerst noch am Anfang

Flexibilität - Fetisch oder Forderung?

Eine weitere Verkürzung und Flexibilisierung der Arbeitszeit bleibt das zentrale Thema in den Tarifauseinandersetzungen der nächsten Jahre. Auf einem personalpolitischen Kongreß der Conselecta Unternehmensberatung GmbH in Hamburg unter dem Motto „Flexibilität - Fetisch oder Forderung?“ haben sowohl Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber bestätigt, daß die 38,5-Stunden-Woche nicht das Ende der Entwicklung sein wird. Diskussionsgegenstand bleibt die Form der Durchführung.

Für die Gewerkschaften, so erklärte der stellvertretende IG-Metall-Vorstandsvorsitzende, Franz Steinkühler, stelle sich die 30-Stunden-Woche und die sechs-Stunden-Schicht - „selbstverständlich bei vollem Lohnausgleich“ - als eine reale Perspektive für dieses Jahrhundert dar. Als Ergänzung müßten die Arbeitszeiten

weiter flexibilisiert werden. Steinkühler nannte drei Punkte: Regelmäßige Wahlmöglichkeiten des Arbeitnehmers oder von Gruppen von Arbeitnehmern oder des ganzen Betriebs über Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit, Wahlmöglichkeiten über bestimmte Formen der Verkürzung und den gleichzeitigen Übergang in den Ruhestand.

Generell waren sich Vertreter von Gewerkschaften und Arbeitnehmern einig, daß der Kampf um die volle Zeitsouveränität der Mitarbeiter erst am Anfang stehe. Schon in der nächsten Tarifrunde würde die Ausweitung des vertraglich eingeräumten zwei-Monats-Rahmens zum Ausgleich eines 38,5-Stunden-Wochen-Durchschnitts zur Diskussion stehen. Dahinter ist nach Meinung der Praktiker die Entwicklung von Jahreszeitverträgen erkennbar: Ein Abkommen, mit dem der einzelne entscheiden kann, ob er sich für ein volles

Arbeitsjahr oder nur zu dessen Hälfte, zu 70 oder 80 Prozent binden will.

Zum erstmalig ist auf dem Kongreß in Hamburg offiziell von allen Seiten bestätigt worden, daß durch die Einrichtung neuer Schichtsysteme zur Realisierung der verkürzten Wochenarbeitszeit sowohl Neueinstellungen als auch Kostensparungen erreicht werden seien. Nach Angaben des Personalvorstands der Daimler Benz AG, Manfred Gentz, hat der Tarifvertrag Möglichkeiten aufgezeigt, durch das Abkoppeln der Arbeitszeit von der Betriebszeit den Maschinenpark besser auszulasten und dadurch Überzeiten einzusparen.

Bei anhaltender Arbeitslosigkeit werde man vor dem Hintergrund der Flexibilisierung über eine weitere Verkürzung der Arbeitszeitdauer nachdenken müssen. Um dabei zu optimalen Ergebnissen zu kommen, sei ein echtes Arbeitszeitmanagement erforderlich.

Werben um Vertrauen

Das Bild der Banken in der öffentlichen Meinung ist mit einem deutlichen Negativ-Image behaftet. Die in Mode gekommenen Erhebungen, teils von der Kreditwirtschaft selbst in Auftrag gegeben, teils von neutralen Öffentlichkeitsforschern initiiert, weisen auf die gleiche Spur: Große Teile der Bevölkerung nehmen Anstoß an der vermuteten Einflußnahme von Banken auf die Geschichte einer wachsenden Zahl von Unternehmen. Die weitgehend anonyme Machtausübung über direkte und indirekte Beteiligungen wird beklagt, eine nicht kontrollierbare Allianz des Geldes befürchtet.

Das Gewerbe hat in der Vergangenheit wenig getan, sein Erscheinungsbild publikumswirksam zu verbessern. Diese Versäumnisse schlagen sich in der Wertschätzungs-Skala nieder, wenn das Ansehen der in der Wirtschaft tätigen

Branchen hinterfragt wird: Von Beliebtheit keine Spur, die Banken sind weit unten am Ende angesiedelt. Zwar müssen derlei Umfragen nicht überbewertet werden. Zum Nachdenken indes geben sie alle Anlaß. Inzwischen haben die Institute, allen voran die großen, reagiert. Mit beachtlichem finanziellen Einsatz geht die Kreditwirtschaft daran, das lange Zeit vernachlässigte Feld der Werbung zu bestellen. Beim Werben um Sympathie und Vertrauen entwickelt die Kreditwirtschaft eine bemerkenswerte Kreativität. Das gilt für die Image-Kampagne der Hypothekenbanken ebenso wie für die Deutsche Bank, die sich die Rechte an Boris Becker gesichert hat. Mit ihrer norddeutschen Art weiß auch die Landesbank in Hannover Aufmerksamkeit zu erwecken und ihr Image aufzulockern.

Daß neben dieser Art der „klassischen“ Werbung andere Maßnahmen fortgeschrieben werden, die in die gleiche Richtung zielen, versteht sich nahezu von selbst. Die Förderung von Kunst und Wissenschaft sind Beispiele dafür.

BANKENWERBUNG / Defizite im Image-Bereich sollen aufgearbeitet werden

Das Geld verliert an Bedeutung

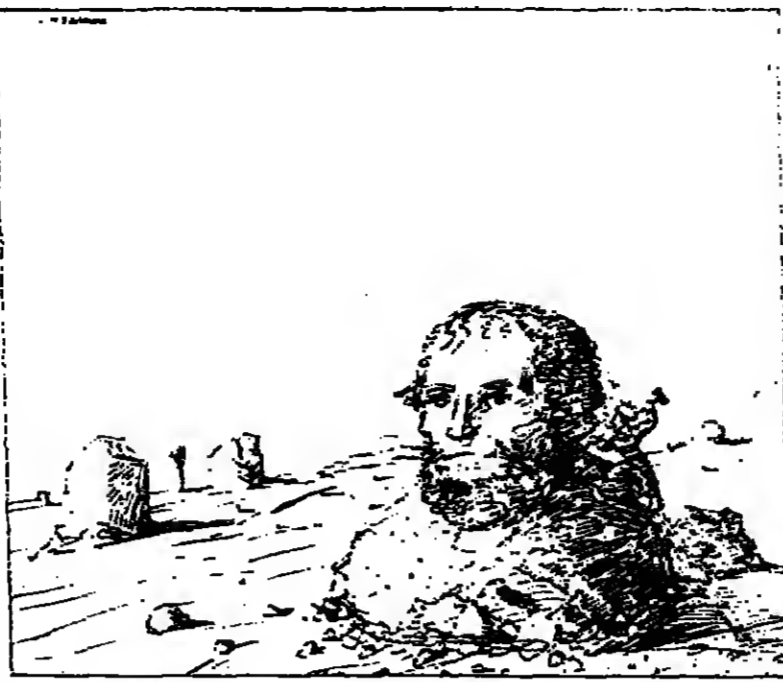
DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Vor allem geht es um das Image. Defizite im Image-Bereich abzubauen. Detlef Marquardt, bei der Norddeutschen Landesbank in Hannover zuständig für Kommunikation und Marketing, macht in dieser Hinsicht bereits erste Erfolge aus. Seit einem Jahr fährt die Bank ihre neue Werbemaße. Die Resonanz auf die Anzeigenreihe ist durchweg erfreulich und hat dazu geführt, die Kampagne um ein weiteres Jahr zu verlängern.

Natürlich, so räumt Marquardt ein, steht auch dabei zumindest hintergründig der Zugang von Marktanteilen im Blickfeld. Ohne Frage aber, und das geht beileibe nicht nur für das eigene Institut, zielt die Bankenwerbung immer stärker auf gesellschaftliche Entwicklungen ab. Die Ausrichtung auf das „Produkt“ Geld, früher bestimmendes Element in den Anzeigen der Kreditwirtschaft, verliert an Bedeutung.

Die Gründe für die Neuordnung der Werbestrategien bei den Banken sind vielfältig. Marquardt weist darauf hin, daß noch in den 60er Jahren das Anzeigengeschäft vor allem bei den Großbanken nahezu bedeutungslos war, weil die Unterscheidung gegenüber der Konkurrenz eigentlich nur über die Konditionen stattfand. Für die NordLB ging es zunächst darum, den Bekanntheitsgrad in der Öffentlichkeit zu fördern und die Leistungspalette vorzustellen. Diese Ziele seien hinreichend realisiert. Die inzwischen angelaufene „dritte Phase“ beinhaltet den Differenzierungs-Gedanken, das Deutlichmachen der „inhaltlichen Alleinstellung“.

Die Resonanz auf die Anzeigenreihe der NordLB scheint zu beweisen, daß das Institut in Sachen Image-



DIE NORDDEUTSCHE ART, SICHERE WERTE ZU SCHAFFEN.

Werbung auf einem guten Weg ist, wenngleich gerade dieser Wert nur schwer meßbar ist. Jüngst ausgewertete Umfragen bescheinigen der Kampagne (Agentur Grey, Düsseldorf) einen hohen Aufmerksamkeitswert. Mit wechselnden Illustrationen und dem immer wiederkehrenden Slogan „Die norddeutsche Art...“ macht die NordLB auf sich aufmerksam, werden Geschäftspartner und potentielle Kunden umworben.

So symbolisiert der Kreis zeichnende, schulmeisterliche Typ Präzision; die behäbigen Figuren auf dem Schachbrett stehen für Gelassenheit. „Norddeutsche Art“, so suggerieren es die NordLB-Werber auf durchaus sympathische Weise, beinhaltet die Eigenschaft, innovativ zu sein und „vor“ statt „nach“ zu denken. Bei alledem steht weniger das Produkt, sondern mehr die Identifikation mit der heimischen Region im Vordergrund. Die Kompetenz und Leistungskraft der Bank wird lediglich in einem Nebensatz angesprochen.

Nach den Worten Marquardts ist die werbliche Strategie der NordLB langfristig und auf Vertrauensgewinn angelegt. Nicht ohne Grund verfahren andere Banken ähnlich: Unter den Wirtschaftsbereichen, die in der Gunst der Bundesbürger am niedrigsten angesiedelt sind, steht das Bankgewerbe gemeinsam mit der Chemie am Ende der Beliebtheitskala.

Vor diesem Hintergrund erklären sich die hohen Aufwendungen. Insgesamt knapp 500 Millionen Mark investieren die Banken 1985 in die Werbung. Sie nehmen damit nach dem Einzelhandel (1,2 Milliarden Mark) und der Automobilindustrie (740 Millionen Mark) den dritten Rang ein. Davon entfallen auf die Landesbanken rund zwölf Millionen Mark.

Den hohen Anteil der NordLB (drei Millionen Mark) erklärt Marquardt so: „Wenn wir schon die Glocke läuten, dann muß sie so laut klingen, daß sie auch gehört wird.“

DIREKTWERBUNG

Endlich die richtigen Socken

VOLKER NICKEL, Düsseldorf
Wenn Peter Weissbach, Inhaber der Weissbach Strumpfweberei GmbH, heute am dritten und letzten Tag des Direktwerber-Kongresses in Düsseldorf an das Rednerpult tritt, wird er den mehreren hundert Fachleuten die Fallstudie seines Erfolges präsentieren. „Endlich die richtigen Socken – aber, nur per Post“, Weissbach meint, was nach Ansicht der Deutschen Bundespost und der meisten Kongreßteilnehmer in Düsseldorf zu wenig Marketingeurekt ist. Die Werbung, vom Briefträger ins Haus gebracht, bedeutet, Erfolg ohne Umwege. So auch das Dachthema der Düsseldorfer Diskussionsrunden, veranstaltet von der Branchenorganisation Deutscher Direktmarketing-Verband, Wiesbaden.

Zu verstehen braucht sich diese Kommunikationsform aber nicht: Rund fünf Milliarden Mark legte die Wirtschaft im vergangenen Jahr für das Werben per Post auf die Tische von Druckereien, Adressen-Anbietern und Versandunternehmen. Allein die Deutsche Bundespost kassierte 1984 fast 1,8 Milliarden Portogebühren für Werbefläche, Prospekte und Kataloge, die vom Briefträger gebracht werden – im letzten Jahr über zwei Milliarden Druckkosten und knapp 800 Millionen Wurfgebühren.

Das überraschende: Knapp ein Drittel der Werbestellung wird gar nicht für den privaten Briefkasten auf den Weg gebracht, sondern ist von der Industrie für die Industrie bestimmt. Fachleute schätzen, daß heute die Hälfte der Direktwerbung innerhalb der Wirtschaft versandt wird. Aber auch private Haushalte erhalten häufiger Post von der Wirtschaft, im Schnitt aber keine drei Sendungen pro Woche. Verstopfte Briefkästen sind nicht die Regel, sondern die Ausnahme. Da werden zum Beispiel Bücher, Kreditkarten, Sprachkurse, Textilien, Geschenkartikel, Schallplatten, Kosmetik-Produkte oder Schmuck ebenso werbend offeriert, wie Kredite, Sparanlagen oder Versi-

cherungen. Mit an der Spitze der Versender von Mailings stehen neben Versandhäusern insbesondere auch die Verlage, die auf diesem Weg Abonnenten werben.

Da kommen alle Beteiligten zufrieden mit der Direktwerbung sein, zumal bei den zehn vom Zentralrat der Werbewirtschaft (ZAW) erfaßten Werbetägern die Werbestellung mit einem Marktanteil von fast zwölf Prozent den dritten Rang einnimmt. Nach den dominierenden Tageszeitungen mit 40 Prozent am Werbelaufen und den Publikumszeitschriften mit einem Anteil von rund 18 Prozent. Für den Erfolg der Direktwerbung spricht außerdem die Tatsache, daß sich im letzten Jahrzehnt (1974-1984) die Menge der Postaufwendungen für Werbestellung verdoppelt und die Ausgaben für die Produktionskosten der versandten Werbemittel um zwei Drittel erhöht haben.

Doch laut Bundespostministerium entpuppte sich Direktwerbung bei genauerem Hinsehen als „verkannte Größe“. So heißt es zumindest in einer druckfrischen Studie der Postler über die Bedeutung der Direktwerbung in der deutschen Wirtschaft (Beilage: Januar 1985). Erschreckende Quersumme der Ergebnisse: Nur etwa jede neunte der rund 2,1 Millionen Firmen und Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland führen überhaupt kommunikative oder absatzfördernde Maßnahmen durch. Tröstlich für Verlage und Direktwerber ist zumindest, daß beide hoch im Kurs stehen, wenn sie als Werbeträger genutzt werden. Denn laut Poststudie geben 88 Prozent der befragten Unternehmen die Presse und an zweiter Stelle Direktwerbung (81 Prozent) als genutzte Methode der Marketingkommunikation an – Zahlen, die durch die Rangfolge der Werbeumsätze bei den Medien gestützt werden. Sagte ein Teilnehmer des heute zu Ende gehenden Kongresses in Düsseldorf: „Was der Direktwerbung fehlt ist noch mehr Werbung – und nicht nur auf leisen Socken!“

Saba legt beim BGH Revision ein

DW. Cella

Die Saba GmbH, Villingen-Schwenningen, ist vom Oberlandesgericht Celle in zweiter Instanz verurteilt worden, den Primus-SB-Verbrauchermarkt in Göttingen mit ihren vertriebsgebundenen Erzeugnissen der Unterhaltungselektronik zu beliefern. Wie das Unternehmen weiter mittelt, legt Saba gegen dies Urteil beim Bundesgerichtshof Revision ein. Der Primus-SB-Verbrauchermarkt erfülle nicht sämtliche Fachhandelsvoraussetzungen der Saba-EG-Vertriebsbindung, heißt es als Begründung. Saba dokumentiere damit erneut, daß es gewillt ist, „kompromisslos an seiner fachhandeltreuen Vertriebspolitik festhalten“, heißt es weiter.

Arbeitsbuch zum Marketing erweitert

DW. Bonn

An Studierende des Marketing, richtet sich das Arbeitsbuch zum Marketing von Professor Heribert Meffert, dem Direktor des Instituts für Marketing an der Universität Münster, das jetzt in dritter und erweiterter Auflage im Gabler Verlag, Wiesbaden, erschienen ist.

Es enthält Übungsaufgaben und kleine Fallstudien zur Lösung abstrakt-politischer Fragestellungen und soll zu einer aktiven Auseinandersetzung mit diesen Problemen anregen. Die Aufgaben selbst haben weniger den Charakter reiner Wissensfragen, sondern sie sind so angelegt, daß ihre Beantwortung selbständiges Mitdenken erfordert. Das 408 Seiten umfassende Buch kostet 36 DM.

MANNESMANN KIENZLE

10.000 x Kienzle-Informationssysteme

Zukunftssicherheit: Das überzeitliche Argument zum Besten für den Auftrag

Das 10.000-Informationssystem der Produktfamilie 9000 – eingesetzt bei der Glacier GmbH/DEVA Werke, einem international anerkannten Gleitwerkstoff-Spezialisten – bringt multifunktionale Informationsverarbeitung an Arbeitsplätze in Verwaltung, Rechnungswesen, Arbeitsvorbereitung und Fertigungssteuerung, Daten- und Textverarbeitung – auch Teletext – sind parallel oder gemischt anwendbar; mit dem Zweigwerk besteht ein On-line-Dialogverkehr. Zahlreiche Programm-Module sind im Einsatz oder werden sukzessive realisiert.

Entscheidend war vor allem die kapazitive Ausbaufähigkeit und flexible Integrierbarkeit von Hardware- und Software-Weiterentwicklungen. So kann auch dieser erfahrene Anwender sicher sein, daß jetzt und in Zukunft seine Probleme optimal gelöst werden.



Mannesmann Kienzle GmbH, Postfach 1640, 7730 Villingen-Schwenningen

Wir arbeiten an den Gräbern der Opfer von Krieg und Gewalt für den Frieden zwischen den Menschen für den Frieden zwischen den Völkern

VOLKS BUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜR SORGE
WERNER-HILPERT-STRASSE 2 3500 KASSEL POSTSHECKKONTO FRANKFURT/AM 4300-60 BLZ 50010060

Hotel Landhaus Höpen (EXKLUSIVE HOTEL)
Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten. Verkaufsgünstig im Dreieck Hamburg-Hannover-Bremen (je 45 Min.)
Seuen, wirinfor-mieren Sie gern.

Geben Sie bitte die Vorwahlnummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen

Die Wende hat den Trost verscheucht

Der matt gewordene Bizeps spannt sich wieder. Die Niedergangsstimmung in manchen Etagen wurde von der Konjunktur geheilt. Das Phänomen der „inneren Kündigung“ wurde zum Museumsstück menschlicher Verirrung. Es wird wieder kräftig in die Hände gespuht – und trefflich gestöhnt. Ein Zeichen des Aufschwungs: Denn nur Kämpfer stöhnen. Verlierer liegen dumpf am Boden!

Das sind einige Leitgedanken des verantwortlichen Redakteurs Hans Baumann für

Karriere '86

Diese jährliche große WELT-Dokumentation über Bildung – Beruf – Position erscheint am 5. Dezember 1985 zum 17. Mal.

- Aus dem Inhalt:
- Über den Wert der Bildung an sich
 - Arbeitslosigkeit – kein Problem der Statistik
 - Neue Dimensionen der betrieblichen Weiterbildung
 - Andert sich das Bild der Führungskraft der Zukunft?
 - Beim Berufsstart die Stellen- und Umfeldanalyse nicht vergessen
 - Berufschancen für Akademiker in der deutschen Versicherungswirtschaft
 - Die Bewerbung
 - Mitarbeiter-Beurteilung
 - Braucht die Handwerk-Ausbildung neue Perspektiven?
 - Seminare für arbeitslose Akademiker
 - „Traumberuf“ Medienfachmann
 - Die Gehälter der Top-Manager
 - Der Vorstandsassistent
 - QZ (Qualitätszirkel) – Synonym für Erfolg?
 - Ausbildung in der Logistik
 - Als Illustrator der Logik

Kaufen Sie sich die WELT mit dieser Dokumentation! Am Donnerstag, dem 5. Dezember.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer 1, Dr. Herbert Kremp	Zentralredaktion: 3300 Bonn 2, Godesburg Allee 66, Tel. 802 20 41, Telex 8 697 74, Fernsprextel. 802 20 37 45
Chefredakteur: Peter Göttsche und Manfred Scheel	1000 Berlin 81, Korfbahnstr. 36, Redaktion: Tel. 10 302 2 30 10, Telex 1 84 990, Anzeigen: Tel. 10 302 25 91, 26 3102, Telex 1 84 100
Stabschefredakteur: Dr. Günter Zehn	2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1, Tel. 0 40 24 71, Telex Redaktion und Ver- lag: 2 170 710, Anzeigen: Tel. 0 40 24 3 47 43 50, Telex 2 17 001 777
Mitglieder: Eine von Lotterwörtern	4000 Bonn 18, Im Teichweg 106, 106 0 20 24 11, 10 11, Anzeigen: Tel. 0 20 24 10 15 24, Telex 8 878 104 Fernsprextel. 0 20 24 11 8 27 28 und 8 27 28
Chief von Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Eberling, Jess-Martin Lohde Hans-Norbert Sillke, Hans-Joachim Vornemann	2000 Hannover 1, Lange Leese 2, Tel. 0511 1 79 11, Telex 5 23 919 Anzeigen: Tel. 0511 11 64 48 40 40 Telex 5 23 100
Vorstandsvorsitzender für die politische Redak- tion: Gernot Fackel, Klaus J. Schwabe (stellv.), Klaus J. Schwabe (für Tagungsredak- tion), Detlef Marquardt, Rüdiger v. Weiz- säcker (stellv.), Internationale Politik: Man- fred Finkler, Hans-Jürgen Lindner, Man- nix Welsch (stellv.), Seite 2: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Stöckel (stellv.), Son- derdruck: Rüdiger Müller, Ökonomie: Dr. Carl Gustaf Sjöberg, Zeitgeschichte: Walter Göttsche, Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Leo Fischer (stellv.), Industriepolitik: Hans Baumann, Geld und Kredit: Claus Dierigk, Sport: Frank Siedemann, Aus der Welt: Kurt Teske, Reise-WELT und Auto-WELT: Helmut Strödel, Politik: Hans-Jürgen Lindner, (stellv.), für WELT-WELT: WELT-Report: Helmut Kluge-Lübke, WELT-Report Ausland: Hans-Joachim Finkler, Literatur: Frank Omswiger, Fremdsprachen: Ingo Urban, Do- kumentation: Rüdiger Berger-Greif, Werner Schmidt, Foto- und Bildredaktion: Bettina Schmidt, Schulbuchredaktion: Armin Reck	
Wetere leitende Redakteure: Dr. Hans Omswiger, Werner Kahl, Lothar Schmidt, Mithras	9000 Frankfurt/Main 1, Westendstraße 4, Tel. 0 69 21 21 21, Telex 4 14 14 Fernsprextel. 0 69 21 21 17 Anzeigen: Tel. 0 69 21 96 11 - 13 Telex 4 14 14 22
Hamburg-Ausgabe: Dietrich Goot, Klaus Bruns (stellv.)	7000 Stuttgart 1, Kottbusplatz 20a, Tel. 07 11 22 12 20, Telex 7 22 80 Anzeigen: Tel. 07 11 7 24 30 71
Bonn: Korrespondenten-Redaktion: Günther Böhler, Liethard, Heino Reck (stellv.), Stefan G. Haydeck, Peter Jentsch, Dr. Karl Hans-Jürgen Lindner, Dr. Eber- hard Nitzsche, Peter Philipp	8000 München 40, Schellingstraße 30-42, Tel. 0 89 23 23 01, Telex 5 38 113 Anzeigen: Tel. 0 89 23 60 30 / 30 Telex 5 38 100
Diplomatischer Korrespondent: Bernd Con- rad	Montabaurerweg 11, Zonellstraße 10, Tel. 0 43 1 22 11 22, Telex 2 11 22 Anzeigen: Tel. 0 43 1 22 11 22 Telex 2 11 22 11
Deutschland-Korrespondenten: Berlin: Hans-Jürgen Lindner, Friedemann Dieck- rich, Klaus Göttsche, Peter Woertz, Klaus Göttsche, Dr. Wilfried Hoyer, Joachim Göttsche, Harald Haug, Franziska Dr. Dancwicz, Ger- ritsch (gleichzeitig Korrespondent für Süd- und Ostdeutschland), Inge Adlman, Joachim Weber, Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brecht, Klaus Wilmanns, Köln: Omswiger, Mi- chael Jach, Dominik Schmidt, Kiel: Georg Bauer, München: Peter Schmidt, Düsseldorf: Selke, Stuttgart: Werner Reibel	Bei Abbestellung ohne Vorwissen des Verlags oder jenseits von Störungen des Arbeitsbetriebes bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abbestellungen, Ausbe- haltungen und sonstige Änderungen sind schriftlich und möglichst mit Angabe des künftigen Monats im Verlag schriftlich vorzubringen.
Correspondent: Horst Stiehl (gleichzeitiger Korrespondent für Europa), Walter H. Raab	Günstige Anzeigenkonditionen für die Deutsch- landseite: Nr. 24 und Kottbusplatz 20a, Tel. 0 69 21 21 21, Telex 4 14 14 Fernsprextel. 0 69 21 21 17 Anzeigen: Tel. 0 69 21 96 11 - 13 Telex 4 14 14 22
Auslandsredaktion, Brüssel: Wilhelm Müller, London: Rüdiger Müller, Wilhelm Müller, Paris: Johannes Fackel, Klaus Göttsche, Ka- theleen Göttsche, Helmut Reck, Klaus Göttsche, Marie-Bonnie, Franz August Graf Caprignani, Joachim Schmidt, Hans-Fried- rich Meißner, Washington: Fritz Wirth, Bonn: Alexander Siebert	Die WELT erscheint mindestens viermal wöchentlich mit der viertägigen WELT- POST, Anzeigenkonditionen Nr. 4 gültig ab 1. Januar 1986
Auslands-Korrespondenten WELT/AD- ALBERT: E. A. Antonov, Beirut: Peter J. Bauer, Brüssel: Guy Graf v. Broedersdyck, Abkhazien: Johannes Fackel, Bonn: Lo- thar Haug, Christian Fackel, Claus Göttsche, Düsseldorf: Peter Schmidt, Hamburg: Lo- thar Haug, Klaus Göttsche, Joachim Zwirzsch, Los Angeles: Helmut Voss, Kar- lruhe: Klaus Göttsche, Ralf Göttsche, Ma- nix Welsch, Dr. Günter Zehn, Dr. Man- nix Welsch, London: Manfred Stöckel, New York: Alfred von Krause, Paris: Johannes Fackel, Franz August Graf Caprignani, Werner Schmidt, Constantin Kretzer, Joseph Leibel, Tübingen: Dr. Fred de La Torre, Edwin Karmel, Washington: Dietrich Schmidt	Verlag Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1, Nachrichtentechnik: Harry Zander Herstellung: Werner Kozak Anzeigen: Hans Blech Vertrieb: Gerd Dieter Lohde Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler Druck in 4000 Kassel 18, Im Teichweg 106 2000 Hamburg 36, Kottbusplatz

هو كوا من الامم

HENKEL

Übernahme von Chemie Grünau

J. G. Düsseldorf
Die Henkel KGaA, Düsseldorf, will die Degussa AG, Frankfurt, deren Tochter Chemische Fabrik Grünau GmbH, Irltissen, per 1. Januar 1986 abkaufen und wird diese Absicht...

KKB-Geldanlagen von 4,25 % bis 6,5 %. Je nach Laufzeit.

Table with 3 columns: Laufzeit in Monaten, Sperrfrist, Zinssatz p. a.

Stand: 21. 10. 1985
Telefon-Order: 0130/4911 (zum Ortstarif)

KKB Bank Die Bank für den privaten Kunden.

Emulgatoren, Textil- und Betonhilfsmitteln. Für den Henkel-Konzern bringt der Erwerb eine Erweiterung seiner oleochemischen Aktivitäten und eine weitere Diversifikation im Bereich der Spezialchemikalien.

Babcock-Gewinn leicht verbessert

J. G. Düsseldorf
Die Ertragslage der Gruppe Deutsche Babcock AG, Oberhausen, habe sich 1984/85 (30.9.) weiter gefestigt, der Jahresüberschuss werde gegenüber dem Vorjahr (28 Mill. DM)...

Gutes Neugeschäft bei Gerling Leben

J. G. Düsseldorf
Ein Neugeschäft von 3,5 Mrd. DM Versicherungssumme in 1985, dessen Wachstumsrate „mehr als doppelt so hoch wie im Branchendurchschnitt“ liegen werde, erwartet die Lebensversicherungsgruppe des Gerling-Konzerns, Köln. In den ersten drei Quartalen habe man ein Plus von 7,5 Prozent gegenüber 1,3 Prozent in der Branche erreicht.

GESUNDHEIT / Kaufmännische Unkenntnis und schlechter Rat vor der Praxisgründung kommen teuer zu stehen
Viele Ärzte übernehmen sich bei den Investitionen

HARALD POSNY, Düsseldorf
„Der Erfolg einer ärztlichen Niederlassung wird in Zukunft mehr denn je von der Beachtung betriebswirtschaftlicher Faktoren mitbestimmt. Jeder Arzt sollte sich deshalb der Tatsache bewußt sein, daß er neben seiner im Vordergrund stehenden ärztlichen Tätigkeit auch als Unternehmer handeln muß.“

Wenn im Halberstadtsektor schon jetzt Schwierigkeiten für die 90er Jahre vorhersehbar sind, sollte man, so Deutsch, betriebswirtschaftlich sinnvoll vorgehen. Eine Hilfe dazu bietet sich im computergestützten Investitions- und Kostenberatungsprogramm (Inko), das in allen 30 Apotheke-Filialen arbeitet.

BAYERISCHE HYPOBANK / Höhere Dividende?

DANKWARD SEITZ, München
Steht bei der Bayerischen Hypothek- und Wechsel-Bank AG, München, für das Geschäftsjahr 1985 eine neuerliche Dividendenanhebung bevor, nachdem für das vergangene Jahr 10 (9) DM sowie ein Jubiläumsgeld von 2,50 DM ausgeschüttet worden waren?

PROCTER & GAMBLE / „Qualitatives Wachstum“

ad. Frankfurt
Als „Jahr des qualitativen Wachstums“ bezeichnet die Geschäftsleitung der Procter & Gamble GmbH, Schwalbach, das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.). Die deutsche Tochter des amerikanischen Waschmittelkonzerns ist mit 3,3 Mrd. DM Jahresüberschuss wieder in die Gewinnzone zurückgekehrt; im vorangegangenen Jahr wurde ein Verlust von 19,7 Mrd. DM verbucht.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Höhere Investitionen

Düsseldorf (J.G.) - Eine Steigerung des Investitionsprogramms auf 863 (788) Mill. DM, darin 80 (292) Mill. DM für Finanzanlagen, hat die Mannesmann AG, Düsseldorf, für 1986 beschlossen.

Neuer Bereich bei IBM

Stuttgart (nd) - Die IBM Deutschland GmbH, Stuttgart, hat mit Wirkung vom 1. Januar 1986 an den neuen Bereich „Unternehmenssysteme“ geschaffen.

„Angemessene Dividende“

Hannover (dos) - Die Teutonia Zementwerk AG, Hannover, hat in den ersten neun Monaten 1985 deutlich besser abgeschlossen als die gesamte Branche.

Kaufabsicht

Zürich (dpa/WVD) - Justus Dornier steigt erneut in ein Schweizer Hochtechnologie-Unternehmen ein, das in finanzielle Bedrängnis geraten ist.

KOMMUNIKATIONSTECHNIK / In bilateralen Gesprächen wird die „amerikanische Marktphilosophie“ nähergebracht

Deutsches Normungsverfahren unter Beschuß

JOACHIM WEBER, Frankfurt
Daheim ist die Deutsche Bundespost schon des öfteren unter Beschuß geraten; Schwarz-Schilling-Mitarbeiter sind da bereits an einigem gewöhnt. Einigenmaßen überrascht dürften sie jedoch gewesen sein, als sich auch amerikanische Zeitungen sich ihrer annahmen.

seiner sollen. Dabei verweisen sie auf Standardisierungsgremien im eigenen Land, an deren Arbeit sich jeder beteiligen kann (die aber nur die Normen für Teilnehmergeräte festlegen). Freilich: Die deutschen Tochter von US-Unternehmen haben auch in der Bundesrepublik Einblick in die Normungsarbeit.



... im Gespräch.

„Instandhaltung wie DIW sie bietet, gewährleistet Anlagen-Werterhaltung und reibungslosen Betriebsablauf!“

Ein Unternehmen stellt Fragen, DIW gibt Antwort...

Unternehmen: Wir haben festgestellt, daß der Lohnkosten-Anteil am Instandhaltungsaufwand sehr, sehr hoch ist! Trotz hohen Aufwands läuft die Instandhaltung nicht so perfekt, wie sie im Interesse unserer Produktion laufen müßte...

DIW: Klare Frage, klare Antwort: Wir können das alles gewährleisten. Was die DIW seit über 20 Jahren und immer auf dem Stand der Technik unzähligen Betrieben jeder Branche und jeder Größenordnung bietet, ist komplette, perfekte, professionelle Instandhaltung!

DIW: Alles, was Maschinen und Anlagen brauchen, um stets vollkommen in Schuß zu sein...

DIW: Auch das. Und zwar perfekt. Und auf dem Stand modernster Technik und Technologie. Kurzum: Wir bieten unseren Kunden die professionelle Instandhaltung. Sie gewährleistet Anlagen-Werterhaltung und reibungslosen Betriebsablauf.

DIW finden Sie in der ganzen Bundesrepublik und West-Berlin. Zur Kontaktaufnahme wenden Sie sich bitte an:
DEUTSCHE INDUSTRIEWARTUNG München GmbH
Boschetsrieder Straße 118
8000 München 70
Telefon 089/7803-0

RÜTGERSWERKE / Kapitalerhöhung mit Pflegeeffekt

Ausland bringt noch Schub

Wb. Frankfurt
Zum Jahresbeginn 1986 wollen die Rütgerswerke AG, Frankfurt, ihren Aktionären ein kleines Bonbon servieren: Zur Erhöhung des Grundkapitals um 19 Mill. DM auf 118,6 Mill. DM werden den Aktionären 18,2 Mill. DM junge Aktien im Verhältnis 1:2 und zum Kurs von 150 DM je 50-DM-Aktie zum Bezug angeboten. Die verbleibenden 0,8 Mill. DM sind für die Belegschaft vorgesehen. Gestern wurden die Rütgers-Aktien in Frankfurt mit 480 DM notiert.

Zum Ergebnis 1985 und zur möglichen Dividenden-Gestaltung (1984: 8,50 je Aktie) mag Vorstandschef Heinz-Gerhard Franck sich noch nicht äußern. Man sei aber bislang „nicht unzufrieden“, das Gesamtergebnis nach zehn Monaten liege über dem Vorjahresniveau. Bis Ende Oktober hat sich der Konzernumsatz um fünf Prozent auf 2,73 Mrd. DM erhöht. Die vergleichsweise bescheidene Zuwachsrate folgt auf ein Vorjahreswachstum im gleichen Zeitraum von 23 Prozent. 1984 war der Konzernumsatz insgesamt um 22 Prozent auf 3,26 Mrd. DM gestiegen.

Im Gegensatz zur Großchemie war es bei Rütgers immer noch das Auslandsgeschäft, das mit einer Zunahme um neun Prozent den wesentlichen Schub brachte. Sein Anteil am Konzernumsatz nahm dabei auf 39 (35) Prozent zu. Verschieben haben sich auch die Beiträge der drei Bereiche des Kohlechemie-Spezialisten zum Konzernumsatz. Die lebhafteste Grundstoffchemie kam auf 49 (48) Prozent, die Kunststoffchemie hielt sich bei 40 Prozent, und die konjunkturge-schädigte Bausparte ging auf elf (zwölf) Prozent weiter zurück.

Für 1986 erwartet Franck eine ähnlich differenzierte Entwicklung. Um den hohen Anforderungen an die Flexibilität gewachsen zu sein, soll das Investitionsvolumen auf dem Rekordniveau von 1985 gehalten werden. Nach den 161 (140) Mill. DM dieses Jahres will der 11.500-Mitarbeiter-Konzern 1986 rund 162 Mill. DM in Sachanlagen investieren.

DekaDespa-Info Nr. 11
DekaRent - weil die US-Renditen hoch sind.
Und bei sinkenden US-Zinsen Kursgewinne winken.
Mehr über DekaRent erfahren Sie vom Geldberater der Sparkasse.
SparkassenFonds: Die hohe Schule der Geldanlage.
Deka

COGNAC / USA bleiben wichtigster Auslandskunde

Nachfrage zieht wieder an

J. Sch. Paris
Der französische Cognac scheint seine Schwierigkeiten überwunden zu haben. Im Verkaufsjahr 1984/85 (31. August) stieg der Absatz weltweit um 2,9 Prozent auf 147,8 Mill. Flaschen. Davon entfielen 11,7 (10,9) Mill. Flaschen auf den Inlandsverkauf, der damit zum erstmaligen seit 1981 um immerhin 7,1 Prozent anstieg. Dazu kamen wie im Vorjahr 17,4 Mill. Flaschen für die Weiterverarbeitung (Pineau, Liköre usw.) und 0,73 (0,77) Mill. Flaschen, die in Frankreich zollfrei verkauft wurden.

Die Franzosen hätten damit die diversen Alkoholsteuerveränderungen der letzten Jahre, die den Cognac stark verteuerten, „verdaut“, meint der Branchenverband BNIC. Außerdem habe man der amtlichen Anti-Alkohol-Kampagne eine konstruktive Long-Drink-Werbung entgegengesetzt, für die 25 Mill. Franc ausgesetzt wurden. Jetzt könne mit einer Normalisierung des Inlandsmarktes gerechnet werden.

Letzte Subvention für Stahlbranche

J. Sch. Paris
Die angeblich letzte Staatshilfe für die verstaatlichte französische Stahlindustrie wurde jetzt von der Regierung auf 20 Mrd. Franc festgesetzt. Davon erhält Sacilor 12,8 Mrd. Franc und Usinor 7,2 Mrd. Franc. Zu diesen Beträgen emittieren die beiden Konzerne per 31. Dezember Wandelanleihen, die in voller Höhe vom staatlichen Interventionsfonds für die Stahlindustrie (FIS) gezeichnet werden. Die Wandlung (in staatliche Kapitaldotationen) erfolgt im Laufe der nächsten zwei Jahre. Dieses Verfahren wird formal dem EG-Beschluss gerecht, wonach ab 1. Januar 1986 der Stahlindustrie keine Subventionen mehr gewährt werden dürfen.

Die Hälfte der Hilfe ist für die Umwandlung der mittel- und langfristigen Schulden bestimmt, wodurch die Finanzlasten (zur Zeit 8,5 Prozent des Umsatzes) erleichtert werden. Von der anderen Hälfte erhalten (an frischen Mitteln) Sacilor 3,3 Mrd. Franc 1986 und 4,5 Mrd. Franc 1987 sowie Usinor 0,7 und 1,5 Mrd. Franc. Die größere Hilfe für Sacilor erklärt sich daraus, daß dieser Konzern die Kontrolle der gemeinsamen Tochtergesellschaften Unimetal (Langprodukte) und Ascometal (Spezialstahl) übernehmen mußte.

Der Export stieg um 3,1 Prozent auf 118 Mill. Flaschen. Wertmäßig erhöhte sich die Ausfuhr um 9,3 Prozent auf 5,39 Mrd. Franc. „Dies entspricht dem Wert der 112 ersten Airlines“, macht der BNIC deutlich. Allerdings mußte auf dem asiatischen Markt ein Absatzrückgang von 8,5 Prozent hingenommen werden.

Nach wie vor an der Spitze der Auslandskunden standen die USA mit einem 25prozentigen Umsatzzuwachs auf 1,55 Mrd. Franc bzw. einem mengenmäßigen um 14,5 Prozent auf 32,6 Mill. Flaschen. In Europa hielt Großbritannien mit 638 Mill. Franc und 15,11 Mill. Flaschen seine Position als zweitwichtigster Einzelkunde, während der Cognac-Export in die Bundesrepublik mengenmäßig um 6,9 Prozent auf 10,8 Mill. Flaschen und wertmäßig um 9,6 Prozent auf 373 Mill. Franc zunahm.

BHF-Bank mit besserer Zinsmarge

VWD, Frankfurt
Die positive Ertragsentwicklung in der ersten Jahreshälfte hat sich im weiteren Jahresverlauf verstärkt fortgesetzt. Das schreibt die BHF-Bank in ihrem Aktionärsbrief über die Geschäftsentwicklung in den ersten sechs Monaten. Die Zinsmarge habe sich nach einem anfänglichen Rückgang wieder verbessert und liege im Berichtszeitraum über dem Vorjahresniveau. Der Zinsüberschuß sei wegen der verbesserten Marge und des gestiegenen Geschäftsvolumens auf 203 Mill. DM gestiegen gegenüber 184 Mill. im Vorjahreszeitraum. Der Provisionsüberschuß konnte gegenüber dem anteiligen Vorjahresergebnis um 18 Prozent auf 105 (89) Mill. DM gesteigert werden. Dies wird mit dem anhaltend starken Kommissionsgeschäft und der regen Emissionstätigkeit begründet.

Die Personalaufwendungen stiegen auf 124 (114) Mill. und der Sachaufwand auf 61 (56) Mill. DM. Das Teilbetriebsergebnis verbesserte sich auf 123 (109) Mill. DM. Der gute Geschäftserfolg bestärke die BHF in der Erwartung, wieder ein befriedigendes Gesamtergebnis vorlegen zu können. Die Bilanzsumme betrug am 31. Oktober 13,5 Mrd. DM nach 11,5 Mrd. Ende 1984.

GROSSBRITANNIEN / Gewaltige Konzentrationswelle in der Warenhaus-Branche

Das Übernahmefieber hält weiter an

WILHELM FURLER, London
Im britischen Einzelhandel, und da insbesondere im Warenhausbereich, hat in den letzten Jahren ein bemerkenswerter Konzentrationsprozeß stattgefunden. Mit dem beabsichtigten Zusammenschluß der Eirichtungs- und Bekleidungsgruppe Habitat Mothercare und der British Home Stores-Kette (Haushaltswaren und Lebensmittel) hat der „Ausverkauf“ in der Warenhaus-Branche einen vorläufigen Höhepunkt erreicht.

Verantwortlich für den frischen Wind, der seit einiger Zeit durch die Einkaufsstraßen der britischen Städte weht, ist in erster Linie der Mann, der auch jetzt deo Zusammenschluß von Habitat Mothercare und British Home Stores (BHS) inszenierte, Sir Terence Conran. Er wird der neuen Gruppe, die auf einen gemeinsamen Jahresumsatz von fast vier Mrd. DM kommt (Ende 1984: 3,7 Mrd. DM), als Chairman vorstehen. Zusammen beschäftigt die Gruppe mehr als 35 000 Mitarbeiter in knapp 900 Filialen überall in Großbritannien.

Die Karriere von Sir Terence Conran begann vor Jahren mit der Eröffnung eines Einrichtungsgeschäfts im vornehmen Londoner Stadtteil Chelsea. In den frühen Sechzigern gründete er das Einrichtungshaus Habitat, das sich insbesondere auf den Geschmack junger Familien konzentrierte. Das Konzept wurde im Lauf der Zeit zu einem großen Erfolg.

Die neue Regierung des 78jährigen Präsidenten Victor Paz Estenssoro konnte innerhalb von drei Monaten große Erfolge in der Inflationsbekämpfung erzielen. Die Lebenshaltungskosten stiegen kaum noch. Im Oktober betrug die Inflationsrate nur 1,87 Prozent. Viele Preise sind in den letzten Wochen gefallen, auch Lebensmittelpreise. Zuversicht breitet sich erstmals wieder aus.

POLEN / Erholung macht kaum Fortschritte - Versorgungslage leicht verbessert

Weiterhin auf Westkredite angewiesen

dpa/VWD, Warschau
Probleme mit veralteten Maschinen und überholten Produktionsweisen, Versorgungsgengässe, eine kaum zu überbrückende technologische Lücke, Exportschwierigkeiten sowie hohe Auslandsschulden lassen Polen nur zögernd die Folgen der Wirtschaftskrise überwinden. Eine nach dem Krisentief verzeichnete Erholungsphase 1983/84 sollte in ein stetiges Wirtschaftswachstum münden. Das für 1985 mit vier bis 4,5 Prozent vorgesehene Wachstum der Industrieproduktion wird nicht erreicht.

Besorgnis erregt bei der Regierung die Entwicklung des Westhandels. So wird am Ende des Jahres mit einem Exportvolumen von 3,65 Mrd. US-Dollar (15,2 Mrd. DM) als Planziel nur zu 89 Prozent erfüllt, bei einem Handelsüberschuß von lediglich 1,27 Milliarden. Die Zahlungsbilanz bleibt bei einer diesjährigen Belastung durch Zinsverpflichtungen von 2,19 Mrd. Dollar weiterhin negativ. Um keine Zweifel im Westen an der Kreditfähigkeit aufkommen zu lassen, versicherte Regierungssprecher Jerzy Urban, Polen werde seinen Verpflichtungen auf alle Fälle nachkommen.

Harrods für knapp 2,3 Mrd. DM. Zum gleichen Preis übernahm im April die Teppich- und Einrichtungs-Gruppe Allied Carpets (Asda) die Filialunternehmen für Wohnungseinrichtung MFL. Und im August folgte die spektakuläre Einverleibung der Warenhausgruppe Debenhams durch Burtons für gut zwei Mrd. DM.

Das Möbel- und Einrichtungsangebot seiner Conran- und Habitat-Häuser rundete Sir Terence 1983 mit der Übernahme des Nobel-Möbelkaufhauses Heal's ab. Erst im August dieses Jahres griff er in das Übernahmefieber zwischen dem Bekleidungskaufhaus Burtons und dem Warenhauskonzern Debenhams ein, indem er eine 20prozentige Option an Debenhams übernahm.

Kurz darauf gewannen die ägyptischen Brüder Al-Fayed nach einem heftigen Übernahmefechten die Kontrolle über den Warenhauskonzern House of Fraser mit seinem Juwel

den Tago ein konservativer Politiker, hatte Ende 1984 ein radikales Stabilisierungsprogramm verkündet lassen: Abwertung des Peso um 95 Prozent, Kontrolle der Löhne für öffentliche Angestellte bis Dezember, Ende der Preissubventionen, Reorganisation staatlicher Betriebe und Entlassung des überflüssigen Personals. Als die Gewerkschaften mit Generalstreiks das Land lähmte, wagte der Präsident den Machtkampf. Er proklamierte den Ausnahmezustand, 173 Funktionäre wurden verhaftet. Die Streikaktionen brachen rasch zusammen, obgleich die Arbeiter über „Hungerlöhne“ klagen: Ihr Monats-einkommen beträgt weniger als - umgerechnet - 65 Mark.

Während die Regierung die Superinflation stoppen konnte, wurde sie mit einem komplizierten Problem an einer anderen Front konfrontiert: Die Preise für Zinn fielen, unter 4 Dollar pro Pfund. Das wichtigste Exportpro-

BOLIVIEN / Niedrige Zinnpreise gefährden das erfolgreiche Stabilisierungsprogramm

Pessimismus macht der Zuversicht Platz

WERNER THOMAS, La Paz
Die bolivianische Zentralbank läßt in den nächsten Wochen 20 Tonnen Peso-Scheine verbrennen. Das Geld war wertlos geworden, ein Ergebnis der Rekordinflation, die im August eine Jahresrate von fast 24 000 Prozent erreichte. „Ich hoffe, daß wir diese schlimmen Zeiten endgültig überwinden haben“, sagte der Zentralbank-Direktor Raul Tovar. „Es sieht danach aus.“

Präsident Paz Estenssoro nennt die Entwicklung des Zinnpreises zwar ein „schreckliche Situation“. Er äußert jedoch nach wie vor Optimismus: „Wir werden die Schwierigkeiten meistern.“ (SAD)

LUFTFAHRT / WELT-Gespräch mit Frankreichs UTA

Liberalisierung gefordert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Die Liberalisierung der Luftverkehrsstarife setzt einen gemeinsamen europäischen Markt voraus - mit freiem Zugang aller Gesellschaften und der freien Bestimmung ihrer Kapazitäten. „Sonst wird der Karren des Lapautre in einem Gespräch mit der WELT. Der Präsident der privaten französischen UTA (Union de Transports Aériens) ist für freie Meinungsäußerungen bekannt. Sein Mehrheitsaktionär ist nicht der Staat, sondern (zu 92 Prozent) die Reederei-Gruppe Chargeurs SA.

Staatliche Hoheitsrechte sind nach Lapautre im Luftverkehr dem Ebevertrag unterzuordnen. Dieser Vertrag sehe auch für diesen Bereich ausdrücklich den gemeinsamen Markt vor. Das heißt insbesondere, daß bilaterale Verhandlungen durch multilaterale ersetzt werden müssen. Gegenüber Drittländern seien die Luftfahrtinteressen genauso wie die Handelsinteressen gemeinsam über Brüssel zu vertreten.

Konkret kommt es der UTA darauf an, eine Revision des von der französischen Regierung 1963 verfügten Konkurrenzverbots zu erwirken. Danach wurde der Air Inter der innerfranzösischen Luftverkehr zugewiesen, während die UTA die Exklusivität für die meisten Afrika- und einige Pazifiklinien erhielt. Die übrige Welt erklärte Paris zur Domäne der staatlichen Air France.

Diese Regelung, so räumt Lapautre ein, war zunächst für alle Beteiligten sehr zufriedenstellend. Inzwischen aber werde sie nicht mehr der Expansion des internationalen Flugverkehrs und den veränderten Konkurrenzbedingungen gerecht. So sei es beispielsweise für die UTA notwendig, ihre Länderechte in San Francisco nicht nur über ihre Pazifikroute,

sondern auch über den Nordatlantik zu nutzen.

Die UTA wolle dabei aber keineswegs der Air France Marktanteile wegnehmen, betonte Lapautre. Viel mehr sollte man vor allem den amerikanischen Luftverkehrsgesellschaften, die ohnehin im Nordatlantikverkehr gegenüber den europäischen vorzuziehen, mehr Konkurrenz machen. Sicher denkt Lapautre dabei daran, daß auf dieser Route das ngste Geld verdient wird.

Das andere Problem, welches für die UTA stellt, ist der europäische Zubringerdienst. Vor allem auf Afrikaner der UTA - mit täglicher Verbindung von Paris nach Ab- beispielsweise - würden in großem Umfang Passagiere und Fracht Großbritanniens und der Bundesrepublik befördert. Das Deutschland der UTA nahm in diesem um 15 Prozent zu. Es sei dies „normal“, diese Verbindungen zu bedienen.

Während die Air France 1984 ihren Umsatz um 13 Prozent auf 27,6 Milliarden Franc erhöhte, mußte sich die UTA mit einer Zunahme um 4,7 Prozent auf 6,06 Milliarden Franc begnügen. Gleichwohl gelang es ihr dank drastischer Sparmaßnahmen, ihren Reinertrag um 35 Prozent auf 219 Millionen Franc zu steigern. In der ersten Hälfte dieses Jahres erhöhten sich ihre Einnahmen um 15 Prozent. Jedoch steht die Gesellschaft vor großen Investitionen.

Als Privatunternehmen setzt die UTA vor allem auf ihren guten Service. Für Geschäftskunden wurde kürzlich eine neue Komfortklasse (Galaxy) eingerichtet. Mit der internationalen Hotelkette Accor und dem Club Méditerranée wurden Assoziierungsabkommen getroffen. Die Hauptstärke der UTA ist aber das Frachtgeschäft, das ein Drittel ihres Verkehrsaufkommens stellt.

GRIECHENLAND / Anhebung zahlreicher Preise

Streiks halten weiter an

E. ANTONAROS, Athen
Fast täglich bereitet die Athener Regierung Papandreu den Griechen eine neue unangenehme Überraschung. Nach der Verkündung eines Gehalt- und Lohnstopps bis zum Ende 1987, der zu einer Spaltung der Gewerkschaften führte und eine immer noch anhaltende Streikwelle auslöste, hat der für die Streikpolitik zuständige Regierungsausschuß am Wochenende die Anhebung von zahlreichen Preisen mit sofortiger Wirkung mitgeteilt.

Zum drittenmal seit Jahresbeginn wurden die Treibstoff- und Heizölpreise um acht bis 15 Prozent erhöht. Ein Liter Superbenzin kostet nun 80 Drachmen (1,33 DM) statt bisher 72 Drachmen, ein Liter Normal 75 (1,25 DM) statt 65 Drachmen. Auch die Preise aller einheimischen Milchprodukte sind um 15 bis 20 Prozent gestiegen. Weitere Preiserhöhungen, vor allem im hochdefizitären staatlichen Dienstleistungsbereich, werden für die nächsten Tage erwartet. Dazu zählt unter anderem die Anhebung der Post- und Telefongebühren um circa 20 Prozent.

Die Preiserhöhungen im Staatssektor dienen in erster Linie dem im Staatshaushalt für das Fiskaljahr 1986 vorgesehenen Kürzung der Defizite der Staatsbetriebe um fast anderthalb Mrd. DM. Durch die Preiserhöhungen im Agrarbereich soll vor allem die Abschaffung von zahlreichen Subventionen ermöglicht werden, die trotz Griechenlands Vollmitglieds-

chaft in der EG weiterhin existieren. Schließlich sollen durch die Preiserhöhungen der Endprodukte die Nachteile behoben werden, die durch die Abwertung der griechischen Währung um 15 Prozent entstanden sind.

Experten haben ausgerechnet, daß durch die Drachmenabwertung und die jetzige Preislawine die Preise allein in den letzten vier Monaten dieses Jahres um 15 Prozent steigen werden. Vor diesem Hintergrund ist es höchst unwahrscheinlich, daß sich die Regierungsprognosen über eine Gesamtjahresinflation von maximal 23 Prozent verwirklichen lassen.

Diese horrenden Preissteigerungen, gepaart mit den enormen Kaufkraftverlusten, die die meisten Arbeitnehmer durch das Wegbleiben der in den letzten Jahren üblichen Lohnanpassung an den Preisindex in Kauf nehmen müssen, hat die Gewerkschaften verärgert. Fast täglich finden in Griechenland zahlreiche Streiks in sämtlichen Lebensbereichen statt. Die Streiksituation ist mittlerweile so unübersichtlich geworden, daß die meisten überregionalen Zeitungen täglich lange Listen über die geplanten Streiks veröffentlichen.

Trotz der brisanten Streiksituation scheint Athen zu Konzessionen nicht bereit zu sein. Nachgiebigkeit gegenüber einzelnen Berufsgruppen, so wird in der Regierung argumentiert, würde das unpopuläre, aber wegen der desolaten Wirtschaftslage absolut notwendige Austeritätsprogramm ins Wanken bringen.

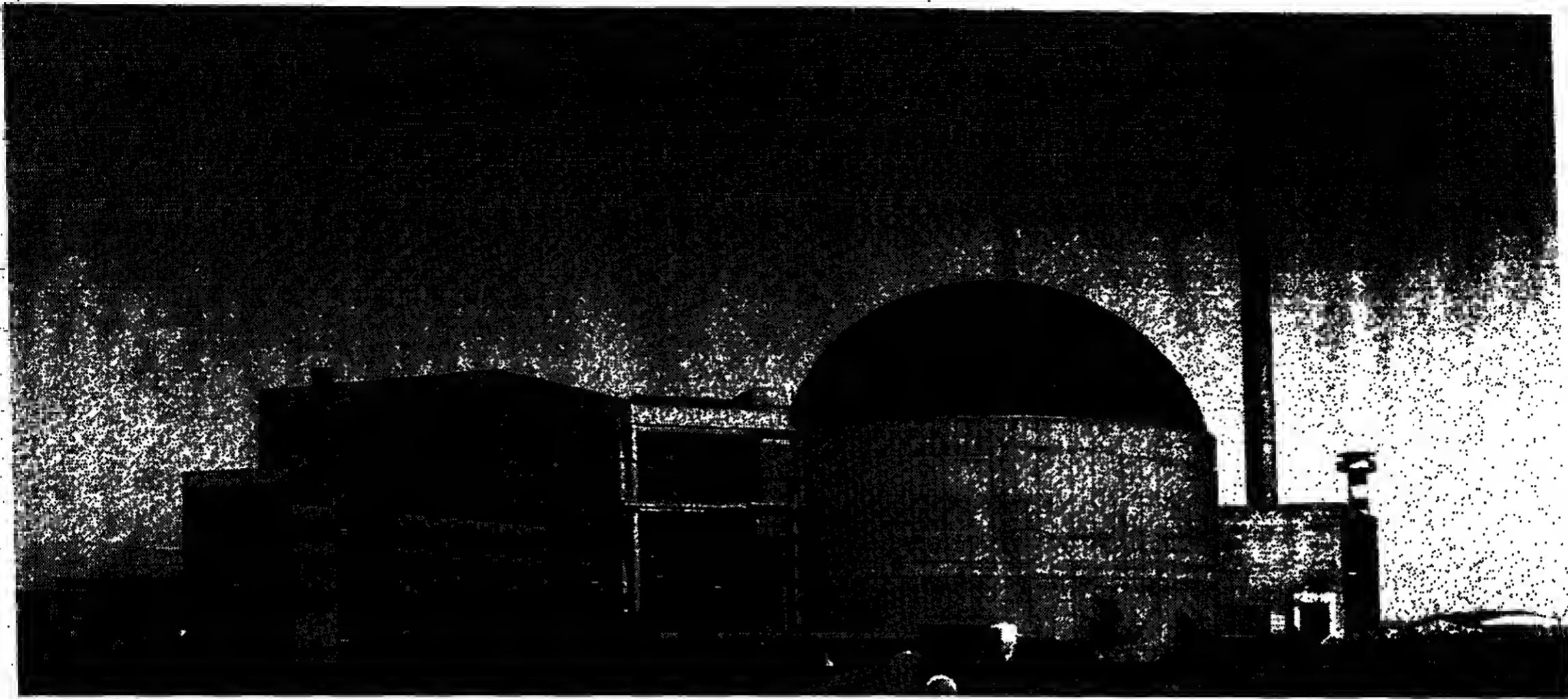
KONKURSE

- Konkurs eröffnet: Frankfurt: Peter Emmel GmbH; Die Fotostraz GmbH; Gippingen: City-Photo Franz & Co. GmbH; Hildesheim: Heinrich Sonnenberg; Kaufmann u. Einzelbesitzer; Nachl. d. Percy Stewart; Bixler: Rudi Bondzio, Kfz-Meister; Landau: MIG GmbH; Bauunternehmung; Kandel: Mannheim: Immobilien Risch GmbH; Weinheim: Neuser; KOBLENZ: Altbauunternehmung GmbH; Nürting: Siegfried Schweiger GmbH; Diepersdorf; Recklinghausen: Hellmann Bauges. mbH; Herten; Reinsburg: Nachl. d. Etriede Wienke; Restlingen: Nachl. d. Gerhard Carl Ohlandt; Metzingen: Saarlouis: Inge Reck-Sigler; Bous; Stadthagen: K + J Leinenweber GmbH; Trossen: Claus Ehrenthal Bauunternehmer GmbH; Buchholz; Umm: Nachl. d. Samuel Selinski; Walthausen/Eas: PLM - Planungstechnik Wimmer GmbH; Illingen; Weiden: Pöselmeier; Heinz Schöberner; Wuppertal: CC Computer Systeme GmbH.
Vergleiche beantragt: Münster: Verfürth GmbH & Co. KG.

Schutz des Wettbewerbs in falschen Händen.
Das Unwesen sogenannter „Gebührenvereine“ greift um sich. Diese Vereine nutzen die gesetzlichen Möglichkeiten, um gegen tatsächliche oder vermeintliche Wettbewerbsverstöße mit Abmahnungen vorzugehen und ganz nebenbei einen kräftigen finanziellen Schnitt zu machen. Ihnen kommt es weniger auf den Schutz des Wettbewerbs an als auf das Kassieren der Pauschalgebühren für Abmahnungen.
- Prüfen Sie sorgsam, wer hinter einer Abmahnung steht und ob der Verein überhaupt abmahnen- und klagebefugt ist.
- Fragen Sie Ihre Industrie- und Handelskammer, Ihren Berufsverband, oder ziehen Sie einen Anwalt zu Rate.
Der Zentralausschuß der Werbewirtschaft e. V. (ZAW) hat Ratschläge für das Verhalten bei Abmahnungen zusammengestellt. Fünf Spitzenverbände der Wirtschaft haben darüber hinaus „Grundsätze für die Tätigkeit von Wettbewerbsvereinigungen“ aufgestellt. Diese Unterlagen können Sie kostenlos beim ZAW anfordern. Helfen Sie, einen fairen Wettbewerb zu vereidigen. Dazu gehört auch: Den Gebührenvereinen muß das Handwerk gelegt werden.
Jeder am Wirtschaftsleben Beteiligte kennt sie. Viele resignieren. Immer stärker wird aber auch die Abwehrfront.
Was ist gegen Gebührenvereine zu tun?
- Prüfen Sie jede Abmahnung, bevor Sie eine Unterlassungserklärung abgeben und eine Kostenpauschale zahlen.

Kernkraft hat sich bewährt.

Über Elektrizitätsversorgung.



Strom ist der Motor unseres wirtschaftlichen Lebens. Eine sichere und kostengünstige Stromversorgung gehört zu den Grundvoraussetzungen moderner Volkswirtschaften.

Kohle, Gas, Öl und Wasserkraft werden bei der VEBA zur Stromversorgung eingesetzt. Seit Anfang der siebziger Jahre auch Kernkraft.

VEBA war einer der entscheidenden Wegbereiter für die Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland.

Bereits 1968 begann die VEBA mit dem Bau der ersten kommerziell betriebenen Kernkraftwerke. Seit mehr als 13 Jahren läuft das Kernkraftwerk Stade unter Leitung der VEBA-Tochtergesellschaft PREUSSENELEKTRA problemlos und ist aufgrund der hohen Verfügbarkeit eines der leistungsfähigsten Kernkraftwerke der Welt.

Durch den Bau weiterer Kraftwerke erreichte PREUSSENELEKTRA eine mehr als 60%ige Deckung des Strombedarfs durch Kernenergie in ihrem Versorgungsbereich, der etwa ein Drittel der Fläche der Bundesrepublik Deutschland von der dänischen Grenze bis zum Main umfaßt.

Zur kostengünstigen Kernenergie, durch die die Strompreise im PREUSSENELEKTRA-Bereich in den letzten Jahren stabilgehalten werden konnten, gibt es heute keine wirtschaftliche Alternative.

Hierbei sind die Kosten der Entsorgung natürlich berücksichtigt. Wie die Erfahrung zeigt, war unsere Entscheidung für die Kernenergie richtig.

Der internationale Standard der deutschen Kerntechnologie bürgt für hohe Betriebssicherheit und gewährleistet eine zuverlässige Entsorgung. Auch ökologisch zeigen sich immer deutlicher die Vorteile der sauberen Energie. Und noch etwas: Kernbrennstoffe können – der Kohle vergleichbar – zu den heimischen Energieträgern gerechnet werden. Denn für viele Jahre lagern bereits Kernbrennstoffvorräte bei den Kraftwerken. Wir stehen zur Nutzung unserer wichtigsten heimischen Energie, der Kohle. Ihr Einsatz für die Stromerzeugung ist aber aus wirtschaftlichen Gründen auf Dauer nur in der Kombination Kohle und Kernenergie möglich.

Wenn Sie mehr über Strom und andere Leistungen der VEBA wissen möchten, schreiben Sie uns: VEBA AG, Karl-Arnold-Platz 3, 4000 Düsseldorf 30.

VEBA heute.

VEBA TOCHTERGESSELLSCHAFTEN	ENERGIE	LANDWIRTSCHAFT	MINERALÖL
VEBA Energie AG Köln	VEBA AG Münster	Stinnes AG Mülheim/Ruhr	Vebe Öl AG Gelsenkirchen
Preussenelektra AG Hannover	Stinnes AG Halle/Ortrand Magdeburg	Stinnes AG & Co. Mülheim/Ruhr	Früh, Öl & Gas Gelsenkirchen
Stinnes AG Halle/Ortrand Magdeburg	Stinnes AG Halle/Ortrand Magdeburg	Stinnes AG Halle/Ortrand Magdeburg	Früh, Kerber AG Essen
Schilling Aktiengesellschaft Halle/Ortrand Magdeburg	Stinnes AG Halle/Ortrand Magdeburg	Stinnes AG Halle/Ortrand Magdeburg	Asal AG Bochum
Stinnes AG Halle/Ortrand Magdeburg	Stinnes AG Halle/Ortrand Magdeburg	Stinnes AG Halle/Ortrand Magdeburg	Deutsche Öl-Entwicklungs-AG Essen
Stinnes AG Halle/Ortrand Magdeburg	Stinnes AG Halle/Ortrand Magdeburg	Stinnes AG Halle/Ortrand Magdeburg	Mark Producing Houston
SONSTIGE			
VEBA Wirtschaftswissenschaften	Stinnes AG Halle/Ortrand Magdeburg	Stinnes AG Halle/Ortrand Magdeburg	Stinnes AG Halle/Ortrand Magdeburg

Die VEBA hat mit ihren 76.800 Mitarbeitern im Jahre 1984 einen Konzernumsatz von 49,6 Mrd. DM erzielt. Neben der Bundesrepublik Deutschland (25 %) sind rund 600.000 Aktionäre am Kapital der Gesellschaft beteiligt. Durch ihre Größe und die gesamtwirtschaftliche Bedeutung ihrer Aktivitäten ist die VEBA ein Kernstück deutscher Volkswirtschaft.

Aktien beschleunigt abwärts Verkäufe kamen aus dem Aus- und Inland

Der Druck auf die Aktien hat sich am Montag verstärkt. Wie in der Vorwoche, so legten auch jetzt wieder Verkaufsfürträge aus dem Ausland vor. Durch die wurden sowohl Kurs- als auch realistische Wertungsgewinne realisiert. Unbeeindruckt durch die günstigen Aktienprognosen großer Banken nahmen auch inländische institutionelle Anleger Positionen vor. Da andererseits die Aufnahmefähigkeit nach Überwindung des Monatsrhythmus gering blieb, kam es in zahlreichen Standardaktien zu Kurvenverlusten.

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Table with columns for Dusseldorf, Frankfurt, Hamburg, München, and Aktienumsätze. It lists various stock tickers and their corresponding prices and trading volumes.

WELT-Aktien-Indizes

Table showing world stock indices for various regions including Americas, Europe, Asia, and Africa, with columns for index values and percentage changes.

Inland

Table of domestic stock market data, listing various companies and their stock prices.

Freierkehr

Table of free trade data, listing various companies and their stock prices.

Unregulierter Freierkehr

Table of unregulated free trade data, listing various companies and their stock prices.

Ausland Amsterdam

Table of international stock market data for Amsterdam, listing various companies and their stock prices.

London

Table of international stock market data for London, listing various companies and their stock prices.

Paris

Table of international stock market data for Paris, listing various companies and their stock prices.

Auslandszertifikate (DM)

Table of international certificates of deposit (DM), listing various companies and their prices.

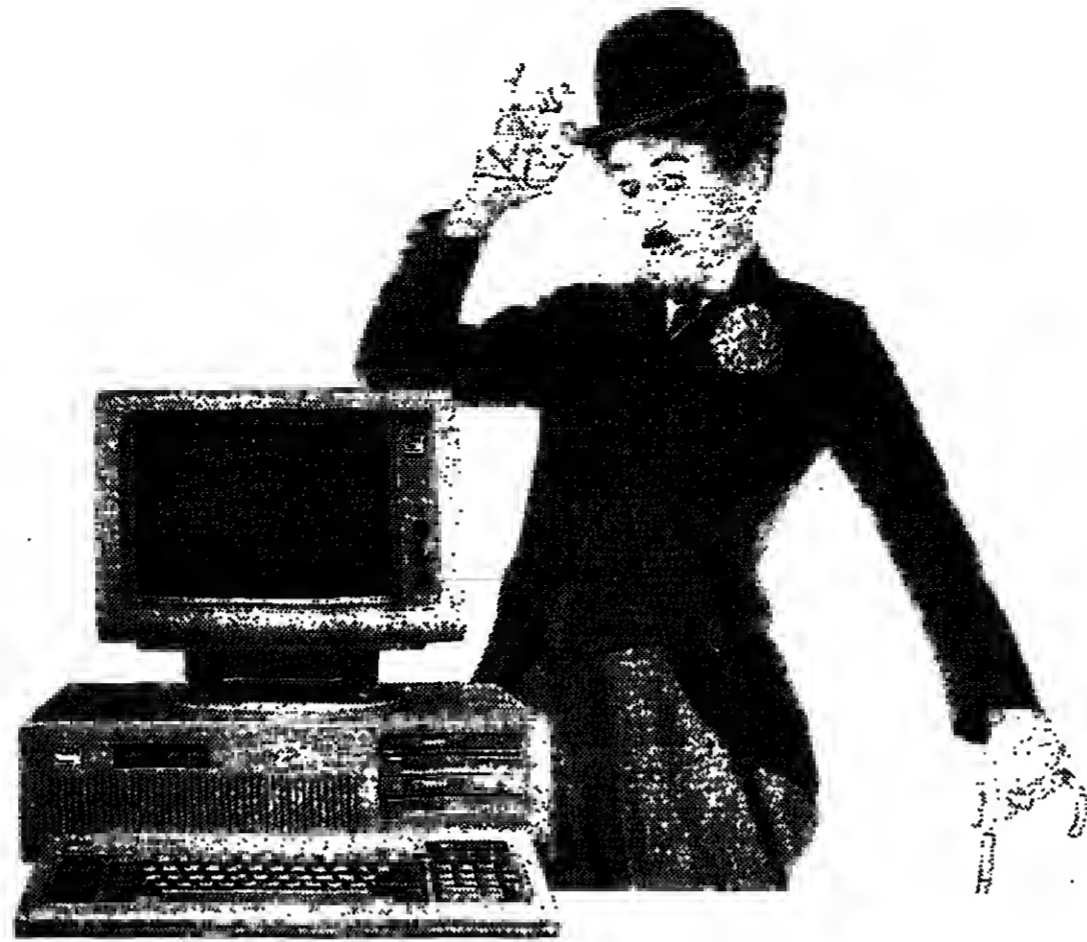
Frankfurt: 2. 12. 1985

Table of Frankfurt stock market data for December 2, 1985, listing various companies and their stock prices.

WELT-Aktien-Indizes

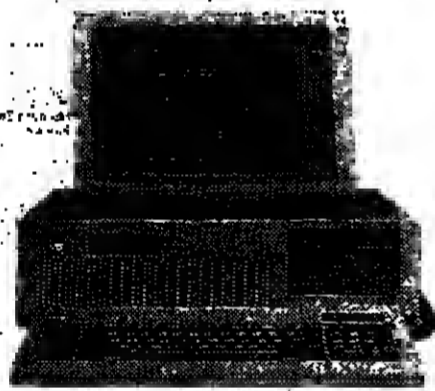
Table showing world stock indices for various regions, including Americas, Europe, Asia, and Africa, with columns for index values and percentage changes.

Devisenmärkte section containing exchange rates for various currencies, a table of Devisen und Sorten, and a section for Kursverläufe.



Gemeinsam mit dem PC AT sind wir stärker.

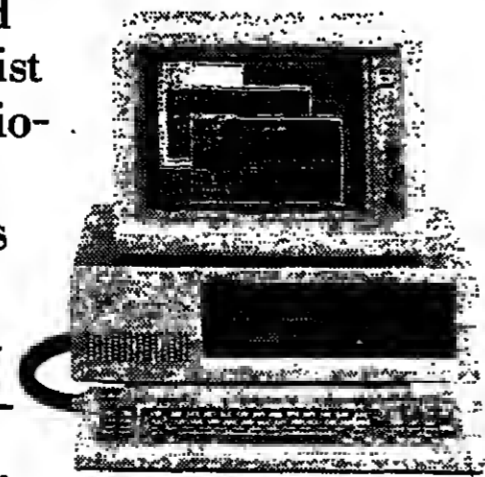
Der starke IBM Personal Computer – der IBM PC AT – ist so leistungsfähig und schnell, daß es sinnvoll ist, ihn zum Zentrum eines Netzwerkes zu machen. Das heißt, Sie verbinden alle IBM Personal Computer in Ihrem Betrieb mit dem AT. Da-



durch können alle Mitarbeiter, die ans Netzwerk angeschlossen sind, die Stärken des AT gemeinsam nutzen. Sie können so gezielter miteinander arbeiten, und jederzeit vom Schreibtisch aus auf wichtige Informationen im AT zugreifen.

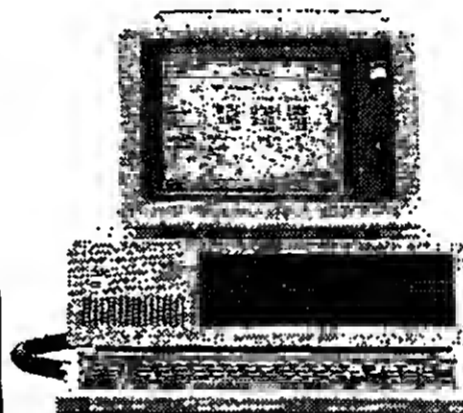
Was sind nun die Stärken des IBM PC AT, die im Netzwerk alle gemeinsam stark machen?

Alle nutzen die Speicherfähigkeit des AT. Denn er kann bis zu 20 000 Schreibmaschinenseiten Daten und Text speichern. Das ist genug, um Informationen aus allen Bereichen Ihres Betriebes wie Produktionspläne, Verkaufsstatistiken und Personal-
daten zu bewältigen.



Alle nutzen die Geschwindigkeit des AT. Denn er sucht Ihnen in 0,25 Sekunden das Verkaufsargument aus den 20 000 Schreib-

maschinenseiten heraus, das Sie gerade für Ihren Kunden am Telefon brauchen.



Alle nutzen die Vielseitigkeit des AT. Insgesamt gibt es schon über 1000 Programme, die der AT verarbeiten kann.

Alle nutzen im Netzwerk Programme, die Ihnen die Arbeit bei der Auftragsabwicklung, im Lager oder in der Finanzbuchhaltung erleichtern, und es gibt viele spezielle Anwendungen für Betriebe aus den unterschiedlichsten Branchen.

Alle nutzen nicht nur den IBM PC AT gemeinsam, sondern auch einen Drucker: zum Beispiel den IBM PC Typenrad- drucker, das ist ein Schönschreiber unter den PC Druck- kern. Er druckt Ihre Briefe in hoher Qualität und in vielen unterschiedlichen Schriftarten und -größen.



Probieren Sie am besten selbst einmal den starken IBM Personal Computer, den AT, und die passenden Programme bei einem Vertragshändler für IBM Personal Computer oder in einem IBM Laden aus. Die genauen Adressen erfahren Sie telefonisch zum Ortstarif von Hallo IBM: 0130-45 67. Oder fragen Sie Ihren IBM Vertriebsbeauftragten.



Triumphale Premiere Delta S4

Lancia Doppelsieg in England

Das letzte Rennen zur Rallye-Weltmeisterschaft 1985: Erster internationaler Auftritt für den neuen Lancia Delta S4. Siebenundsiebzig Stunden vom Start bis zum Zieleinlauf in Nottingham. 65 schwerste Sonderprüfungen auf strapaziösen Pisten.

Auf diesem Prüfstand: zwei Delta S4. Mit dem absoluten Optimum an modernster Automobil-Technologie: doppelter Turbolader plus Kompressor, Allradantrieb mit Lastausgleich für Front- und Hinterradantrieb,

Vierzylindermotor mit 16 Ventilen, Leistung 450 PS / 8000 U/min, max. Drehmoment 45 kgm / 5000 U/min. Auf dem Prüfstand: Zuverlässigkeit von Lancia High Tech. Mit dieser Synthese aus modernster Technologie und Zuverlässigkeit hat Lancia bereits mehr Rallye-Weltmeister-

Am Doppelsieg haben Anteil:
Bilstein · Brembo · Esso · Ferodo
Magnet Marelli · Martini & Rossi
VS Olio fiat · Olivetti · Pirelli · Sabelt
Savara · Siem · Speedline · Weber.

schaften und berühmte Rallyes gewonnen als jede andere Marke. Auf dem Prüfstand aber auch: die Bewährung der Lancia-Technologie für jedes Lancia Serienauto. Denn Fahrfreude unserer Kunden ist immer unser schönster Sieg.

Schlußklassament der RAC-Rallye vom 24. bis 28. November 1985:

Platz 1: Toivonen/Wilson, Lancia
Platz 2: Alen/Kivimäki, Lancia
Platz 3: Pond/Arthur, MG Metro
Platz 4: Eklund/Cederberg, Audi Quattro
Platz 5: Kankkunen/Gallagher, Toyota
Platz 6: Opel, Platz 7: Nissan, Platz 8: Opel



Welch ein Fahr-Zeug!



Kardinal Ratzinger: „Zur Lage des Glaubens“

Die Kirche geht voran

Seit dem Abschluss des Zweiten Vatikanischen Konzils sind 20 Jahre vergangen. Am Rande der außerordentlichen Bischofssynode...

schichte zu, sie blickt voraus auf den Herrn, der kommt. Nein, man geht nicht zurück, noch kann man es.



Aus dem Hausrat der Hohenzollern: Berliner Münzkuppen (um 1492) und Münchener Wikingerschiff (1914), aus der Ausstellung im Deutschen Goldschmiedehaus Hanau

„Kaiserliches Gold und Silber“: Hanau zeigt die Schätze von Wilhelm II.

Waggons voll mit Wikingerschiffen

Daß es dem letzten Deutschen Kaiser trotz seiner überstürzten Abreise nach Holland...

medizinischen Spekulationen abgegeben hat. Zu den interessantesten Stücken zählen Terrinen, Weinkühler...

wurde vom Hersteller 1914 eingraviert. Überreicht wurde es Wilhelm dem erst 1927, wie aus dem Tagebuch...

Römische Oper: Wiederentdeckung von Cherubini

Démophon bleibt stur

Durch zu viel Lob muß uns ein Komponist verdächtig werden. Weber, Mendelssohn, Schumann, Brahms und Wagner bewunderten ihn...

sich nie mit den Schemata der italienischen Opera Seria identifizieren mochte, eine erstaunliche Frische und ein an Beethoven gemahnendes Pathos...



Die ursprünglich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war. Der zunächst durch Indiskretion bekanntgewordene Text analysiert...

Im Mittelpunkt der umfassenden Übersicht über die „Lage des Glaubens“ der Kardinal Ratzinger in dem mehrteiligen Interview...

Joseph Ratzinger: Zur Lage des Glaubens. Verlag Neue Stadt, München, 216 S., 28 Mark.

KULTURNOTIZEN

300 Model aus Privatbesitz zeigt das Deutsche Brotmuseum in Ulm im Rahmen seiner traditionellen Weihnachtsausstellung bis 13. Januar.

Rückkehr in die Alte Welt: Werner Baecker moderiert jetzt den Treffpunkt Kino

Profiliert sich nie auf Kosten anderer

Vielleicht geht's dem an Zuschauererwartung leidenden Kino demnächst wieder etwas besser. Denn Werner Baecker, fünfundzwanzig Jahre lang „unser Fernsehmann in Amerika“...

Kein Wunder, daß Baeckers erster Gesprächspartner im heutigen „Treffpunkt Kino“-Magazin der Regisseur Wolfgang Petersen ist.

Sei's drum: Baeckers neues Film-Magazin wird aktuell genug sein, um Kinointeressierte angenehm zu unterhalten und zu informieren.

KRITIK

Erfinder ohne Fortune

Merkwürdig: Vom Fliegen wurde in diesem Film immer nur gesprochen, nie aber wurde die Flugbegleitung des Erfinders Franz Xaver Stanneben sinnlich erfahrbar...

der im Berliner Hotel Adlon absteigt, mit südamerikanischen Regierungen verhandelt, nach Spanien auswandert, dort eine Importfirma leitet...

Mann mit harten Schlägen und sanftem Gemüt, aufmarschieren lassen. Mit Erfolg, denn der „Plattfuß“-Kommissar aus Neapel siegte hoch nach Punkten...

Dem Tator „Baranskis Geschäft“ (ARD) am Adventssonntag ging ein Programm-Krimi voraus...

der im Berliner Hotel Adlon absteigt, mit südamerikanischen Regierungen verhandelt, nach Spanien auswandert...

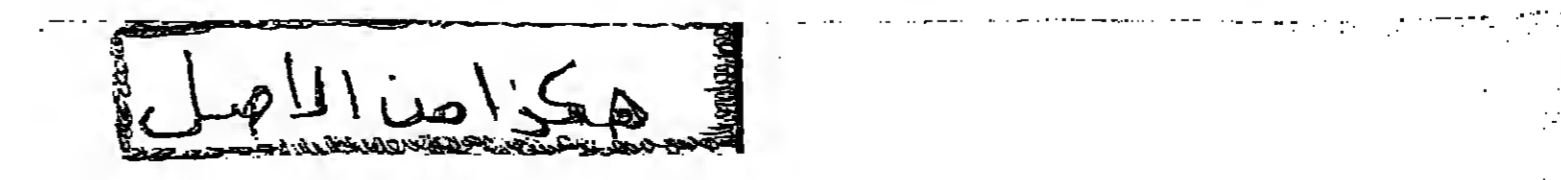
Wenn „Treffpunkt Kino“ als Sendereihe einschlägt, ist mit einer langen Karriere Baeckers zu rechnen. Denn sein Ruhestand kann sich der 68-jährige Fernsehmann der ersten Stunde (noch) nicht vorstellen.

Table with 2 columns: Time and Program Name. Includes ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM, WEST, NORD, HESSEN, SÜDWEST.



Kenneth Williams als César und Sidney James als Mark Anton in dem englischen Lustspiel „César liebt Cleopatra“ - 20.15 Uhr, ZDF

Table with 2 columns: Time and Program Name. Includes WEST, NORD, HESSEN, SÜDWEST, RTL-plus.



Heines späte Genugtuung

eh. - Immer Ärger mit Goethe. Nun ist auch der französische Erziehungsminister Chevènement auf dem Werk dieses Klassikers spekulativ ausgetreten. In einem Gespräch mit der Pariser Frauenzeitschrift „Elle“ verriet er, daß er sein Gedächtnis mit dem Auswendiglernen von Gedichten schulte. „Was wollen Sie hören“, fragte er die Interviewerin kokett, „Racine oder Goethe?“ Und bot ihr eine französische und eine deutsche Kostprobe seines Könnens.

„Ich weiß nicht, was soll es bedeuten“, flötete er auf deutsch und behauptete, das sei ein Gedicht von Goethe. Nun, jeder deutsche Gymnasiast könnte ihn eines besseren belehren (aber könnte er es wirklich?). Die „Loreley“ ist nicht von Goethe, sondern von Heinrich Heine, der gerade in Frankreich kein ganz Unbekannter sein dürfte. Er lebte lange in Paris und starb auch dort. Auf dem Montmartre-Friedhof ist er begraben.

Die „Loreley“ gehört in unserem Nachbarland noch immer zu den populärsten Gedichten überhaupt, gilt nach wie vor als Inbegriff „typisch deutscher Romantik“, und unzählige Kinder müssen sie in der Schule auswendig lernen. An die dreißig Mal ist das Gedicht vertont worden, auch von französischen Komponisten. Chevènement freilich skandierte nach der Melodie eines Deutschen, nämlich Friedrich Silchers, der die wohl berühmteste Version geschaffen hat.

Nichts also gegen Monsieur Chevènement! Der Minister skandierte und rezitierte einwandfrei, und das ist ja auch schon eine ganze Menge. Wo gäbe es denn andererseits einen deutschen Kultusminister, der zum Gedächtnisjahr u.a. Racine-Versen lernt, und sei es, um sie dann mit Cornelle-Versen zu verwechseln? Nur wer hier ganz ohne Fehl ist, hebe meinetwegen den ersten Stein!

Für Heine wäre der Vorgang übrigens eine späte, ganz große Genugtuung gewesen. Den Zyklus „Die Heimkehr“, zu dem die „Loreley“ gehört, schrieb er 1823 in Lüneburg. Ein Jahr zuvor hatte der damals 25jährige seinen ersten Gedichtband mit ehrfurchtsvoller Widmung an Goethe nach Weimar übersandt, aber der Dichterfürst hüllte sich in Schweigen. Heine bekam nie eine Antwort. Heute, 129 Jahre nach seinem Tod, wird er nun mit seinem damaligen Idol verwechselt. Und das ausgerechnet von einem französischen Erziehungsminister!

Das Bach-Jahr geht zu Ende - hat es sich gelohnt?

Im Absoluten die Tradition erfahren

In seinem hundertsten Geburtsjahr, 1735, war die Welt still geblieben. Abgesehen davon, daß man damals im allgemeinen auf Jubiläen noch nicht eingestellt war. Johann Sebastian Bach war nicht aktuell. Zwar war er in Kennerkreisen als Komponist von Tastenmusik bekannt, man erinnerte sich an den außerordentlichen Klavier- und Orgelspieler, aber im öffentlichen Bewußtsein war er nicht gefügt. Das Kunstvolle der Musik Bachs, das Gearbeitete, Durchdachte, Verdichtete, entsprach nicht dem aufkommenden Ideal des Natürlichen in der Musik, des Angenehmen, Empfindungsvollen, sinnlich Eingängigen.

Hundert Jahre später, 1835, war die Entdeckung Bachs in vollem Gange. Patriotismus, Interesse an der älteren Kirchenmusik, erstarkendes historisches Bewußtsein standen Pate. Philipp Spitta's grundlegende Bach-Monographie lag vor, von der 1850 begonnene Gesamtausgabe der Werke Bachs erschien der 31. Band. Auch die Vokalmusik hatte seit der Berliner Aufführung der Matthäus-Passion 1829 durch Mendelssohn an Boden gewonnen. Was noch ausstand, war die verbreitete Pflege, die omnipräsent des Gesamtwerks im praktischen Musikleben, wie dies dann insbesondere durch die von 1901 an jährlich veranstalteten Bach-Feste gefördert wurde.

Heute, im sich neigenden 300. Geburtsjahr, ist Bach - wenn man es so sagen darf - eine musikalische Weltmacht geworden. Keine Musik gilt als aktueller, gegenwärtiger, bedeutender als seine. Grund also, ihn zu würdigen, oder besser: sich darüber zu freuen, daß es ihn gibt. Diese Freude aber bedarf der Anstrengung: sie stellt Forderungen. Nicht nur an die Güte der Aufführungen, sondern auch an das Verstehen.

Bachs Musik wirkt zwar heute verständlich aus sich selbst: Überall ist sie präsent, auch ohne Kommentar, als sei sie ein Stück gegenwärtigen Musikbewußtseins, uns so nahe - wenn auch in ihrer Weise - wie die Musik Mozarts oder Beethovens. Aber gerade hier stellt sich die Frage des Verstehens. Um sich dies bewußt zu machen, muß man an das 18. Jahrhundert zurückdenken, an jene Jahrzehnte der Unaktualität Bachs, die schon zu seinen Lebzeiten begonnen hatten.

Diese Unaktualität hatte zwei Gründe. Der erste Grund war der Wandel des Zeitgeistes. Die Traditionen, in denen Bach lebte, dachte und

komponierte und die durch Jahrhunderte zurückverfolgt sind, begannen sich zu verändern, wurden durch neue Lebens- und Musikauffassungen verdrängt. Die Stichwörter hierfür heißen: Aufklärung, Revolutionsideen, Romantik.

In der Musik des „galanten“ und „empfindsamen“ Stils, des Stürms und Drangs und der Vorklassik entstanden die musikalischen Voraussetzungen für jene von der Wiener Klassik an datierende Musik, die ohne Rezeptionslücke, d. h. ohne eine Phase der Unaktualität, bruchlos bis heute Gültigkeit hat und unser musikalisches Bewußtsein prägte.

Zusammen mit der neuen, der ästhetischen Konzeption der Kunst entwickelte sich die Idee der autonomen Musik, d. h. die Vorstellung, daß das musikalische Werk sich in seiner Sinnfülle durch sich selbst begründet und dabei sich unmittelbar dem sinnlichen Empfinden zu verstehen geben soll; es entstand die Öffentlichkeits-, die Konzertmusik, bei der der Kunstanspruch beständig verknüpft war mit dem Gedanken an Erfolg und Publikumswirkung.

Bachs Musik wurde aktuell, als diese Prozesse vollzogen waren. Und das bedeutet: sie wurde entdeckt, indem sie aus dem Traditionsgeflecht, in welchem sie entstanden war, in eine ganz neue und andersartige Musikwelt transportiert wurde.

Bach hat sich nie um Publikumsbedürfnisse gekümmert, er brauchte es nicht. Von seinen Vokalwerken wurde fast nichts gedruckt, und die im Druck erschienenen Werke für Tasteninstrumente verblieben weitgehend in Kreisen der Kennerchaft. Tatsächlich hat er - ganz im Unterschied zu Händel - für seine Öffentlichkeitsleistung relativ wenig getan. Sie war sein Maßstab nicht. Bachs Publikum war zum einen die Kirchengemeinde, die, auch wenn sie sich verwunderte und wenig verstand, keine Kritikfunktion übernahm, und zum anderen der Fürstehof, der - gerade in Köthen - durch Musikverständnis und -ehrgeiz sich auszeichnete. Bachs „Publikum“ war kein kompositorisches Gewissen. Man kann auch sagen - selbst wenn es seltsam klingt - es war: solus Deus.

Bachs Entdeckung im 19. und vollends in unserem Jahrhundert hatte viele Gründe. Aber sie alle hätten nicht ausgereicht, ihm die musikalische Weltgeltung zu verschaffen ohne die überragende ästhetische Qualität, den Kunstwert seiner Musik. Bei diesem Entdeckungsprozeß wurde Bachs Musik nicht nur immer mehr verbreitet, sondern - damit verbunden - auch zunehmend selbstverständlicher, d. h. aus sich selbst verstehbarer. Denn durch die „autonome“ Musik, durch Haydn, Mozart, Beethoven und alles an großer Musik, was nach ihnen kam, hatte man gelernt, Musik höchsten Kunstanspruchs zu verstehen, und hat nun diese Fähigkeit auch zurück auf Bach übertragen. Man hörte Bachs Musik wie „autonome“ Musik (und daher zögern wir auch, Bachs Musik als „alte“ Musik zu bezeichnen, obwohl ihr ein Merkmal der „alten“ Musik, das der Aktualitätslücke und Wiederentdeckung, eignet).



Per familia ad astra: „Bach, von seinen Kindern gestört“, ein Ölgemälde (1975) von Johannes Grütze

Die Traditionen aber, in denen Bach lebte und arbeitete und die in

seiner Musik als ihr konkreter Sinn und spezifischer Gehalt sich eingewohnt haben und aus ihr sprechen, diese Traditionen sind gebrochen und unserem Bewußtsein nicht mehr gegenwärtig. Sie erscheinen in seiner Kunst unter anderem als schöpfungsbegrenzende Ordnung, als ausgeprägtes Symboldenken, als konkrete Rhetorik, als tiefstintigste christologische Textexegese, als Abbild der Beziehungen zwischen Gott und Mensch, Sein und Dasein, auch in der Instrumentalmusik.

Dies alles verstehen wir nicht mehr unmittelbar. Wir hören gewissermaßen „nur“ noch das ästhetisch Kunstvolle, Tiefstintige, Reiche und Schöne, wenn wir auch fühlen und ahnen, daß dem noch ein anderes innewohnt - aber wir können es bei dem bloßen Hören nicht mehr oder kaum noch in

JOURNAL

Nach 30 Jahren wieder Wagners „Ring“ in Paris

Erstmals seit fast 30 Jahren wird Richard Wagners „Ring des Nibelungen“ in dieser Saison wieder vollständig in Paris zu hören sein, wo er unter der Leitung von Hans Knappertsbusch zuletzt 1957 an der Oper komplett aufgeführt wurde. Die vier Singspiele stehen im Januar und Februar auf dem Programm des Théâtre des Champs Elysées und des Théâtre Musical de Paris. Es spielt das neue französische Rundfunkorchester (NOR) unter Leitung seines Dirigenten Marek Jankowski, der den „Ring“ bereits mit der Staatskapelle Dresden für Ariola aufgenommen hat. Unter den Solisten sind Teresa Zylis Gara, Ute Vincing, Waltraud Meir, Theo Adam, James King, Peter Schreier und Matti Salminen.

„Goldener Tukan“ für kolumbianischen Film

Der kolumbianische Spielfilm „Tiempo de morir“ (Zeit zum Sterben) des Regisseurs Jorge Alirio ist beim zweiten internationalen Filmfestival von Rio de Janeiro als bester von 22 Beiträgen aus 19 Ländern mit dem nach einem Vogel benannten „Goldenen Tukan“ ausgezeichnet worden. Der Film um das Thema Blutrache des Drehbuchautors der Feder des Nobelpreisträgers Gabriel Garcia Marquez stammt, wurde in der kürzlich von einem Vulkanausbruch zerstörten kolumbianischen Stadt Armero gedreht. Hauptdarsteller Gustavo Angarita erhielt den Preis als bester Schauspieler.

Deutsches Polen-Institut: Finanzierung gesichert

Die Finanzierung des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt ist nun auch langfristig gesichert. Zum Abschluß der Kultusminister-Konferenz in Darmstadt beschlossen die Politiker, das wissenschaftliche Institut künftig mit dem Geld aller Bundesländer zu unterstützen. Bisher hatten die Länder Hessen und Rheinland-Pfalz das vor fünf Jahren gegründete Polen-Institut allein getragen.

Münchener Schauspieler für Antipartheidsaktion

44 Ensemblemitglieder der Münchner Kammerspiele, unter ihnen auch Intendant Dieter Dorn, haben sich in einem offenen Brief hinter die umstrittene Antipartheidsaktion des Schauspielers Sepp Bierbichler während einer Aufführung von Herbert Achterbuschs „Gust“ am Bayerischen Staatsschauspiel gestellt. Bierbichler hatte bei einer Vorstellung einen Text gegen die Verhaftung von Gottfried Kraatz, eines deutschen Pastors in Südafrika, verlesen sowie das Engagement der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung in Südafrika kritisiert.

Slawisch schon vor Kyrril Kirchensprache?

Schon vor den legendären Slawenaposteln Kyrril und Method soll es Slawisch als Kirchensprache gegeben haben. Das wurde bei den internationalen „Salzburger Slawistengesprächen“ deutlich. Professor Otto Kronsteiner (Universität Salzburg) erklärte, mindestens hundert Jahre vor Kyrril und Method sei Slawisch Kirchensprache im heutigen Kärnten gewesen. Von Salzburg ausgehend habe Virgil in slawischer Sprache bis Dalmatien und Bulgarien missioniert.

Kostenloser Eintritt in Freiburger Museen

In allen vier städtischen Museen Freiburgs wird entgegen einem bundesweiten Trend vom kommenden Jahr an kein Eintrittsgeld mehr erhoben. Der Gemeinderat zog mit diesem Beschluß die Konsequenz aus einem Versuch des vor zwei Jahren neu eröffneten Museums für Ur- und Frühgeschichte, das bei freiem Eintritt bis jetzt weit über eine Viertel Million Besucher und damit mehr als die übrigen drei Museen zusammen registriert habe.

Zehn Jahre „nachtcafé“: jetzt bei Klett-Cotta

Die Literaturzeitschrift „nachtcafé“, vor zehn Jahren in Freiburg von Heiner Egge und Jan Schulz gegründet, erscheint nun im Verlag Klett-Cotta, Stuttgart. Die jetzigen Herausgeber, Heiner Egge (Hamburg) und Elmar Schenkel (Tübingen), sind über die Anfänge des Zeitschriftenmachens, wie in einem Rückblick nachzulesen ist, längst hinaus. Das professionell aufgemachte Heft Nr. 24 (84 S., 10 Mark) bringt Lyrik und Prosa von Anna Reinsberg und Susanna Gahse bis zu Erwin Chargaff und Michael Hamburger. Es gibt außerdem Erinnerungen an Jesse Thoor und Porträts der Künstler Antoni Tapies und Edid Lütke.

Ein Buch von „illegalen“ Historikern der CSSR

Ohne Archiv, aber exakt

Knapp 350 hektographierte Seiten aus der CSSR machten kürzlich beim Internationalen Historikerkongreß in Stuttgart Furore (vergl. die WELT vom 3. September). Sie enthalten sechs Arbeiten renommierter tschechischer Historiker, die an dem Kongreß nicht teilnehmen durften, weil sie in ihrem Heimatland nicht mehr Historiker sein dürfen. Sie gehören zu den etwa 200 Geschichtswissenschaftlern, die nach der Besetzung der Tschechoslowakei durch sowjetische Truppen im August 1968 mit Berufsverbot belegt wurden und seit ihrer Unterhalt als ungelernete Arbeiter, Brunnenbohrer, Schaufelstempfer u.ä. verdienen. Manche von ihnen sind heute schon Rentner.

Interessanten können die zwei Bände jetzt über Dr. Ivan Píá, Friedrich-Ebert-Anlagen 21, 6900 Heidelberg, beziehen. Einer der darin enthaltenen Aufsätze enthielt in der Pförtnerloge eines Betriebs, in dem sich der Autor als Nachwächter in zweiter Schicht seinen Lebensunterhalt verdient. Ein anderer schrieb seine Analysen in Schulhefte, um diese unauffällig unter den Schularchiven seiner Kinder verbergen zu können, denn etliche Arbeiten wurden bereits von den Sicherheitsbehörden bei Hausdurchsuchungen konfisziert. Nicht wegen ihres Inhalts - kein kann man ja noch nicht - sondern wegen ihrer bloßen Existenz. Geächtete Historiker sollen nicht einmal zu Hause arbeiten dürfen.

Dabei haben die sechs Arbeiten nichts mit dem gegenwärtigen Regime und den Verhältnissen in der CSSR zu tun. Ansödig sind nicht die Arbeiten, sondern die Autoren - und teils die ideologiefreie Bewertung der Themen.

Bis auf eine Ausnahme betreffen alle Arbeiten das Verhältnis zwischen Tschechen und Deutschen. So beschäftigt sich Milan Otáhal mit den tschechischen Liberalen im Jahr 1848. Er beschreibt die Standpunkte und das Vorgehen der tschechischen Repräsentanten in der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche wie das Verhalten der Tschechen im Revolutionsjahr 1848 überhaupt. Kritisch und mit größtmöglicher Objektivität analysiert Otáhal sowohl das Verhalten der Tschechen als auch die Voraussetzungen und Einflüsse, die seitens der Deutschen im Reich und in der Donaumonarchie vor und während des revolutionären Aufbruchs geschaffen worden waren.

Eine vergleichende Untersuchung der kommunistischen Parteien der Tschechoslowakei und Deutschlands in den zwanziger Jahren legt Miloš Hajek vor. Jaroslav Mezník wartet mit einer Arbeit über die Mähren als eigenständige Nation auf. Auch hier spielt in der Analyse des Verhältnisses zwischen Böheimen und Mähren das Zusammenleben von Tschechen und Deutschen in beiden Ländern eine wichtige Rolle.

In einer Betrachtung über den ersten Präsidenten der Tschechoslowakei, Tomáš Garrigue Masaryk (1850-1937), befaßt sich Jaroslav Úpat mit dem Verhältnis der Tschechen zu Deutschland und Rußland aus der Sicht der Jahrhundertwende. Die Arbeit Úpats ist zweifellos von großem Wert für das Verständnis der politischen Entwicklungen in den böhmischen Reichsteilen der Habsburger Monarchie vor dem Ersten Weltkrieg.

Psycho-Krimi: David Hares Erstling „Wetherby“

Mord vor weißer Wand

In den Idyllen nistet (besonders in England und dort noch deutlicher im scheinbar idyllischen Film) das Unheil. Ein junger Mann hat sich als ungeladener Gast in ein abendliches Essen eingefädelt, das eine reizvolle, wenn auch leicht angelegerte Lehrerin ihren Freunden gibt. Jeder glaubt, der andere hätte den netten, aber stummen Gast mitgebracht. Das kleine Gelage nimmt, sehr kritisch freundschaftlich und gepflegt, seinen Gang. Am nächsten Morgen taucht der Fremde wieder auf. Die reizvolle, immer etwas starr Lehrerin bietet ihm eine Tasse Tee in ihrem entzückend englisch verschmückten Cottage. Er setzt sich an den Tisch, zieht eine Pistole und schießt sich in den Mund. Blut und Gehirn spritzen an die pfleglich geweißte Wand.

Ein psychologischer Krimi beginnt, wie ihn Meister Hitchcock kalt erdacht haben könnte. Er stammt aber von David Hare, dem englischen Dramatiker, Fernsehautor und Romanschreiber. Es ist sein erster Film: „Wetherby“, ein „Autorenfilm“. Er ist von einer ganz neuen Faszination. Er hat bestechenden Tiefgang, hat Bildkraft und Intelligenz. Er ist, so schrecklich er anhebt, durchweg von einer beklemmenden Schönheit.

Was trieb den jungen Studenten zu seinem schrecklichen Selbstmord mit der Pistole im Mund? Plötzlich wird eine idyllisch schöne Welt fragwürdig. Angst zieht auf wie ein Gewitter. Alle, die zufällig oder beruflich mit seinem Fall befaßt sind, werden, einer nach dem anderen, mit einer sozusagen tiefenpsychologischen Zwangsläufigkeit ihrer scheinbar bürgerlichen Selbstgefälligkeit entkleidet.

Die nette Lehrerin wird sich der schrecklichen Einsamkeit ihrer im

Frankfurt: „Zerstören, sagt sie“ von M. Duras

Rätsel und Schlüssel

Marguerite Duras ist mit ihrem riesigen Prosa- und Filmsuvre in Frankreich seit langem eine Institution. Ihr Denken ist schwierig, es besteht aus konkreten Abstraktionen, ist aber nie abstrakt. Als Dichtung erscheint es symbolistisch, aber in Symbolen erfahrenen und erfahrenen Schreibern.

Leben, Liebe, Sprache erscheinen gerade als Unmöglichkeit begehrenswert. Sprache umfaßt auch das Schreiben. Sprache und Schreiben beziehen sich auf ein ungewisses und unerreichbares Ziel, das müssen sie, sonst sind sie ein reines Nichts, bloße „Werbung“, wie sie einmal sagt. Wo bei sie allerdings übersieht, daß „Werbung“ zur Kategorie des Begehrens gehört.

Mit dieser letzten Bemerkung ist eine Möglichkeit der Distanzierung vor ihrer Existentialität angedeutet. Jede Philosophie hat ihre Zeit, ist aber jedesmal auf neue das Zeichen für die Unmöglichkeit des Menschen. In den Philosophien folgen immer wieder andere, neue Zeichen der uns Menschen abgeforderten Unmöglichkeit.

Die deutschsprachige Erstaufführung von „Zerstören, sagt sie“ im Frankfurter Theater am Turm unter der Regie von Thomas Bockelmann führt geradezu in das komplexe Denken der Duras. Die Einsamkeit der Figuren fordert von den Schauspielern bis in Haltung und Gang fast Unmögliches.

Zwei Frauenfiguren, Elisabeth und Alissa, werden von Verena Buss und Petra von der Beek besser realisiert als die Männer Thor, Stein und Bernard Alione durch Herbert Adamec, Klaus Völker und André Settembrini. Das ist nicht negativ gemeint. Männer erscheinen hier rätselhafter als Frauen und also von vornherein weniger ausschlußreich in der Realisierung. Dem Rätsel der Frauen kommen nicht die Männer, sondern die Frauen auf die Spur. Den Männern bleiben in diesem Stück (in einem spezifisch Duraschen Stück) nur Faszination, Bestürzung, schweigendes Zusehen (Thor) oder wissende und damit selbstvernichtende Hinnahme des Unmöglichen (Stein).

Stein sagt einmal, es lohne sich nicht zu leiden. Aber er sagt am Ende auch: „Was soll aus uns werden?“ Und Alissa sagt zu Elisabeth am Ende: „Wir würden Stein lieben, wenn er erheilt und klärt. Das kann uns weiterhelfen.“

KULTURNOTIZEN

Die „Deutsche Künstlerhilfe“ für ältere und in Not geratene Kulturschaffende erhält nächstes Jahr 3,1 Millionen Mark vom Bund.

Wolfgang Rommerskirchen übernimmt von Juli 1986 an die Leitung des Wolfgang Borchert Theaters in Münster.

Die „Goldene Taube“ erhält der bundesdeutsche Film „Der Untergang der „AG Weser“ bei der 28. Internationalen Dokumentar- und Kurzfilmwoche in Leipzig.

Der erste Preis beim Jean-Sibelius-Violenwettbewerb ging an Leonidas Kavakos (18) aus Griechenland und Ilya Kaler (22) aus der Sowjetunion.

Shanghai plant für April nächsten Jahres ein Shakespeare-Festival. Yehudi Menuhin dirigiert am 4. und 5. Dezember das Orchestre du Capitole in Toulouse.

Philip Larkin, englischer Lyriker und Romancier, ist im Alter von 63 Jahren in Hull gestorben.

Es wäre jedoch besser, wenn sie nicht so viele Schlüssel lieferte. RUDOLF KRÄMER-BADONI

Banküberfall: 23 Millionen Mark Beute

HEINZ WEISSENBERGER, Paris
Eine Räuberbande nahm in der Nacht zum Montag die Familien von zwei Angestellten der Geotransportfirma Brink's als Geiseln und zwang die Familienmitglieder, ihnen die Tresore in der Brink's-Zentrale in Colombes, einem Vorort von Paris, zu öffnen. Die Banditen entkamen mit einer Beute von etwa 70 Millionen Franc (rund 23 Millionen Mark).

Kurz nach 21 Uhr drangen die Gangster in die Wohnung eines Brink's-Angestellten in dem Pariser Vorort Châtillon-sous-Bagneux ein. Sie nahmen den Vater mit sich, während ein anderer Gangster in der Wohnung blieb und die Frau und ihren zehnjährigen Sohn bewachte. Die Banditen waren mit Gewehren und Revolvern bewaffnet sowie mit Sprengkörpern ausgerüstet.

Sie fuhren mit dem Brink's-Angestellten zur Zentrale der Firma in der Rue de Mantès am Ortsrand von Colombes. Dort mußte sich herausgestellt haben, daß die Tresore nur von zwei Angestellten zugleich geöffnet werden können. Denn um vier Uhr morgens tauchten die Gangster im Haus eines anderen Angestellten in Aubervilliers, einem Vorort im Norden von Paris, auf. Sie zwangen den Mann ebenfalls, mit ihnen zu kommen, und nahmen seine Frau und den zehnjährigen Sohn als Geiseln.

Nachdem ihnen die Angestellten die Tresortüren geöffnet hatten, schleppten sie die Lederbeutel mit Geld und Checks aus den Panzerschränken zu einem Lieferwagen. Als um fünf Uhr die ersten fünf Wächter zur Morgenschicht eintrafen, überwältigten und fesselten die Gangster sie, ehe sie davonfuhren.

Die Sicherheitsmaßnahmen der Zentrale in Colombes, die für Geldlieferungen im gesamten westlichen Pariser Raum zuständig ist, umfassen ultramoderne elektronische Einrichtungen und eine direkte Verbindung zum zuständigen Polizeikommissariat. Einzelheiten wollte die Direktion von Brink's nicht bekanntgeben. In Colombes sind rund 100 Personen beschäftigt.

Der Raubüberfall ist einer der „einträglichsten“ der letzten zehn Jahre. Im Juli 1976 hatte der Fotograf Albert Spaggiari, der mit seiner Bande an einem Wochenende durch die Abwasserkanäle in eine Bank in Nizza einbrach, 46 Millionen Franc erbeutet. Dieser Einbruch wurde übrigens zur Vorlage für einen Roman und einen Film. Bei einem Einbruch in die Villa des Emirs von Qatar in Cannes am 25. Juli 1980 fiel den Gangstern Schmuck im Wert von 80 Millionen Franc in die Hände. Und bei dem bewaffneten Raubüberfall auf das Pariser Museum Marmottan am 27. Oktober dieses Jahres entwendeten die Banditen neun impressionistische Gemälde im Millionenwert. (SAD)

Die Kanaltunnelgegner rüsten zur Attacke

Mit dem Bau von zwei Superfähren soll Tunnelplanern das Wasser abgegraben werden. Eine Liste der Gegenargumente

Der Großauftrag aus England für die Werft Schichau Unterweser AG in Bremerhaven war ein doppelter Paukenschlag. Mit dem Bau von zwei Jumbo-Fährschiffen für zusammen 290 Millionen Mark, denen möglicherweise sogar noch ein drittes folgt, wird die Beschäftigung auf der Werft bis Mitte 1987 gesichert. Außerdem setzt der Auftrag ein Zeichen, daß die Kanal-Fährreederei mit ihrem Kampf gegen den Bau eines Kanaltunnels Ernst machen.

Schichau Unterweser erhielt den Auftrag von der Reederei Townsend Thoresen. Diese befördert alljährlich acht Millionen Passagiere und 1,5 Millionen Fahrzeuge zwischen dem Kontinent und England und ist damit die größte Fährreederei in diesem Fahrtgebiet. Für Townsend Thoresen hat Schichau in den vergangenen zehn Jahren bereits sieben Fährschiffe gebaut.

Neue Jumbo-Fähren als Bedrohung

Zur Zeit werden vier Townsend Thoresen-Fähren bei ihr vergrößert. So meint denn auch ein Sprecher der Reederei: „Wir haben aufgrund unserer Erfahrungen großes Vertrauen in die technische Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Bremerhavener Werft.“

Die neuen Schiffe sind für die Route Calais-Dover bestimmt. Sie sollen mit 20 000 Bruttoregistertonnen (BRT) die größten Kurzstreckenfähren der Welt werden. Sie bieten Platz für je 2400 Passagiere und 700 Kraft-

fahrzeuge. Trotz der kurzen Fahrzeiten werden sie mit vier Restaurants, drei Bars und einer großen Zollfrei-Einkaufszone ausgestattet.

Die Hafenanlagen in Calais und Dover müssen den neuen Schiffen, die mehr als doppelt so groß sind wie die gegenwärtigen Fähren, angepaßt werden. Ein Sprecher von Townsend Thoresen sagte zu den Neubauten: „Unsere neuen Jumbo-Fähren stellen eine direkte Bedrohung der Rentabilität für eine feste Kanalverbindung dar. Sie würden diese, sofern es überhaupt zu einem Bau kommt, vom ersten Tag an überholt erscheinen lassen.“

Unter dem Namen „Flexlink“ hatten sich vor einigen Monaten britische und kontinentale Fährhäfen und Fährreedereien zusammenschlossen - unter ihnen die Hamburger Olau Line, deren beide Schiffe täglich zweimal zwischen Vlissingen und Sheerness verkehren. Auch Bus- und Güterverkehrsunternehmen reichten sich ein. Ihr Ziel: Sie wollen für die bereits bestehenden Verkehrsverbindungen über den Kanal sprechen und deren Vorteile herausstellen. Natürlich vertreten die Gegner eines Kanaltunnels ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen. Aber sie tun das sehr geschickt. Sie benutzen Argumente der Verkehrssicherheit und der Erhaltung von Arbeitsplätzen, der Wirtschaftlichkeit und des Marktes. Jonathan Sloggett, Chef der Hafenverwaltung von Dover und zugleich Vorsitzender von Flexlink, formulierte so: „Unsere Position ist ganz redlich. Wir sind eine Gruppe von Leuten, die auf dem Feld der

Kanalüberquerung heftig miteinander im Wettbewerb stehen. Aber wir haben uns zusammengeschlossen, weil wir aus Erfahrung wissen, daß lebenswichtige Fragen des öffentlichen Interesses und der Sicherheit von den Tunnel-Befürwortern ignoriert werden.“ Den Befürwortern des Kanaltunnels warf Sloggett vor, sie begnügten sich mit phantastischen Ideen.

Wenn ein Schiff den Brückenpfeiler rammt

Man biete Eisenbahnunnel an, die nicht einmal den Sicherheitsvorkehrungen einer Tiefgarage entsprächen. Man verspreche eine Verkürzung der Zugreisezeit zwischen London und Paris auf zweieinhalb Stunden, obwohl man wisse, daß dazu weitere Milliarden-Investitionen zum Ausbau der Gleise zwischen London und der britischen Südküste sowie zwischen Paris und der französischen Nordküste unabdingbar seien. Was nütze zu dem ein Zeitgewinn von einer Stunde bei der Tunnelfahrt, wenn die Gesamtreisezeit zwischen Mailand und Manchester drei Tage betrage? Auch die Betätigung, mit dem Tunnelbau würden neue Arbeitsplätze geschaffen, wische der Tunnelgegner beiseite: „Der einzige Weg, die gewaltigen Kosten für eine feste Kanalüberquerung wieder hereinzuholen, besteht doch in der Einsparung von Arbeitskräften.“ Neue Jobs gebe es bestenfalls befristet für die Dauer der Bauarbeiten. Und was die vorausgerechnete Lebensdauer einer festen

Kanalüberquerung angeht, ist den Tunnelgegnern gerade rechtzeitig ein negatives Beispiel untergekommen: Das unerwartete Absinken von Fündarplanformern in der Nordsee. So habe es denn, ohne genau definierte technische Spezifikationen für den Bau von Brücken und Tunneln ist die geänderte Standort von 120 Jahren „eine Plandemie“. Man denke nur an die Möglichkeit, daß ein schnelles Schiff einen Pfeiler der zum Tunnel führenden Brücke rammt und zum Einsturz bringe. Es soll ja nicht der gesamte Kanal untertunnelt werden, sondern nur seine mittlere Sektion. Aus Kostengründen soll rund die Hälfte der Strecke von beiden Ufern aus mit Brücken bewältigt werden, die in zwei künstlichen Inseln in den Tunnel münden. Wohlgerichtet: Nicht die Unfallmöglichkeit als solche stößt auf Gegnerschaft - schließlich sind auch schon Kanalfähren in Kollisionen verwickelt gewesen. Aber dann fiel eben nur ein Schiff aus, und nicht der gesamte Verkehr.

Nicht zu vergessen: Ein Tunnel kann durch den Streik einer kleinen Gruppe lahmgelegt werden, das vielfache Netz der Fährlinien kaum. In London werden bereits Werten angenommen, ob sich die Tunnelgegner wieder einmal durchsetzen, wie schon oft in der Geschichte des Armeekanal. Die Reederei Townsend Thoresen jedenfalls ist fest entschlossen, oftmals mit radikaler Senkung der Fahrpreise die Reisenden an die Schiffe zu binden - auch wenn der Tunnel gegraben wird.

DIETER F. HERTEL

Die ehrliche Fälschung fand reißenden Absatz

MONIKA V. ZITZEWITZ, Varese

„Dieser herrliche Caravaggio oder besser: Dieses Werk eines sensiblen Künstlers, der Caravaggios unvergleichlichen Stil im Blut hat, gibt Ihnen, meine Damen und Herren, die Gelegenheit, zu einem lacherlichen Preis ein Meisterwerk zu erwerben.“ So sprach der „Professore“ auf der Auktion im Mailänder „Angelicum“. Auf der Staffelei stand in uppigem Goldrahmen eine Kopie der „Jünger von Emmaus“. 5,3 Millionen Lire lautete der Zuschlag bei der ersten offiziellen Versteigerung des italienischen „Fälscherkollektivs“.

400 Werke der abendländischen Kunst von Lorenzo Lotto und Albrecht Dürer bis zu Picasso und Chagall standen zum Verkauf. Ein jedes versehen mit dem Zertifikat: „Originalfälschung nach (Name des Meisters) von (Name der Kopisten)“. 30 Prozent der Einnahmen sind für behinderte Kinder bestimmt und das allein gibt dieser „Louvre der Fälscher“ genannten Ausstellung ihren tieferen Sinn.

„Ein ehrlicher Fälscher“, sagte der Maler Enrico Baj, „ist ebenso zu achten wie Morandi oder de Chirico, die sich selbst ein Leben lang kopiert haben, um ihre Kunsthandlerner zufriedenzustellen. Auch die Großen der Vergangenheit kopierten sich: zum Beispiel Tizian den Raphael und El Greco den Tintoretto.“

Der Gründer des „Collettivo Falsario“ in Gremone, Daniele Donde, versteht sich als Talentesucher. Die Sympathie, die man in Italien im vorigen Jahr über die Modigliani fälschenden Studenten von Livorno lachte, hatte ihn auf die Idee gebracht, den inzwischen fast hundert Malern Gelegenheit zu geben, ihrer Kopierleidenschaft zu fröhnen. Am 15. Dezember wird Donde außerdem ein Museum für die besten Werke des Fälscherkollektivs eröffnen.

Zwischen einer und zehn Millionen Lire (1500 bis 15 000 Mark) kosteten die Kopien berühmter Werke. Die Interessenten ließen sich nur langsam durch das feurige Pathos des Professors erwärmen. Wie zu erwarten, fanden die vielen Fälscher die Chiricos den größten Absatz, ist er doch der am meisten und besten gefällteste moderne Meister. Aber auch die „Giocanda“, Lorenzo Lottos „Concert“, Antonello Damessinas „Annunziata“ und Dürers Selbstbildnis (2,6 Millionen) fanden Liebhaber.

Dreierlei dürfte nach dieser ersten erfolgreichen Versteigerung der Fälscherwerke sicher sein: daß es unter den Kopisten echte Künstler und arge Dilettanten gibt, daß ein neues Gesellschaftsspiel mit nur einer einzigen Frage erfinden wurde: Echte oder nicht? Und daß sich Kunststübe endlich von nun an auf unangenehme Überraschungen gefaßt machen müssen.

Kurzurlaub, ohne Urlaub zu nehmen

AP, Saarbrücken

Durch eine zeitweilige Verlängerung der täglichen Arbeitszeit können Arbeitnehmer zwischen Weihnachten und Neujahr freie Tage einlegen, ohne daß sie auf den Urlaub zurückgreifen müssen. Die ausfallende Arbeitszeit darf zwischen dem 25. November und dem 1. Februar eingearbeitet werden. Auf eine entsprechende Regelung in der Arbeitszeitverordnung (AZO) wies kürzlich die Arbeitskammer des Saarlandes hin. Nach Paragraph 4, Absatz 4 der AZO könne die Arbeitszeit anders verteilt werden, wenn es in Verbindung mit Feiertagen möglich ist, eine zusammenhängende Freizeit zu gewähren.

Komet Halley sichtbar

dpa, Hamburg

Der Komet Halley ist jetzt mit dem Feldstecher am Abendhimmel zu beobachten. Bei klarem Himmel sei der Komet am Abend gegen 20 Uhr in südlicher Richtung in etwa 50 Grad Höhe über dem Horizont im Sternbild der Fische zu sehen, teilte ein Mitarbeiter der Hamburger Sternwarte mit. Im Verlauf des Dezember nimmt die Helligkeit des Kometen weiter zu, auch der Schweif wird deutlicher ausgebildet erscheinen. Er wird dann voraussichtlich mit bloßem Auge zu sehen sein.

Japanische Mafia

dpa, Tokio

Strafverfolgungsexperten aus Japan und den Vereinigten Staaten sind gestern in Tokio zu einer dreitägigen Konferenz zusammengetroffen, um über die organisierte Kriminalität japanischer Gangsterbanden in Amerika zu beraten. Die japanischen Yakuza, wie die Mitglieder der Mafia-ähnlichen Organisationen genannt werden, sind in den letzten Jahren in Hawaii und an der Westküste der USA im Waffenschmuggel und Rauschgifthandel aktiv geworden.

Schlechte Lage

rr, Bonn

Die wirtschaftliche Lage der Studenten in der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den vergangenen drei Jahren verschlechtert. Nach einer gestern in Bonn veröffentlichten ersten Auswertung der elften Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) haben zwei Drittel der Studenten mit monatlich weniger als 800 Mark keine gesicherte wirtschaftliche Grundlage für ihr Studium. Gespart werde vor allem bei der Ernährung und bei Lernmitteln.

Tauwetter und Nebel

AP, Frankfurt

Pünktlich kam in diesem Jahr das „Adventswasser“, auch „Nikolaustau“ genannt. Bei Temperaturen von zwölf bis 15 Grad taute es im Westen und Süden. Nebel behinderte am Sonntag den Verkehr zu Lande und in der Luft erheblich. Auf dem Frankfurter Flughafen fielen etwa 200 Flüge aus. Nach Vorhersagen der Meteorologen bleibt es mild und regnerisch bei Temperaturen um zehn Grad.

Rettung gestoppt

dpa, Hobart/Tasmanien

Das Drama um die Rettung des australischen antarktischen Versorgungsschiffes „Nella Dan“, das seit dem 23. Oktober in der Amundsen-Bay von dickem Eis eingeschlossen ist, spitzt sich zu. Schneesturm und Packeis haben am Wochenende auch das zur Hilfe geschickte zweite Versorgungsschiff „Icebird“ gestoppt - nur etwa 30 Kilometer von der „Nella Dan“ entfernt. Die „Antarctic Division“ des australischen Wissenschaftsministeriums hat gestern den japanischen Eisbrecher „Shirase“ um Hilfe gebeten. Er ist fünfmal stärker als die „Icebird“.

Keine Baumschäden durch Kernenergie

Zwischen Waldsterben und Kernenergie besteht kein Zusammenhang. Das hat die Münchner Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) festgestellt. Die GSF ist seit langem mit Ursachenforschung für Waldschäden befaßt und teilte nun mit: In der Umgebung kerntechnischer Anlagen wurden Ozon-Konzentrationen gemessen, die im Vergleich zu den natürlichen Werten unbedeutend niedrig sind. Die Kenntnisse der Wirkungen von Strahlungen auf Pflanzen, so die GSF weiter, seien heute derart umfassend, daß die Kernenergie als Verursacher der aktuellen Waldschäden ausscheidet.

Fragen? Rufen Sie uns an. Informationskreis Kernenergie Heussallee 10, 5300 Bonn 1 0228/50 7226

ZU GUTER LETZT

„Bete und arbeite - diesen Wahlspruch des Benediktiner-Ordens hat ein Schreinergeresse offenbar gründlich mißverstanden. Er beschrieb die Kirche nämlich nicht nur zum stillen Gebet, sondern auch zur Schwarzarbeit“, teilte die Handwerkskammer Trier mit.

Das große Gähnen

Rechtzeitig zum Geburtstag kam der Schnee. Doch Kenda, die Eisbärin, scheint dies eher zu langweilen. Vor zwei Jahren wurde sie im Science Center von Worcester (US-Bundesstaat Massachusetts) geboren. Vom Körperbau und Verhalten her ist der ursus maritimus - wie der Eisbär wissenschaftlich heißt - auf ein Leben im Dauerfrost der Arktis eingerichtet. Seine breiten Tatzen mit behaarten Sohlen und Schwimmhäuten zwischen den Zehen garantieren ihm sogar auf spiegelglattem Eis noch sicheren Halt, erlauben ihm aber auch, gewandt im Wasser zwischen den Eisbergen zu paddeln und kilometerlange Strecken zurückzulegen. Der im Sommer angelegte Fettvorrat unter dem Pelz muß im Winter eine lange Fastenzeit überbrücken helfen, bei den Mittern sogar für das Säugen eines oder zweier Jungen ausreichen. In freier Wildbahn leben heute nur noch etwa 10 000 Eisbären.

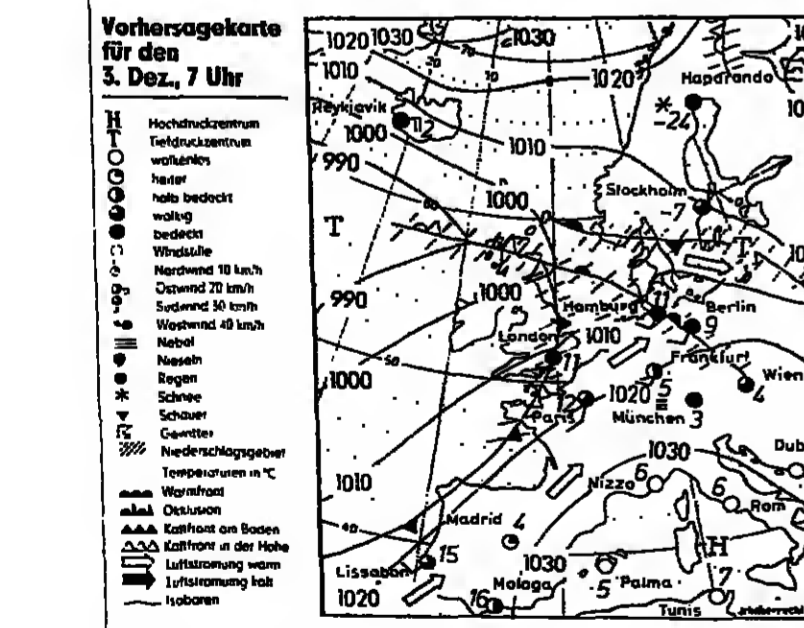


FOTO: AP

WETTER: Unverändert mild

Lage: Ein umfangreiches Tiefdrucksystem über dem Ostatlantik führt weiterhin milde Meeresluft von Südwesten her nach Deutschland.

Vorhersage für Dienstag: In den Flußniederungen Süddeutschlands Nebel. Im Norden starke Bewölkung und zeitweise geringer Regen oder Sprühregen. Höchsttemperaturen zwischen 6 und 11 Grad, im Westen und Südwesten örtlich bis 15 Grad. In Nebelgebieten bei 6 Grad. Ncht-



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:	Lalbeck	Mannheim	Stuttgart	Frankfurt	Flensburg	Wien	München	Dresden	Berlin	Hamburg	Köln	Kassel	Regensburg	Salzburg	Leipzig	Last-Sydt
Berlin	10	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd
Bielefeld	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd
Brannlage	5	Sp	10	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd
Bremen	12	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd
Dortmund	10	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd
Dresden	9	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd
Düsseldorf	12	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd
Erfurt	8	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd
Essen	12	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd
Feldberg/S.	8	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd
Flensburg	8	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd
Frankfurt	8	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd
Freiburg	16	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd
Garmisch	5	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd
Greifswald	10	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd
Hamburg	10	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd
Hannover	12	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd
Köln	12	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd
Köln-Lantern	7	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd
Kassel	6	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd
Kempten	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd
Kiel	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd
Koblenz	14	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd
Köln-Beon	13	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd
Konstanz	10	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd
Leipzig	8	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd
Last-Sydt	8	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd	11	bd

LEUTE HEUTE

Domingo unjubeht

Vor ausverkauftem Haus sang der mexikanische Opernstar Placido Domingo am Sonntag in Zürich Arien von Verdi, Donizetti, Leoncavallo, Puccini und Massenet. Der Erlös von rund 500 000 Mark soll den Betroffenen der Erdbebenkatastrophe von Mexiko-Stadt zugute kommen. Auch Domingo - in Zürich unjubeht - verlor bei dem Unglück mehrere Familienangehörige.

Prinz Charles gerügt

Weil er seine Pflichten als Kronprinz vernachlässigte und als „Mann ohne richtige Beruf“ kritisiert wurde, soll Prinz Philip (64) seinem Sohn, Kronprinz Charles (37) gegenüber die Leviten gelesen haben. Das wollte gestern die seriöse Londoner „Times“ zu berichten. Von allen Familienmitgliedern bildet Charles in der Ausübung seiner repräsentativen Pflichten mit 204 Auftritten das Schlußlicht. Königin Elizabeth war im vorigen Jahr bei 346 Terminen. Prinz Philip bei 298 Veranstaltungen zu sehen. Selbst Charles' Schwester Anne (35) repräsentierte bei 269 Anlässen.

John Wayne geehrt

Ganz Hollywood gab sich Sonntag abend in den Filmstudios von Burbank (US-Bundesstaat Kalifornien) bei einem Fest-Gala-Abend ein Stelldichein zu Ehren von Präsident Ronald Reagan. Unter den 100 Gästen befanden sich mit Frank Sinatra, der den Abend moderierte, Dean Martin, James Stewart und Robert Mitchum viele ehemalige Kollegen Reagans. Scherzte der Präsident, der bei dieser Gelegenheit wieder mit seinem alten Spitznamen „Dutch“ gerufen wurde, er habe sich vor seinem Einzug ins Weiße Haus genüßvoll ausgemalt, ein Kabinett zu bilden, in dem John Wayne, der freilich 1979 gestorben war, Außenminister, Clint Eastwood Verteidigungsminister und Groucho Marx Erziehungsminister sein sollte. Der Erlös des Abends geht an die Wohltätigkeitsorganisation „Variety Clubs International“, die medizinische Einrichtungen für behinderte Kinder finanziert. Die Star-Partys werden seit 1976 jedes Jahr zu Ehren einer anderen Persönlichkeit gegeben.

Geburtstagsfeier für kostbares Naß

75 Jahre Wiener Hochquellen-Wasserleitung / Eine Meisterleistung der Technik

KURT POLLAK, Wien
In der kleinen Ortschaft Wildalpen in der Steiermark wird gefeiert. Dort wurde am 2. Dezember 1910 eine Hochquellen-Wasserleitung in Betrieb genommen, die den Wienern das beste Trinkwasser der Welt beschert - und immer noch beschert.

Täglich 420 Millionen Liter werden auf dem Rax-Schneeberg-Hochschwab- und Wildalpengebiet an der niederösterreichisch-steirischen Grenze in eine 200 Kilometer lange „Pipeline“ eingespeist, deren Endpunkt das Wiener Wasserleitungsnetz ist. Und der jahrzehntalte Slogan der Gemeindeväter „Worauf freut sich der Wiener, wenn er vom Urlaub kommt? - auf Hochquellenwasser...“ ist daher keineswegs als billige Eigenwerbung zu belächeln, die dem kostbaren Naß zuliebe sogar eine Geburtstagsfeier arrangierten.

Gestern, auf den Tag genau vor 75 Jahren, wurde die zweite Wieoer

Hochquellen-Wasserleitung in Betrieb genommen und mit der bereits im Jahre 1873 erbauten ersten Wasserleitung vereinigt. 100 Aquädukte und Kanalarbeiten mußten errichtet werden, um das Wasser nach Wien zu „dirigieren“. Eine technische Meisterleistung, die mit einem Schlag den häufigen Cholera- und Typhus-Epidemien in Wien ein Ende bereite.

Die beiden Hochquellen-Leitungen wurden so konstruiert, daß das Wasser, der Schwerkraft folgend, ohne Pumpenanlagen und damit ohne Energiekosten innerhalb von zehn Stunden in Wien eintrifft. Die Wassertemperatur beträgt an der Quelle fünf bis sechs Grad; durch die Erdwärme bedingt kommt es in Wien um zwei Grad wärmer an.

Die Quellen liegen in einem 250 Quadratkilometer großen Wasserschutzgebiet, von dem 180 Quadratkilometer im Eigentum der Stadt Wien stehen. 84 Prozent des Wiener Was-

ters stammen aus diesen Quellgebieten. Zum Vergleich: Zürich verfügt nur über 20 Prozent Trinkwasser aus Hochquellen, viele Städte in Skandinavien und Deutschland sind durchweg auf aufbereitetes Grundwasser angewiesen.

Die Wasserqualität der Donau-Metropole ließ vor einigen Jahren sogar einen arabischen Öltscheich das Angebot unterbreiten, das „schwarze Gold“ seiner Ölfelder in Zehntausende Hektoliter Trinkwasser aus Wien einzutauschen. Die Wiener lehnten ab.

Doch die Stadt lebt gerne mit diesem internationalen „Durstlöcher“-Image. Deshalb hat man auch nichts gegen den „Trinkwasser-Touristen“, Stillschweigend wird von den Wasserbehörden geduldet, daß die Fremden dieses so begehrte Wasser aus den Hochquellen flaschenweise mit nach Hause nehmen, um sich daran zu „berauschen“.

Ein Bergführer wie aus dem Bilderbuch

Von WALTER H. RUEB

Am Fuße des Matterhorns feiert heute der älteste aktive Bergführer der Welt seinen 85. Geburtstag. Ulrich Inderbinen ist in Zermatt geboren, mit 21 bestieg er seinen ersten Viertausender; mit 25 hatte er sein Bergführer-Patent in der Tasche. Noch im vergangenen Sommer führte er an jedem schönen Tag Bergbesteiger auf die Viertausender seiner Heimat.



Vom Leben gezeichnet: Bergführer Ulrich Inderbinen. FOTO: RUEB

„Daß ich so alt wurde und noch immer gesund bin, ist eine Gnade Gottes“, sagt er, und auf die Frage, ob er sich endlich zur Ruhe setzen wolle, meint er: „Wenn man 60 Jahre als Bergführer gearbeitet hat, sollte man vielleicht ins Aufhören denken.“ Inderbinen ist kaum mittelgroß, doch seine Schritte sind lang, ihre Kadenz ist flott. Konditionsschwache vermögen ihm kaum zu folgen, selbst wenn sie erst geboren wurden, als er seine ersten Kunden auf die Gipfel führte. Führung und Griffe des Alten sind